

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Umbrüche in Europa (nach) 1989/91

*R. Kmita · H. Shyyan ·
V. Martinowitsch · M. Kolanović*
1989/91:
JAHRE DES UMBRUCHS

Kristina Spohr
UMBRUCHSJAHR 1991

Corinna Kubr-Korolev
VOR DEM ENDE
DER SOWJETUNION

Dejan Djokić
AM ENDE DES SOZIALISMUS

Gwendolyn Sasse
GRENZEN UND IDENTITÄTEN
IM WECHSELSPIEL
NACH 1989/91

Timm Beichelt
ZWISCHEN TRANSFORMATION
UND POSTTRANSFORMATION

Christoph Cornelißen
ZUM WANDEL
DER ERINNERUNGSKULTUREN
IN EUROPA NACH 1989/91

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Umbrüche in Europa (nach) 1989/91

APuZ 1-2/2022

R. KMITA · H. SHYYAN · V. MARTINOWITSCH ·
M. KOLANOVIĆ

1989/91: JAHRE DES UMBRUCHS

In den vier Essays aus dem bpb-Programmschwerpunkt „The Years of Change“ richten die Autorinnen und Autoren ihren Blick zurück auf die Ereignisse von 1989/91 und die Folgen. Wie erlebte man den Umbruch in Litauen, der Ukraine, in Belarus und in Kroatien?

Seite 04–10

KRISTINA SPOHR

UMBRUCHSJAHR 1991

Das Vermächtnis von „1991“ spielt entscheidend in der Machtpolitik der Gegenwart mit. Was genau geschah 1991, wie und warum? Welche Weichen wurden gestellt, wo hätte es noch Alternativen gegeben? Was begann, was wurde abgebrochen?

Seite 11–19

CORINNA KUHR-KOROLEV

VOR DEM ENDE DER SOWJETUNION

Die Begriffe „Glasnost“ und „Perestroika“ stehen für die Reformphase in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow von 1986 bis 1991. Wie stellt sich der Forschungsstand zu dieser Phase dar? Welche Zugänge dominieren? Welche neuen Perspektiven gibt es?

Seite 20–27

DEJAN DJOKIĆ

AM ENDE DES SOZIALISMUS

1991 begann in einem Teil Europas eine Zeit der Integration und Wiedervereinigung, während fast zeitgleich zwei spätsozialistische, multiethnische Föderationen, die Sowjetunion und Jugoslawien, kollabierten. Was kann man 30 Jahre später zum Ende Jugoslawiens sagen?

Seite 28–32

GWENDOLYN SASSE

GRENZEN UND IDENTITÄTEN IM
WECHSELSPIEL NACH 1989/91

Der Begriff der Grenze ist untrennbar mit den Entwicklungen von 1989 und 1991 verbunden. Der Beitrag nähert sich den Nachwirkungen dieses Schlüsselmoments als Trias von Grenzöffnungen, Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen.

Seite 33–39

TIMM BEICHELT

ZWISCHEN TRANSFORMATION UND
POSTTRANSFORMATION

Der Blick auf Systemumbrüche von 1989/91 ist von Ambivalenzen geprägt. Autonomiegewinne und Wohlfahrtssteigerungen stehen Prozessen der Entdemokratisierung und Re-Autokratisierung gegenüber; es ergibt sich ein unübersichtliches Bild.

Seite 40–47

CHRISTOPH CORNELIBEN

ZUM WANDEL DER ERINNERUNGSKULTUREN
IN EUROPA NACH 1989/91

Nach 1989/91 kam Bewegung in die Erinnerungskulturen in Europa. Trotz Bemühungen um eine gemeinsame Erinnerungskultur sind diese weiterhin nationalstaatlich geprägt, und es zeichnen sich immer noch die Grenzen zwischen Ost und West ab.

Seite 48–54

EDITORIAL

Vor gut 30 Jahren hörte die Sowjetunion auf zu existieren, symbolisiert durch den Rücktritt ihres Präsidenten Michail Gorbatschows am 25. Dezember 1991 und das Einholen der roten Unionsfahne über dem Kreml. Bereits am 8. Dezember hatten die Staatsoberhäupter Russlands, der Ukraine und Belarus beschlossen, die Union Sozialistischer Sowjet-Republiken aufzulösen, und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gegründet. Auch eine zweite sozialistische und multinationale Föderation ging in diesem Jahr ihrem Ende entgegen: In Südosteuropa zerfiel Jugoslawien, und die Kriege ab 1991 brachten überwunden geglaubte Bilder von Vertreibung und Völkermord zurück nach Europa.

Mit Perestroika und Glasnost, den Revolutionen von 1989 und dem Fall des Eisernen Vorhangs hatte sich nicht nur die individuelle Freiheit Bahn gebrochen, sondern auch das Verlangen nach nationaler Selbstbestimmung. Dass in einem anderen Teil des Kontinents mit dem Vertrag von Maastricht der Übergang von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union die Verlagerung weiterer Kompetenzen auf eine supranationale Ebene nach sich zog, ist eine Ungleichzeitigkeit, die manche Friktion zwischen alten und neueren EU-Mitgliedern erklären mag. Doch spielen auch andere Faktoren eine Rolle bei der Frage, ob und wie sich die (Post-)Transformationsländer als Demokratien konsolidieren konnten oder sich re-autokratisierten.

Die geografische oder politische Nähe zur Russischen Föderation, der größten ehemaligen Teilrepublik der UdSSR, ist ein solcher Faktor. In Belarus herrscht trotz massiver Proteste „Europas letzter Diktator“ mit Unterstützung Moskaus weiter. In Bosnien und Herzegowina betreiben die Vertreter der bosnischen Serben die Abspaltung des serbischen Teils, wohlwollend begleitet von Russlands Präsident Wladimir Putin. Und in der Ukraine wird angesichts der massiven russischen Militärpräsenz an der Ostgrenze eine Invasion befürchtet. Welche Antworten werden die europäischen und transatlantischen Partner auf diese und andere Herausforderungen geben, die in den Ereignissen von 1989/91 wurzeln?

Anne Seibring

1989/91

Jahre des Umbruchs

Die Essays stammen aus den Magazinen zum Programmschwerpunkt „The Years of Change 1989–1991. Mittel-, Ost- und Südosteuropa 30 Jahre danach“ der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Leipziger Buchmesse und dem Literaturhaus Leipzig 2019 bis 2021.

Das schrecklich schöne Jahr 1989

Rimantas Kmita

1989 war ein schönes Jahr.

Die Menschen sangen. Auf Plätzen, in Stadien, auf dem Baltischen Weg, auf Rockmärschen und auch in den Kirchen, die sie zurückerhalten hatten und wo sie Gott um seinen Segen baten. Singende Menschen sind unbewaffnet, aber voller Mut. Singende Menschen wechseln in eine andere Dimension und werden zu so etwas wie Berserkern. Sie vergessen sich und kämpfen auf der Seite des Guten.

Außer Liedern erklangen auch Gedichte sowie öffentliche Bezeugungen von Schmerz, Verlust, Traumata und historischer Wahrheit. Zuvor hatte man die Geschichte mit Angst in Verbindung gebracht und nur leise, im Privaten angesprochen. Ein Konsens, mit dem die Obrigkeit, nicht aber die Bevölkerung zufrieden gewesen war. 1989 fanden sich die Menschen zu einem gewaltigen Ritual des Artikulierens von Wahrheit und Erinnerung zusammen. Menschen, die einander nicht kannten, spürten, wie viel sie verband und wie stark sie waren, sie spürten, dass sie eine Rolle spielten, und das Ritual kam so in Fahrt, dass niemand es mehr stoppen konnte. Die Wahrheit verband die Menschen. 1989 wussten alle, was gut war und was böse. Niemand wollte die Besonnenen mehr hören, die nicht von Unabhängigkeit, sondern von Souveränität, nicht von Freiheit, sondern von Autonomie sprachen. Niemand hatte mehr Verwendung für halbe Freiheit und halbe Wahrheit.

Die Menschen kannten die Wahrheit, bezeugten sie und waren unbesiegt, unsterblich.

1989 war ein schreckliches Jahr.

Aus dem Afghanistan-Krieg, den niemand einordnen konnte, kehrten die Soldaten heim. In Zinksärgen oder traumatisiert – physisch und/oder psychisch. Der sinnlose Krieg und seine Opfer interessierten hier kaum jemanden. Die Menschen kümmerte nur, dass man die jungen Männer nicht mehr zum Dienst in der ruhmreichen Armee einzog. Kaum jemand wollte die Rückkehrer verstehen. Und auch sie begriffen nichts, denn sie kehrten in ein Land zurück, das sich seit ihrer Einberufung völlig verändert hatte. Flaggen und Demonstrationen, die niemand mit Gewalt auflöst, klangvolle Reden von Freiheit und Unabhängigkeit.

1989 war ein naives Jahr.

Ich trug zwei Sticker am Revers – auf dem einen stand Sājūdis, der Name der litauischen Unabhängigkeitsbewegung, auf dem anderen Perestroika. Meine Oma, deren Kinder alle in Sibirien geboren wurden, hatte mir noch kaum etwas erzählt. Viele fürchteten sich und sprachen nicht aus, was sie erlebt hatten, denn sie erinnerten sich an zu Vieles.

1989 kehrte die Politik nach Litauen zurück. Die Menschen wählten und die Resultate zeugten davon, dass die Wahlen nicht gefälscht wurden. Zum Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion fuhren Abgeordnete nach Moskau, die nach Freiheit strebten. Im Jahr darauf wählten die Menschen den Obersten Sowjet Litauens, der die Wiederherstellung der Unabhängigkeit erklärte. Schon zuvor hatten sich der Komponisten- und der Schriftstellerverband und sogar die Kommunistische Partei von den gesamtowjetischen Organisationen abgespalten.

1989 erschienen erste Auszüge aus George Orwells Dystopie „1984“ auf Litauisch.

1989 war ein schrecklich schönes Jahr.

Die meisten waren 1989 wohl frei. Denn Unfreie vermochten die Freiheit nicht zu erkämpfen.

Schrecklich schöne Jahre waren auch 1990, 1991, in denen die Wahrheitsrituale mit Blut besiegelt wurden.

Später aber erschrakten die Menschen vor ihrem Mut. Die Freiheit ist eine schöne Abstraktion, solange man dafür kämpft und sich im Zustand berserkerhafter Trance befindet, in der Wirklichkeit aber zahlt man dafür einen hohen Preis. Nach dem Verlassen der rituellen Dimension begannen die Menschen die Wirklichkeit mit der Trance zu vergleichen. Und kamen zum Schluss, die Wirklichkeit entspreche nicht der in der Trance gesehenen. Die Kommunisten kehrten unter anderem Namen an die Macht zurück und schlugen einen Mittelweg ein. Der berserkerhafte Furor verpuffte, die Menschen fühlten sich ausgelaugt, ermattet, hungrig und schwach, von den Alltagssorgen erdrückt. Erneut hatten sie Angst. Zankereien und Vorwürfe traten an die Stelle der Lieder. Mit einem Mal konnte man sich nicht mehr einigen, was die Wahrheit betraf. Jetzt streiten wir über Themen, die damals kaum Zwist hervorriefen, und

sind aufeinander wütend. Hat die Wahrheit Grenzen? Oder kümmerten wir uns vielleicht damals nicht um Details? Aber vielleicht sind das ja gar keine Details, sondern wichtige Nuancen.

Seit 30 Jahren erinnern wir uns nun an diese rituelle Euphorie und haben nichts, womit wir sie vergleichen könnten, und nichts Stärkeres erlebt. Wir quälen uns, weil wir nicht mehr so sind wie damals und, falls wir es müssten, heute wahrscheinlich nicht mehr so entschieden handeln könnten. Ein beträchtlicher Teil der Menschen, die damals sangen und die Menschen zum Ritual sammelten, leben heute im Ausland. Nicht wenige zweifeln an der Freiheit, denn sie können trotzdem nicht reisen und haben nicht das Bedürfnis frei und ungezwungen zu sprechen.

Offenbar brauchen wir im dritten Jahrzehnt der Unabhängigkeit mehr denn je einen Helden. Obwohl es auch 1980 und 1990 keinen mythischen Helden gab, der alles veränderte. Helden waren alle, die keine Angst hatten und sangen.

RIMANTAS KMITA

ist Lyriker, Literaturkritiker, Schriftsteller und arbeitet beim litauischen Nationalradio (LRT).

1989
–
1991

The years of Change

Das Projekt „The Years of Change 1989–1991. Mittel-, Ost- und Südosteuropa 30 Jahre danach“ lädt Sie ein, über die Wende und ihre Folgen nachzudenken: Wie lassen sich die vielen Erfahrungen des Widerstands, des Undergrounds und des politischen Engagements heute bewerten?

www.bpb.de/theyearsofchange

Hallo, Mickey!

Haska Shyyan

In meiner Erinnerung schwingt der Sommer 1989 wie Mickey Mouse, die an der einen Hand Lenin, an der anderen Jesus hält. Diese imaginierte Figur zeigt ihn, den Sommer von damals. Im Mai waren wir in die Pionierorganisation aufgenommen worden, das fühlte sich schon irgendwie merkwürdig an, aber die Rituale wurden dennoch eingehalten: Wir banden uns die roten Halstücher um und machten ein Foto am Lenin-Denkmal.

Der Sommer änderte alles. Warum, weiß ich nicht. Bis zum Augustputsch und zum Zerfall der Sowjetunion würde es noch zwei Jahre dauern. Noch waren Chip und Chap und ihre Rettungstruppe nicht im Fernsehen, in den Sommerferien konnte man sich nur zum x-ten Mal den sowjetischen Fünf-teiler „Der Gast aus der Zukunft“ ansehen. Aber als wir am 1. September in die Schule zurückkehrten, waren die Lenin-Porträts von ihren Ehrenplätzen über der Tafel verschwunden – man hatte sie sehr vorsichtig und in gewisser Weise heimlich aus den Klassenzimmern entfernt, indem man sie nach der Renovierung einfach nicht wieder aufhängte.

Vielleicht lag das an den amerikanischen Schülern, die zum Austausch an unsere Schule gekommen waren. Sie trugen keine Schuluniform, nein, sie trugen sogar Bluejeans – dieses schreiende Symbol des faulenden, verführerischen Westens. Und das war noch nicht alles. Wir schrieben damals mit Füllfederhaltern, und ein Mädchen betupfte einfach nach dem ersten Klecks, den sie sich beim Schreiben mit diesem vorsintflutlichen Teil auf die Hose gesetzt hatte, die ganze Hose mit Tintenflecken, statt sie zu waschen. Zu ihrer Rechtfertigung muss man allerdings sagen, dass es damals in Lwiw nur zu bestimmten Tageszeiten fließendes Wasser gab und Waschvollautomaten einer Interstellarrakete aus einem Fantasyfilm gleichkamen. Trotzdem war diese beinahe schon künstlerische Performance eine unerhörte und einzigartige Frechheit, das erste Scherflein der jugendlichen Rebellion, auf die offenbar alle gewartet hatten. Natürlich protestierten auch wir gegen die Schuluniform, indem wir jeden Tag etwas mehr von dem anzogen, was der bescheidene Kleiderschrank jener Jahre hergab, und uns so nach und nach von den braunen Kleidern mit weißen Schürzen und stei-

fen Jacketts trennten. Die Halstücher waren ohnehin schon verschwunden. Interessanterweise nahmen die Lehrer und die Schulleitung dies alles ohne jeglichen Widerstand und ohne Schuldzuweisung hin, als hätten sie selbst nur auf diesen Moment der Freiheit gewartet, der sie erfasste und herausschleuderte aus dieser Welt, die sie längst satt hatten und der sie schon lange entfliehen wollten. Ob es nun der fehlende Komfort im Alltag und die nächtlichen Schlangen nach den lebensnotwendigen Dingen waren oder das Misstrauen der Menschen untereinander und die Lügen des Systems – alles zusammen jedenfalls hatte für die meisten, unabhängig von Alter und Beruf, das erträgliche Maß endgültig überschritten.

Ein wichtiger Katalysator war für viele das plötzliche gemeinsame Bekenntnis zum Glauben – endlich brauchte man den Kirchengang nicht mehr geheim zu halten, es kam in Mode, im Kirchenchor zu singen, und das gemeinsame Morgengebet wurde zu etwas Freiwillig-Verpflichtendem, was in gewisser Weise all die sowjetischen ideologisierten Schulaktivitäten ersetzte. Nunmehr wurde man nicht mehr feierlich in die Reihen der Pioniere aufgenommen, sondern ging zur Erstkommunion, die Taufe der Kiewer Rus jährte sich schließlich gerade zum 1001. Mal.

Für mich, die ich als Kind weder mit dem einen noch dem anderen wirklich etwas anfangen konnte, ähnelte dieser Sommer der ironischen und munteren Gestalt einer Disneyfigur, der man nachlaufen wollte, um zu erfahren, was dann kommt. Die Disneyfiguren kannten schließlich den Weg zum Glück. Vielleicht half genau diese Illusion der jugendlichen Psyche in den folgenden zehn Jahren, die geprägt waren von Hyperinflation, politischer Instabilität und Orientierungslosigkeit, nicht unter die Räder zu kommen. Das allmonatliche Anfügen weiterer Nullen auf den Geldscheinen schien mir nichts als ein neues Abenteuer von Onkel Dagobert, die Notwendigkeit, erfinderisch zu sein mit der alten Kleidung meines Vaters und den Stoffresten, die sich noch im Schrank fanden, erinnerte an den Einfallsreichtum der geistreichen Maus Trixi, und die Schlange nach Butter, in der viele Familien am 31. Dezember standen, war nichts anderes als ein Weihnachtsrätsel für die Protagonisten aus Entenhausen.

Wie in vielen früheren Sommern kam auch in diesem Jahr eine ehemalige Klassenkameradin meiner Mutter zu Besuch, die schon seit zehn Jahren in der DDR lebte. Ihr Mann und sie hatten einen coolen Wohnwagen, vor den sie ihren Wartburg spannten, um sich so auf den weiten Weg durch mehre-

re Länder zu machen. Den Wohnwagen nahmen sie eigens dafür mit, damit ihre fünfjährige Tochter an der Grenze, wo man manchmal einen ganzen Tag warten musste, in Ruhe schlafen konnte. Sie parkten das Gefährt auf unserem Hof, der abgeschlossen werden konnte, und diese weiße, mit allem Notwendigen ausgestattete Kapsel schien mir eine ideale Kombination aus einem Schutzraum vor den anstrengenden Zeiten und einem Shuttle oder sogar Portal, das einen umstandslos in ein besseres Leben führen konnte. Ein Beweis für das mögliche Wunder war der Umstand, dass ich aus seinen akkuraten Türchen wie aus einer Zauberruhe von Zeit zu Zeit Wrigley's Spearmint oder Schogetten bekam. Als Kind reichten mir diese Attribute, um fest daran zu glauben, dass die Welt dort, wo man solche makellosen Häuschen auf Rädern baute, besser war und alle Menschen dort frischen Atem hatten.

Heute denke ich viel mehr darüber nach, wie viele Szenen aus dem Film „Das Leben der Anderen“ sich im Leben dieser Menschen ereignet haben mochten. Haben ihnen die Beherrschung des Russischen als Muttersprache und der Besuch bei den Verwandten und Freunden in der Sowjetunion womöglich besondere Verpflichtungen auferlegt?

Zu jener Zeit war die Vereinigung beider deutscher Staaten schon in aller Munde, und ich kann mich noch daran erinnern, wie unsere Freunde einmal damit herausplatzten, dass es schwer zu verstehen sei, warum sich die Sowjetrepubliken von Moskau abspalten wollten, wo doch Europa gerade versuche, alle Grenzen abzuschaffen. In den vergangenen 30 Jahren ist die Antwort auf diese Frage sicher deutlich geworden, sogar für diejenigen, die nicht persönlich davon betroffen sind.

Seitdem hat uns die Welt vor viele neue Fragen und Herausforderungen gestellt. Jeden Tag wird neues Öl ins Feuer gegossen. Ohne die Linie der Partei und die Dogmen der Religion fühle ich mich manchmal verloren wie das neunjährige Kind von damals. Aber der Sommer 1989 hat mich gelehrt, dass es nichts nützt, von anderen Antworten und Lösungen zu erwarten. Oft liegt die Rettung in dem Mut, einfach Tinte auf einen hellen Stoff tropfen zu lassen und zuzuschauen, wie sich die Ränder des Flecks nach außen vorschieben.

Aus dem Ukrainischen von Claudia Dathe.

HASKA SHYYAN

Haska Shyyan ist eine ukrainische Autorin, Übersetzerin, Bloggerin und Straßenfotografin.

Die Sowjetunion ist nicht überall zerfallen

Viktor Martinowitsch

Mit neun Jahren wurde ich feierlich in die Pionierorganisation aufgenommen. Ich musste das Gelöbnis auswendig lernen („Ich gelobe zu leben, zu lernen und zu kämpfen, wie es Lenin lehrt“) und ein rotes Halstuch kaufen. Die Feierstunde war so pathetisch, dass mein Klassenkamerad Sassa prompt in Ohnmacht fiel.

Jeder von uns hatte einen klaren und vorgezeichneten Weg in die Zukunft.

Das Erwachsenwerden schien einfach und ungefährlich.

Es waren noch drei Jahre bis zum Zerfall der Sowjetunion.

Die Perestroika war, glaube ich, die erfreulichste aller Katastrophen, die Europa heimgesucht haben.

Mein Vater war Ingenieur; nach 1991 lebte er mehrere Jahre von einem Gehalt, das umgerechnet sieben Dollar betrug.

Später fuhr er, der einen Hochschulabschluss hatte, als fliegender Händler nach Polen und verkaufte dort Töpfe, Wodka, Schmalzfleisch und andere Relikte der erloschenen Epoche, für die im Ausland noch Nachfrage bestand. Mit Wasser benetztes und mit Zucker bestreutes Schwarzbrot avancierte angesichts des Mangels für mich zu einer Köstlichkeit. Wenn irgendjemand Buchweizen aufgetrieben hatte, war das für unsere Familie ein Fest.

Doch außer Essen und Klamotten war da auch noch etwas anderes. Den *Wind of Change* gab es tatsächlich, und an seinen betörenden Duft kann ich mich noch sehr gut erinnern. Die große Musik der Neunziger. Die großen Bücher und selbst die großen, epochalen Fernsehsendungen. Ich brühte den sowjetischen Tee („schwarz, lose“) ein zweites Mal auf, legte Musik von Viktor Zoj, Boris Grebenschikow oder Sergej Kurjochin ein und wusste, dass Millionen Menschen um mich herum gleich dachten und atmeten.

Damals, als ich jung war, wollte es mir nicht in den Kopf, dass ich tatsächlich in der „sowjetischsten aller Republiken“ zur Welt gekommen

sein sollte, in der „weißrussischen Vendée“, wie der belarussische Dissident und Autor Ales Adamowitsch das Land nannte, womit er auf das westfranzösische Département Vendée anspielte, das seinerzeit die Errungenschaften der Französischen Revolution abgelehnt hatte. Damals wusste ich noch nicht, dass ein paar Jahre später alles zurückkommen sollte: die Pionierorganisation, die „Exekutivkomitees“, die Zensur, die Angst, die fehlende Luft zum Atmen.

Es fällt mir schwer zu sagen, was genau in Belarus schiefgelaufen ist und worin die Ursachen liegen. Warum die sterbende Sowjetunion ausgerechnet in Minsk wieder neu keimen konnte. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass uns die Unabhängigkeit 1989 buchstäblich in den Schoß gefallen ist. Die Belarussen haben sie nicht erkämpft, anders als in Litauen. Es wurde einfach irgendwann im Fernsehen verkündet, es gäbe jetzt eine neue Währung, eine neue Schule, neue Grenzen und ein neues Land. Wer nichts geopfert hat, gibt eine Sache leichtfertig preis.

Weil sie ihm ja eigentlich auch nicht gehört.

Vielleicht war es aber auch einfach nur so, dass in Belarus keine positive ideelle Alternative zur Sowjethymne und zum Sowjetmythos entwickelt worden ist. Während in den Nachbarländern die gewendete Parteinomenklatur ihren Mitbürgern leidenschaftlich von den Vorzügen eines Nationalstaates vorschwärmte, distanzierte sich der belarussische Führer Wjatscheslaw Kebitsch von der Belarussischen Volksfront (BNF) und versuchte, die Linie durchzusetzen, die noch unter Stalin entwickelt worden war. Als 1994 sein junger Opponent Alexandr Lukaschenko auftauchte, wurde er als Alternative zur Parteinomenklatur gewählt. In der Hoffnung, er würde Reformen durchführen und die Kommunisten zurückdrängen. Wer konnte ahnen, dass er in der Restaurierung der Sowjetunion die anderen noch weit übertreffen würde? Und dass die sowjetische Ideologie, die Sprache der „Fünfjahrpläne“ und „Telefonkonferenzen“, noch jahrzehntelang dominieren würde?

Es gibt noch eine weitere Version, warum die Belarussen nicht „Good bye, Lenin“ gesagt haben. Während nämlich in Moskau noch offen und ausführlich über die Verbrechen des Sowjetregimes, über die Gulags, Stalin und den Personenkult gesprochen wurde, während in den Nachbarländern Filme über den NKWD gedreht und Untersuchungen über die Ereignisse 1937

veröffentlicht wurden, gab es in Belarus nicht den kleinsten Hauch einer Aufarbeitung der Vergangenheit.

Kuropy, der Ort, an dem die Opfer der Stalinschen Säuberungen zu Tausenden verscharrt wurden und den der BNF-Gründer Sjanon Pasnjak entdeckt hat, ist bis heute kein offizieller Gedenkort. Trotz der Schutzzone tobt um Kuropy noch immer ein „Erinnerungskrieg“. Nachdem sie die Hoffnung aufgeben mussten, dort einen allgemein anerkannten Gedenkort zu schaffen, stellten die Aktivisten, denen Kuropy am Herzen liegt, dort mehr als 70 Kreuze auf – ihre Umrisse waren von der Ringautobahn aus gut zu sehen und bildeten eine schweigende Mahnung daran, welche Spuren die Sowjetunion in Minsk hinterlassen hat. 2019 wurden die Kreuze mit Bulldozern entfernt, was nicht allein gläubige Christen schockiert hat.

Ich bin mir sicher, dass die Massenproteste vom Sommer und Herbst 2020 sich nicht nur aus der Unzufriedenheit der meisten Belarussen mit den verkündeten Ergebnissen der Präsidentschaftswahl speisten. Die Menschen sind auf die Straße gegangen, weil sie es satt hatten, in Angst zu leben. Weil sie diese Angst, die das System mit der Sprache des verschwundenen Imperiums übernommen hat, nicht länger ertragen.

Die Arbeit, die nicht abgeschlossen wurde, muss jetzt von neuem in Angriff genommen werden.

2020 haben sich jene einer Entsowjetisierung unterzogen, deren Eltern 1991 auf halbem Weg stehengeblieben waren. Und es entsteht der Eindruck, als müssten trotz der unzähligen gebrochenen Schicksale, der riesigen Emigrationswelle, der Hunderten politischen Gefangenen die Kinder jener, die 2020 inhaftiert worden sind, in 20 Jahren die Aufgaben von 1991 wieder neu in Angriff nehmen.

Weil die Perestroika in Belarus immer noch nicht Wirklichkeit geworden ist.

Aus dem Russischen von Claudia Dathe.

VIKTOR MARTINOWITSCH

ist außerordentlicher Professor an der European Humanities University in Vilnius, lehrt Hermeneutik und Theorie der Kunst und des Schreibens und lebt in Minsk.

Immunität gegen das Unglück

Maša Kolanović

30 Jahre danach. Die Welt kämpft gegen eine Coronavirus-Pandemie, die „unsere“ Lebensart verändert hat, unsere Rituale und alle Annehmlichkeiten, an die wir uns gewöhnt haben und die uns als Selbstverständlichkeit vorgekommen sind. Es ist schwer aufzuzählen, was alles dazugehört: zur Arbeit und in die Schule gehen, Freunde und Verwandte treffen, reisen, offene Grenzen überqueren bis hin zu jedweden Plänen für die Zukunft ... Im März 2020 wurde, während „unsere“ bekannte Welt in Stücke zerfiel, in einem der zahlreichen Corona-Scherze, die sich in den sozialen Netzwerken verbreiteten, eine Szene aus dem Film „The Ballad of Buster Scruggs“ der Gebrüder Cohen gezeigt. Wer diese schwarze Westernkomödie gesehen hat, kann sich sicher an den Anfang der Episode erinnern, in welcher der gescheiterte Bankräuber, den James Franco spielt, durch eine Ironie des Schicksals dem Tod entgeht, um am Ende der Episode durch dieselbe Ironie des Schicksals ungerechterweise zum Tode verurteilt zu werden. Versöhnt mit dem Tod, dem er schon einmal ins Auge gesehen hat, stellt er dem anderen Verurteilten, der die Situation viel schlechter erträgt, die Frage: „First time, ha?“ In diesem Scherz vom Beginn der Pandemie wurde seine Frage den „ehemaligen Jugoslawen“ zugeschrieben. Tatsächlich: Wer das Ende Jugoslawiens erlebt hat, hat das Ende einer Welt, die wir gekannt haben, erfahren, und die Entstehung einer ganz anderen, neuen Welt. Die Situation zu Beginn des Krieges erinnert in vielerlei Hinsicht an das, was wir am Anfang der Pandemie beobachten konnten. 1991 war eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen nicht mehr möglich, und das Neue war gekennzeichnet durch Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit; es war gespickt mit Hoffnung und Angst zu gleichen Teilen.

Ich gehöre zu dieser letzten – oder, wie man gerne sagt, verlorenen – jugoslawischen Generation, deren Kindheit sich auf zwei Staaten verteilt hat, wenn man Kindheit überhaupt in dieser Art und Weise aufteilen kann. Sie war geprägt von

Krieg, quälenden Bildern und unzähligen Nachrichten, von dem Zerfall aller bekannten Umstände, von einem schwindelerregenden Umschreiben der Werte und einer Re-Symbolisierung der gesamten öffentlichen Sphäre. Der Sozialismus, seine Symbole und Werte, wurden in die Abstellkammer der Vergangenheit geworfen, und vor unseren Augen wurden neue Helden und vor allem neue Werte erschaffen, die in den Schulen, in den Medien, in großen und kleinen Diskussionen gefestigt wurden ... Es gab viel Gerede über Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie, aber auch über „wir“ und „sie“ – eine Aufteilung, die bis zum heutigen Tag nicht an Kraft eingebüßt hat. Es wurde auch viel über das Erwachen des Unternehmergeistes gesprochen und darüber, dass wir die Mentalität des „Hängens an der Brust des Staates“ und die Erwartung, der Staat würde sich um jeden von uns kümmern, hinter uns lassen sollten. Wie kleine Pioniere, aber dieses Mal unter einer anderen Flagge, pickten wir die Körner dieser schönen neuen Welt auf. Allerdings bewahrten sich einige von uns in diesem politischen Reifungsprozess eine gesunde Dosis Skepsis. In meinem Fall war das vor allem ein Verdienst der Literatur. Und zwar jener Texte, die wir nicht in der Schule zu lesen bekamen. Die Entdeckung der Texte von Dubravka Ugrešić, Boris Buden, Slavenka Drakulić und der Autoren, die sich um die Wochenzeitung „Feral Tribune“ versammelt hatten, stellte den ersten Schritt meiner Entwicklung zum kritischen Denken dar. Die pazifistischen Texte jener Autoren, in denen unmissverständlich die Stimme gegen jede Gewalt erhoben wurde (und vor allem gegen die als legitim dargestellten Lügen der neu gegründeten Staaten), gehörten zum „unbequemen“ Dissidentenkanon. Die Autoren wurden reihenweise zu Volksfeinden und Jugo-Nostalgikern erklärt. Für mich stellen diese Texte den Beweis dar, dass es auch in düsteren Zeiten Leuchttürme des gesunden Menschenverstandes gibt. Sie boten mir Einblicke, die man nicht auf der Landkarte des hegemonialen Diskurses eintragen kann und die immer in einem angespannten Verhältnis zur rezenten Gegenwart stehen. Diese Autoren haben ihre Haltung bis heute beibehalten und sind zum Glück nicht mehr so allein.

Kehren wir zurück zu jenen Werten aus der Epoche des Sozialismus, und zwar aus der Perspektive der Zeit 30 Jahre danach. Zum Beispiel eine Krankenversicherung, die allen gleich zu-

gänglich ist, die Fürsorge des Staates für jeden Einzelnen, die Solidarität mit den Schwachen und Verwundbaren ... kurz gesagt, all jene Kategorien, die sich nicht in das erwünschte Unternehmerimage fügen. In dieser Pandemiezeit, die in Kroatien durch die Erdbeben im März und Dezember 2020 erschwert wurde und die einer großen Anzahl von Bürgern enormen Schaden zugefügt hat, erinnern wir uns an diese Werte. Als zum Beispiel 1972 in Jugoslawien eine Pockenepidemie ausbrach, wurden in nur wenigen Wochen achtzehn Millionen Menschen geimpft. In Kroatien gab es einst ein Immunologisches Institut, in dem Impfstoffe unter anderem gegen Pocken, Masern oder Röteln produziert wurden. Heute wird dort nicht einmal mehr Antiserum gegen Schlangengift oder Impfstoff gegen Tetanus hergestellt. Während ich diesen Text im März 2021 schreibe, stockt der Impfprozess im gesamten Bereich der Europäischen Union. Zagreb, Sisak, Petrina, Glina und andere Orte haben sich noch immer nicht von den Folgen der Erdbeben erholt.

Im letzten Jahr erinnerte alles sehr stark an die Ereignisse vor 30 Jahren, obwohl es keinen Krieg gab – der „Feind“ hat keine Charakterzüge, er ist nicht einmal sichtbar. Doch wir stehen nicht zum ersten Mal unter dem Galgen. Die „ehemaligen Jugoslawen“ ertragen die Pandemie vielleicht tatsächlich etwas leichter, da die bekannte Welt für sie schon einmal zerfallen ist, um dann wieder irgendwie zusammengefügt zu werden. Vielleicht haben sie einfach mehr als zwei Leben – oder zumindest eine etwas stärkere Immunität gegen das Unglück. Es liegt etwas Wahres in diesem Scherz, den ich nicht vergessen kann, obwohl neue Scherze über all dies, was uns 30 Jahre danach geschieht, im Minutentakt entstehen.

Aus dem Kroatischen von Alida Bremer.

MAŠA KOLANOVIĆ

ist Multigenre-Autorin und Professorin in der Abteilung für kroatische Sprache und Literatur an der Universität Zagreb.

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



UMBRUCHSJAHR 1991

Kristina Spohr

Vor gut 30 Jahren, am ersten Weihnachtstag 1991, zerfiel die Sowjetunion.⁰¹ Die UdSSR brach entlang der Grenzen ihrer Teilrepubliken friedlich auseinander. Der Untergang des Sowjetimperiums bedeutete auch das Ende des „sowjetischen Experiments“⁰² – der Herrschaft der kommunistischen Partei mit dem Versuch, eine neue Gesellschaft als Alternative zu den kapitalistischen Demokratien des Westens aufzubauen. Für viele Kommentatoren symbolisierte das sang- und klanglose Verschwinden der Sowjetunion von der Weltkarte überdies das Ende einer besonderen historischen Epoche in der jüngsten Geschichte, jener des Kalten Krieges.⁰³

Der Kollaps der Sowjetunion war ein bedeutsames Ereignis in der Weltgeschichte – obwohl es nur wenige, einschließlich der Russen selbst, als sonderlich traumatisch empfanden oder dieser Entwicklung besonders negativ gegenüberstanden. Das Ende kam zwei Jahre nach den „Revolutionen von 1989“ in Mittel- und Osteuropa, die die regionalen kommunistischen Diktaturen und Kommandowirtschaften hinwegfegten und das dort seit den 1940er Jahren bestehende sowjetische Sicherheitsglacis zerschmetterten, und ein Jahr, nachdem das geteilte Deutschland – Mitursache und Hauptschauplatz des Kalten Krieges – ein Ganzes geworden war und die USA, die UdSSR und China in beispielloser Zusammenarbeit im UN-Sicherheitsrat einhellig eine Entscheidung herbeigeführt hatten, mit militärischen Mitteln auf die irakische Invasion und Annexion Kuwaits im August 1990 zu antworten.

Der kurze und erfolgreiche Erste Golfkrieg, der im Winter 1991 folgte, symbolisierte dabei eine Phase von „Ost-West-Flitterwochen“; US-Präsident George H. W. Bush sprach leidenschaftlich von einer „neuen Weltordnung“.⁰⁴ Aber längerfristig schienen sich die Ereignisse in der Sowjetunion und anderswo in Europa 1991 gegen eine solche imaginierte Zukunft zu verschwören. Zuerst rollten sowjetische Panzer in Litauen, dann implodierte Jugoslawien und glitt

in Bürgerkrieg und Völkermord ab. In Moskau versuchten kommunistische Hardliner, die laufenden Prozesse in Richtung einer Erneuerung der Union zu unterminieren. Sie scheiterten ebenso wie der politisch gelähmte Staatspräsident Michail Gorbatschow. Denn die Stunde schlug nun für den kurz zuvor gewählten Präsidenten der Russischen Sozialistischen Föderativen Republik, Boris Jelzin, der inmitten des Chaos als heldenhafter Verteidiger von Reformen und Demokratie hervortrat. Entscheidend war, dass die baltischen Republiken im August endgültig aus der UdSSR ausschieden.⁰⁵ Wann die anderen – unter der Führung Russlands – sich entschließen würden, ihrem Vorbild zu folgen, war nur mehr eine Frage der Zeit.

Mit der Auflösung der zweiten Supermacht trat die Welt in den „unipolaren Moment“ ein.⁰⁶ In Europa blieb bei aller Fragilität und Zersplitterung an seinen Rändern der Trend zu einer weiteren institutionellen Integration bestehen – durch die schrittweise Öffnung der NATO nach Osten mit der Bildung des Nordatlantischen Kooperationsrats (NAKR) im Dezember 1991 und durch die Verhandlungen in Maastricht im selben Monat, die in der Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Union Anfang Februar 1992 mündeten. Bemerkenswert ist, dass trotz aller Volatilität nach dem Umbruchsjahr 1991 die Stimmung allgemein von Hoffnung auf den „Anbruch einer neuen Ära“⁰⁷ geprägt war. Viele in Ost und West glaubten damals an die strahlende Vision Francis Fukuyamas von einem neuen Zeitalter, bestimmt von „der Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als letzte Form der menschlichen Regierung“.⁰⁸ Gleichzeitig wurden jedoch außerhalb dieses westlichen Blickfelds in jenen Tagen bereits die Triebfedern für die grundlegenden geopolitischen Revisionen angelegt, die wir in den vergangenen Jahren erlebt haben.

Heute erscheint „1991“ in einem ganz anderen Licht. Sein Vermächtnis spielt entscheidend in der Machtpolitik der Gegenwart mit. 2005 er-

klärte der russische Präsident Wladimir Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion zur „größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.⁰⁹ Im Dezember 2021 sprach er gar von der großen „Tragödie“, die der Zerfall des „historischen Russlands unter dem Namen Sowjetunion“ darstellte. „Wir haben uns in ein völlig anderes Land verwandelt. Und was über 1.000 Jahre hinweg aufgebaut worden war, ging weitgehend verloren.“¹⁰ Diese „Katastrophe“ von 1991 habe Russland zur internationalen „Irrelevanz“ degradiert; und so besteht Putins Mission seit seiner Amtsübernahme zu Beginn des neuen Jahrtausends darin, den Großmachtstatus seines Landes wiederherzustellen und gleichzeitig die „Obsoleszenz“ der liberalen Ordnung zu beweisen.¹¹ China wiederum sah vor drei Jahrzehnten seine Chance in der globalen Transformation. Und vor dem Hintergrund der gewaltsamen Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 schlug das Regime in Peking seinen eigenen, revisionistischen Weg ein – einen Weg, der die Volksrepublik von einem maoistischen Revolutionsstaat zu einem autoritären kommunistisch-kapitalistischen Machtzentrum mit globaler Reichweite führen würde, um aus dieser neuen Position der Stärke heraus die Hegemonie der Vereinigten Staaten herauszufordern.¹²

Die Ereignisse und Auswirkungen von „1991“ spielen also nicht nur eine wichtige Rolle für un-

sere Deutung der Vergangenheit, sondern sind gerade auch für unser Verständnis der Gegenwart von kritischer Bedeutung. Aber was genau geschah 1991, wie und warum? Welche Weichen wurden durch welche Ereignisse und Entscheidungen in diesem Jahr gestellt? Was begann 1991, was wurde abgebrochen, wo hätte es Alternativen gegeben? Wie stellten sich die großen systemischen Veränderungen dar? Dies sind die Fragen, die im Folgenden beleuchtet werden.

*

„Eine Diktatur ist am Entstehen.“¹³ Mit diesen dramatischen Worten erklärte der reformistische sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse am 20. Dezember 1990 vor dem Kongress der Volksdeputierten der UdSSR überraschend seinen Rücktritt. Er tat dies in der Überzeugung, Gorbatschow sei gefangen zwischen Separatisten, die die Union zerstören wollten, und kommunistischen Hardlinern, die mit Notstandsverordnungen die Erosion der UdSSR noch zu verhindern suchten. Gorbatschow schien die Puste auszugehen, so schien es Schewardnadse wie vielen engen Verbündeten und Beobachtern. Das große Ziel der Neuerfindung der Sowjetunion – ihren Erhalt im Zuge von gradueller Anpassung und Modifizierung des Systems durch seine Perestroika- und Glasnost-Politik zu sichern – erwies sich als schwer zu verwirklichen. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, die Transformation vom Einparteiensstaat zum politischen Pluralismus und die Verlagerung der politischen Verant-

01 Vgl. Vladislav Zubok, *Collapse: The Fall of the Soviet Union*, New Haven–London 2021; Serhii Plokhii, *The Last Empire: The Final Days of the Soviet Union*, London 2014.

02 Ronald Grigor Suny, *The Soviet Experiment: Russia, the U.S.S.R., and the Successor States*, Oxford 1997.

03 Vgl. Robert Service, *The End of the Cold War, 1985–1991*, London 2015.

04 Bush's Address before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit, 11.9.1990.

05 Hierbei ist zu beachten, dass im striktesten Sinne Esten, Letten und Litauer nie von einem „Austritt aus der UdSSR“ sprachen, sondern schlicht von der „Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit“ (für die sie diplomatische Anerkennung ersuchten), weil sie de jure nicht willentlich der Union beigetreten, sondern infolge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 als Sozialistische Sowjetrepubliken in die Sowjetunion einverleibt worden waren.

06 Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* 1/1990/91, S. 23–33.

07 Presidents Bush and Yeltsin: „Dawn of a New Era“, in: *New York Times*, 2.2.1992, S. 8. Vgl. Kristina Spohr, *Wendzeit: Die Neuordnung der Welt nach 1989*, München 2019.

08 Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History*, in: *The National Interest* 16/1989, S. 4.

09 Siehe das Transkript von Putins Rede vom 25.4.2005 unter <http://kremlin.ru/events/president/transcripts/22931>. Siehe auch Putins Interview mit der *Financial Times* vor dem G20-Gipfel, 27.6.2019, www.ft.com/content/670039ec-98f3-11e9-9573-ee5cbb98ed36.

10 Wladimir Putin: Zerfall der Sowjetunion ist eine Tragödie, 14.12.21, <https://de.rt.com/russland/128432-wladimir-putin-zerfall-sowjetunion-ist>.

11 Vgl. Shaun Walker, *Putin's Quest for Lost Glory*, 18.2.2018, www.theguardian.com/commentisfree/2018/feb/18/putins-quest-for-lost-glory; ders., *The Long Hangover: Putin's New Russia and the Ghosts of the Past*, Oxford 2018; *Russia at the Turn of the Millenium*, 30.12.1999, <https://pages.uoregon.edu/kimball/Putin.htm>; Interview mit Putin (Anm. 9).

12 Vgl. Spohr (Anm. 7), S. 1, S. 9, Epilog. Siehe auch Rush Doshi, *The Long Game: China's Grand Strategy to Displace American Order*, New York 2021.

13 Zit. nach Bryan Brumley, *Shevardnadze Resigns, Blames Soviet Reactionaries*, 20.12.1990, <https://apnews.com/article/7be04c7bf0d7c337db2f2f3ec4ef5e8>.

wortung von Moskau auf die Peripherie – all diese Schritte wurden von schweren Rückschlägen überschattet.

1991 wurde die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) von inneren Unruhen heimgesucht; die Moral in der Roten Armee und den Sicherheitsdiensten war auf dem Tiefpunkt; und Regierungsministerien hatten Mühe, die vielfältigen politischen Veränderungen und Reformen umzusetzen. Die Macht im Zentrum schwand zusehends inmitten eines wahren Roulettes von Neubesetzungen, wobei Gorbatschow, der unbedingt am Steuer bleiben wollte, immer näher an die kommunistischen Hardliner heranrückte. Viele sahen in diesen Entwicklungen das Signal für das Ende von Gorbatschows Reformkurs und eine Rückkehr zur sowjetischen Orthodoxie. Aber könnte die Union ohne Gewalt zusammengehalten werden? Könnte es ein neues Commonwealth beziehungsweise einen neuen „Unionsvertrag“, wie Gorbatschow ihn vorgeschlagen hatte, geben? Oder würde die UdSSR in Anarchie versinken?¹⁴

Einer der explosivsten Landesteile der Sowjetunion war das Baltikum, dessen Länder in der Zwischenkriegszeit unabhängig gewesen waren, bevor sie 1939/40 und dann wieder ab 1944 unter sowjetische Kontrolle gebracht wurden.¹⁵ Anfang 1991 rollten sowjetische Panzer über die Straßen von Vilnius, und „Alfa“-KGB-Kommandos schossen zusammen mit Militär- und Bereitschaftspolizei (OMON) auf mehrere Hundert unbewaffnete litauische Demonstranten, wobei 15 getötet und viele mehr verwundet wurden. Unter dem Deckmantel einer drohenden internationalen Militäraktion im Nahen Osten (die von den Vereinten Nationen genehmigte und für Mitte Januar geplante „Operation Desert Storm“ zur Vertreibung der irakischen Armee aus Kuwait) hatte der Kreml, so schien es, in der Nacht zum 12. Januar beschlossen, die volle Kontrolle über Litauen mit Gewalt wiederherzustellen. Jene Kontrolle hatte Moskau nach dem Sieg der Reformbewegung Sąjūdis bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der Republik im Vorjahr und der anschließenden Erklärung der litauischen Regierung am 11. März 1990 zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes verloren.

Am 20. Januar 1991, eine Woche nach dem litauischen Blutvergießen, starben fünf weitere Menschen in der lettischen Hauptstadt Riga,

als sowjetische OMON-Truppen beim Versuch, Verteidiger der Unabhängigkeit aus dem Hauptquartier des Innenministeriums zu vertreiben, mit der bewaffneten lettischen Polizei zusammenstießen. In beiden Fällen weigerte sich Gorbatschow, Verantwortung zu übernehmen, und beschuldigte lokale Milizen, ja sogar lokale Führungskräfte und Parteigenossen, den Aufstand angezettelt zu haben. Doch trotz seiner Versuche, sich die Hände reinzuwaschen, nicht zuletzt auch was den Einsatz von Spezialeinheiten und den Befehl zur gewalttätigen Niederschlagung der Proteste betraf, konnte Gorbatschow seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht werden. So wussten KGB-Chef Wladimir Kruschkow und die Minister für Inneres und Verteidigung, Boris Pugo und Dmitri Jazov, dass gerade der sowjetische Generalsekretär die Präsidialherrschaft angedroht hatte, um die aus seiner Sicht abtrünnigen baltischen Republiken zurück in den sowjetischen Schoß zu bringen. Mit anderen Worten, Gorbatschow hatte zumindest eine begrenzte militärische Lösung gebilligt.¹⁶

Was auch immer Gorbatschows genaue Rolle und Beweggründe gewesen sein mögen, die baltische Tragödie hatte ihn politisch verwundet. Die westlichen Staatslenker waren erleichtert, als er sich anschließend von dem brutalen Vorgehen seiner Sicherheitsdienste distanzierte, die Opfer bedauerte und erneut die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten anprangerte. Aber das Vertrauen in Gorbatschow hatte gelitten. Und seine Glaubwürdigkeit als prinzipientreuer politischer Führer – jener Mann, der die Welt 1988 vor der UN-Vollversammlung über allgemeine universelle Werte belehrt hatte – wurde infrage gestellt. Selbst wenn Gorbatschow beim baltischen Blutbad nicht persönlich schuldig geworden sein sollte, hatte er die Kontrolle über sein Land verloren.¹⁷

16 Vgl. Una Bergmane, „Is this the End of Perestroika?“ International Reactions to the Soviet Use of Force in the Baltic Republics in January 1991, in: *Journal of Cold War Studies* 2/2020, S. 26–57. Siehe auch Archie Brown, *The Gorbachev Factor*, Oxford 1996, S. 279–83, und John Miller, *Mikhail Gorbachev and the End of Soviet Power*, New York 1993, S. 173f., die Gorbatschow nicht in der Verantwortung sehen. Im Gegensatz dazu Ainius Lasas, *Bloody Sunday: What Did Gorbachev Know about the January 1991 Events in Vilnius and Riga?*, in: *Journal of Baltic Studies* 2/2007, S. 179–94, und Anthony D'Agostino, *Gorbachev's Revolution*, New York 1998, S. 289–292.

17 Vgl. William Taubman, *Gorbachev: His Life and Times*, London 2017, S. 576–78; Boris Minayev, *Boris Yeltsin: The Decade that Shook the World*, London 2018, S. 6.

14 Vgl. Spohr (Anm. 7), S. 7.

15 Siehe auch Anm. 5.

In den Augen des sowjetischen Sicherheitsapparates hatte er durch seinen Rückzieher Schwäche gezeigt. Schlimmer noch, indem der russische Staatschef Boris Jelzin nach Tallinn geflogen war, wo er und seine drei baltischen Amtskollegen einen Sicherheitspakt unterzeichneten und einen gemeinsamen Appell an die Vereinten Nationen richteten, „bewaffnete Gewalttaten gegen souveräne Staaten“ anzuprangern, hatte Jelzin nicht nur die Balten erfreut, sondern mit seinen unabhängigen Schritten angefangen, die Russische Föderation gegen das marode sowjetische Konstrukt in Stellung zu bringen. In seinem persönlichen Machtkampf mit Gorbatschow wurde das Baltikum nunmehr zu einer der stärksten Waffen Jelzins. Und deshalb, anders als 1989 auf dem Tiananmen-Platz, hatte das scharfe Durchgreifen der Zentralregierung jetzt nicht den gewünschten Effekt, den Einheitsstaat zu stabilisieren, sondern unterminierte ihn stattdessen noch mehr.

Jelzin, der mittlerweile von der gesamten liberal gesinnten Moskauer Elite bewundert und unterstützt wurde, handelte dem sowjetischen Führer offen zum Trotz. Er nutzte die missliche Lage Gorbatschows geschickt aus, indem er sechs Jahre des Schwankens zwischen Demokratie und Autoritarismus anprangerte, während er begann, seine eigene Idee einer neuen „Staatspyramide“ von unten nach oben voranzutreiben. Diese sollte um Russland, die anderen beiden slawischen Republiken Belarus und Ukraine sowie um Kasachstan herum aufgebaut werden – gegen die sowjetische Zentralregierung. Dabei glaubte Jelzin etwas naiv, dass später auch die drei baltischen Republiken zusammen mit Georgien und Moldawien einer solchen Liga beitreten würden. Aber mit Visionen dieser Art täuschte er sich genauso wie Gorbatschow mit seinen Hoffnungen, einen Vertrag für eine neue losere Union zustande zu bringen, während er in Wirklichkeit immer mehr zu einem faustischen Pakt mit den Hardlinern gezwungen wurde.¹⁸

Auch in internationalen Angelegenheiten – einst Gorbatschows Stärke zu Zeiten seiner Gipfeltreffen mit US-Präsident Ronald Reagan und der deutschen Wiedervereinigungsdiplomatie – wirkte er nun verwirrt, fast hilflos. Noch in den

Tagen vor Ablauf der UN-Frist für Kuwait, die den Krieg gegen die irakische Besatzungsmacht näher rückte, glaubte Gorbatschow daran, den Friedensstifter zwischen dem Weißen Haus und seinem ehemaligen Klienten Saddam Hussein spielen zu können. „Er ist bereit, auf Moskau zu hören. Er bittet mich um Rat“, sagte Gorbatschow zu Bush. Aber der amerikanische Präsident wiederholte schlicht das Ultimatum vom 15. Januar: „Wir können nicht zulassen, dass er [Saddam] sich gegen die Meinung des Rests der Welt stellt.“¹⁹

Die Würfel waren gefallen. Und so ging der von den Vereinten Nationen sanktionierte Kuwait-Krieg seinen Gang. Das kleine Emirat wurde erfolgreich befreit und seine territoriale Integrität wiederhergestellt. Gemäß dem streng abgegrenzten Missionsauftrag wurde der Krieg nicht auf Bagdad ausgeweitet, um die international anerkannte Regierung von Saddam Hussein zu stürzen.²⁰ Was diese historisch bedeutsame Episode in der Golfregion jedoch auf einer größeren, systemischen Ebene enthüllte, war, dass die Sowjetunion – die dieser internationalen, US-geführten Militäraktion zugestimmt, sich aber selbst nicht aktiv an der Koalition der Willigen beteiligt hatte – in Wirklichkeit Amerikas Juniorpartner war.

Bei allem ernsthaften Gerede Bushs von einer „neuen Weltordnung“ im Herbst 1990, die auf den amerikanischen und sowjetischen Säulen und auf der Grundlage des Völkerrechts aufgebaut war, erwies sich diese Rhetorik letztlich als fiktiv – als diplomatisch nützliches Feigenblatt, um den machtpolitischen Niedergang der Sowjetunion zu verschleiern. Sie diente Gorbatschow und seiner Union als gesichtswahrendes Mittel, nicht zuletzt im Inland, aber auch als effizientes Instrument der US-Außenpolitik: um die aufkommende Unipolarität unter dem Deckmantel einer echten Kooperation der Supermächte während einer internationalen Krise zu verschleiern. Bush, wie auch seine europäischen Amtskollegen, kämpfte daher weiter für das Überleben der Sowjetunion und Gorbatschows. Dies war jedoch keineswegs selbstlos, denn Gorbatschow an der Spitze der UdSSR war ihrer Meinung nach der einzige Garant für eine

¹⁸ Vgl. Craig R. Whitney, *Gorbachev Puts Blame for Clash on Lithuanians*, 15. 1. 1991, www.nytimes.com/1991/01/15/world/soviet-crackdown-overview-gorbachev-puts-blame-for-clash-on-lithuanians.html; Zubok (Anm. 1), S. 185f.

¹⁹ George H. W. Bush Presidential Library (GHWBPL), *Telcon of Gorbachev-Bush Talks*, 11. 1. 1991, Oval Office.

²⁰ Vgl. Hal Brands, *From Berlin to Baghdad: America's Search for Purpose in the Post-Cold War World*, Lexington 2008, S. 2.

friedliche Verwandlung der UdSSR, Europas und der Welt nach dem Mauerfall. Je tiefer die Sowjetkrise, desto mehr klammerten sie sich an den traumtänzerischen sowjetischen Führer als beste Verteidigung gegen die Anarchie. Tatsächlich würden sie an dieser Beziehung fast bis zum bitteren Ende festhalten.

*

Vielleicht hätte Gorbatschow in diesem Winter besser daran getan, das Baltikum ziehen zu lassen und sich darauf zu konzentrieren, Jelzin und Russland an Bord zu halten und die sich ständig verschlimmernde wirtschaftliche und soziale Lage in der UdSSR in den Griff zu bekommen. Stattdessen, während er versuchte, seine eigene Position im Kreml zu festigen, fokussierte er seine Aufmerksamkeit auf die technischen Details der Erneuerung des Sowjetstaates. In einem Referendum, in dem die Sowjetbürger gefragt wurden, ob sie für oder gegen eine „erneuerte Föderation gleichberechtigter souveräner Staaten“ seien, stimmten 76 Prozent dafür. Dieses Ergebnis war irreführend, denn 6 von 15 Republiken boykottierten die Abstimmung offiziell, während in den verbleibenden neun große Mehrheiten für lokale Anti-Kreml-Initiativen wie eine allgemeine Wahl eines Präsidenten in Russland und für umfassendere Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit der Ukraine erreicht wurden. Statt eine Lösung im Machtkampf zwischen dem Kreml und den Republiken aufzuzeigen, wie Gorbatschow gehofft hatte, legte die Abstimmung lediglich die leidenschaftlichen Widersprüche des Landes offen.

Unbeeindruckt beschloss Gorbatschow, mit den neun Republikspräsidenten im „9+1“- oder „Nowo-Ogariowo“-Prozess weiter zu verhandeln, um unter Ausarbeitung einer neuen Verfassung einen Vertrag für eine neue Union „souveräner Staaten“ zu schließen. Zu seinem Leidwesen gewann Jelzin im Juni 1991 die direkte Wahl als russischer Präsident. Und das erlaubte ihm, als Verfechter einer russischen Demokratie, Gorbatschow in seiner Position als sowjetischen Staatslenker und Generalsekretär der KPdSU direkt herauszufordern. Obwohl den beiden Kontrahenten in jenem Sommer ein geselliges Abendessen anlässlich der scheinbaren Zustimmung zum Entwurf des Unionsvertrags gelang, stellte das Dokument in Wahr-

heit einen Kompromiss dar. Denn Gorbatschow drängte auf eine starke Föderation mit einer effektiven Zentralregierung, die auch weiterhin über beträchtliche Befugnisse (Verteidigung, Außenpolitik und Staatshaushalt) verfügen sollte, während Jelzin sich für eine schwächere Vereinigung, ein Commonwealth beziehungsweise eine Konföderation, einsetzte, die offensichtlich Russland als dominierende Republik begünstigen würde. Zudem löste, wie zu erwarten, die Nachricht von einer für den 20. August geplanten feierlichen Vertragsunterzeichnung bei den Konservativen der Kommunistischen Partei und der militärindustriellen Lobby einen weiteren Proteststurm aus – was die politischen Spannungen in Moskau nur noch weiter verschärfte.²¹

Auf globaler Ebene gelang Gorbatschow jedoch ein Erfolg. Der Status der UdSSR als erstklassige Militärmacht wurde bestätigt, als er und Bush während des Moskauer Gipfels vom 30./31. Juli 1991 den ersten historischen Vertrag zur Reduzierung ihrer Arsenale an strategischen Kernwaffen (START) unterzeichneten, „als Zeugnis für die neue Beziehung, die sich zwischen unseren beiden Ländern entwickelt – in dem Versprechen weiterer Fortschritte in Richtung eines dauerhaften Friedens“.²² Der Kalte Krieg war ihrer Meinung nach definitiv vorbei. Gemeinsam hatten sie die ersten Schritte in eine neue Ära gemacht. In diesem Sinne hatten sie als Führer kooperierender Supermächte auch die umfassenderen globalen Probleme der Zeit erörtert, darunter die weitere „Integration Europas“ durch die Europäische Gemeinschaft (EG) und durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Zukunft des Nahen Ostens nach dem Kuwait-Krieg und die Stabilisierung afrikanischer Hotspots wie Angola, Namibia und Südafrika.²³

Gorbatschow und Bush widmeten sich auch intensiv dem China-Problem nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

²¹ Vgl. Spohr (Anm. 7), S. 7.

²² GHWBPL, Public Papers, Remarks by President Gorbachev and President Bush at the Signing Ceremony for the Strategic Arms Reduction Talks Treaty in Moscow, 31.7.1991, <https://bush41library.tamu.edu/archives/public-papers/3256>.

²³ Vgl. Svetlana Savranskaya/Thomas Blanton (Hrsg.), *The Last Superpower Summits (TLSS): Gorbachev, Reagan and Bush – Conversations that Ended the Cold War*, Budapest 2016, Dok. 139, S. 893.

Beide Staatschefs taten dies mit der Absicht – wenn auch mit unterschiedlichen strategischen Zielen –, die Beziehungen zum Regime in Peking zu normalisieren. Aus chinesischer Sicht war dies sicherlich von Vorteil, da Peking versuchte, Chinas internationalen Paria-Status nach dem Blutbad unweit der Verbotenen Stadt loszuwerden. So hoffte die Volksrepublik auf ein Ende des G7-Sanktionsregimes, um ihre sozioökonomische Modernisierung weiter voranzutreiben zu können. Letztlich aber verachteten die Chinesen den Mann im Kreml. Sie vertraten die Ansicht, dass „die Sowjets die Wirtschaft nicht gut verstanden“ und Gorbatschow nicht in der Lage sei, feste „Maßnahmen“ zu ergreifen, auch wenn sie natürlich hofften, dass es ihm gelingen möge, den sowjetischen Sozialismus aufrechtzuerhalten.²⁴ Dahingegen sollte die langsame, bewusste Wiederherstellung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen, insbesondere durch Handel, einen Beitrag leisten, Chinas Weg vom Entwicklungsland zur Weltmacht zu ebneten.

Bezeichnenderweise ging Bush während des Moskauer Gipfels Gorbatschows innenpolitischen Problemen – wirtschaftlichen und politischen – keineswegs aus dem Weg. Er sprach insbesondere auch das heikle Thema der baltischen Staaten an. Hierbei machte Gorbatschow deutlich, dass er am Prinzip der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Grenzen festhalten wollte. Er betonte, dass es in ganz Osteuropa umstrittene Grenzen gebe und Selbstbestimmung nur „im verfassungsrechtlichen und rechtlichen Rahmen“ möglich sei.²⁵

Die gewaltsame Implosion Jugoslawiens, nachdem Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit deklariert und die serbisch dominierte jugoslawische Armee gegen die Grenzsoldaten der secessionistischen Republiken gekämpft hatten, diente als eindringliche Erinnerung daran, wie schnell der Zerfall eines Staates zu Konflikten, ja sogar zu einem offenen Bürgerkrieg führen konnte. Amerika nahm die düsteren Vorhersagen Gorbatschows über die „Balkanisierung“, wenn nicht gar die „Libanonisierung“ bestimmter Regionen des alten Kontinents und die besagte Möglichkeit, dass die Sowjetunion zu

einem „Jugoslawien mit Atomwaffen“ werden könnte, sehr ernst.²⁶

Und so, nicht zuletzt, um Gorbatschow zu unterstützen, hielt Bush am nächsten Tag in Kiew eine Rede, in der er erklärte, dass „die Amerikaner diejenigen nicht unterstützen werden, die Unabhängigkeit anstreben, um eine weit entfernte Tyrannei durch einheimischen Despotismus zu ersetzen. Sie werden niemandem helfen, der einem selbstmörderischen, auf ethnischem Hass beruhenden Nationalismus propagiert.“²⁷ Nationalistische ukrainische Abgeordnete waren bestürzt über Bushs Worte, da sie diese als direkte Kritik an ihrem eigenen Unabhängigkeitskampf auffassten, während Gorbatschows Berater in Moskau sie als eine entscheidende politische Verschiebung zugunsten ihres Chefs und des Kremls interpretierten, weg von einer möglichen Unterstützung für Jelzin und dessen russische pro-demokratische Kräfte. Tatsächlich wurde Bush auch in der US-amerikanischen Presse für seinen ukrainischen „Vortrag gegen Selbstbestimmung“ teils heftig kritisiert. Denn mit seiner „entsetzlichen ‚Kiewer Angsthasen‘-Rede“, schrieb der Kolumnist der „New York Times“ William Safire, habe sich „Washington törichterweise auf die Seite Moskaus gestellt“.²⁸

Am Schluss liefen die Dinge jedoch ganz anders, als alle erwartet hatten. Der gescheiterte Putsch eingefleischter Kommunisten im August 1991, die ungeschickt versuchten, die alte UdSSR zusammenzuhalten, ließ Gorbatschow, der kurzzeitig in der sowjetischen Sommerstaatsresidenz auf der Krim als Geisel gehalten wurde, zu einem Schatten seiner selbst verfallen. Jelzin war es, der gestärkt aus dem Chaos hervorging – gefeiert als der mutige Held Russlands, der die Demokratie auf den Straßen Moskaus gerettet hatte. Inzwischen hing die Zukunft der Sowjetunion als Einheitsstaat in der Schwebe. Während Gorbatschow

24 Qian Quichen zit. nach George Bush/Brent Scowcroft, *A World Transformed*, New York 1998, S. 177.

25 TLSS, Dok. 139, S. 900f.

26 R. W. Apple, *East and West Sign Pact to Shed Arms in Europe*, 20. 11. 1990, www.nytimes.com/1990/11/20/world/summit-in-europe-east-and-west-sign-pact-to-shed-arms-in-europe.html; TLSS, Dok. 139, S. 893, 900f.; James A. Baker with Thomas M. DeFrank, *The Politics of Diplomacy: Revolution, War and Peace 1989–1992*, New York 1995, S. 562.

27 Excerpts From Bush's Ukraine Speech: Working „for the Good of Both of Us“, 2.8. 1991, www.nytimes.com/1991/08/02/world/after-summit-excerpts-bush-s-ukraine-speech-working-for-good-both-us.html.

28 William Safire, *Essay – After the Fall*, 29.8. 1991, www.nytimes.com/1991/08/29/opinion/essay-after-the-fall.html.

verzweifelt an seinem Traum einer „Wiedervereinigung“ der Union, auch ohne das Baltikum, Georgien, Moldawien und Armenien, festhielt, dachte eine Reihe der verbliebenen Sowjetrepubliken über ihren endgültigen Austritt nach.

So forderten Russland und Belarus eine losere „Union von Staaten“, während sich die Ukraine von jeder Idee einer von Russland dominierten Konföderation zurückzog. Die Unabhängigkeit war in den Augen der Mehrheit der Ukrainer (auch in der Donbass-Region und auf der Krim) die einzig gangbare Option, wie ihr Referendum vom Dezember 1991 unterstrich. Und da Jelzin sich eine zukünftige Union ohne die Ukraine nicht vorstellen konnte, während für Belarus und die zentralasiatischen Republiken eine Zukunft ohne Russland völlig unrealistisch erschien, war die UdSSR schlussendlich nicht mehr als eine Hülle um einen toten Kern.²⁹

Jenseits der Dramen von „1991“ ließ der sowjetische Tod allerdings lange auf sich warten. Eine Vielzahl von Ursachen – sowohl systemische als auch kontingente – hatten sich über längere Zeiträume, nach und nach, kumulativ, zu einer katastrophalen Wirkung zusammengefügt. Das Timing und die Art und Weise, wie der Staatszerfall vonstattenging, waren jedoch für alle überraschend. Unmittelbar war das sowjetische Konstrukt von seinen Bürgern friedlich abgewählt worden. Man könnte aber auch sagen, dass Jelzin die Union faktisch bereits verließ, als er im Juni 1990 die russische Souveränität erklärte und damit seinen „russischen Weg“ einschlug. In dieser Lesart begann das Endspiel der Union also mit der von Jelzin eingeleiteten „Parade der Souveränitäten“ bereits 18 Monate vor dem Schlusspfiff.

Rückblickend kann Michail Gorbatschow für viele Dinge verantwortlich gemacht werden. Vor allem für seine politische Naivität, seine Impulsivität und seinen unstrategischen Ansatz, als er seinen dualen Reformkurs zur Umstrukturierung von Wirtschaft und Politik einleitete. Aber wir müssen uns auch daran erinnern, dass er ein sowjetischer Führer war, der eine offenere sowjetische Gesellschaft wollte, der wollte, dass Veränderungen möglichst ohne Zwang und Gewalt bewältigt werden, und der von einer besser integrierten und einer nach Europa orientierten Sowjetunion träumte. Nachdem er all

diese Bälle in die Luft geworfen hatte, konnte er nicht mehr aufhören zu jonglieren. Schließlich lief ihm auch noch die Zeit davon. Im Sog des Reformchaos, in der sich immer weiter verschlechternden sozioökonomischen Lage und inmitten der verschiedenen politischen Kräfte, die ihn ständig in verschiedene Richtungen zogen, war er letztlich machtlos. Und es gab wenig, was er hätte tun können, ohne auf die Truppen zurückzugreifen, als die „Landmine“³⁰ des historischen sowjetischen Nationalitätenproblems explodierte. Am Ende hatte der Sowjetführer in einer tragischen Schicksalswende bei seinem Versuch, sein Land zu erneuern, ja gar neu zu erfinden, seine Untertanen und seinen Staat verloren.

*

Es ist bemerkenswert, dass der Untergang der Sowjetunion sich nicht in einem ungezügelten US-Triumphalismus ausdrückte. Tatsächlich war Bush im Herbst 1991, wie er seinem Tagebuch anvertraute, voller Pessimismus. 1992 war ein Wahljahr in Amerika und das Land steckte in einer tiefen wirtschaftlichen Rezession mit stetig steigender Arbeitslosigkeit. Der Zenit der Umfragerwerte durch den Golfkrieg war längst überschritten und in Vergessenheit geraten. Die Amerikaner machten sich mehr Sorgen um den eigenen Wohlstand als um einen Präsidenten, der sich für den Weltfrieden einsetzte und versuchte, den Wandel der Weltordnung zu bewältigen.³¹ Im Zuge seines Popularitätsverlustes fixierte er sich vor allem auf Konfliktvermeidung – je weniger Aufruhr, desto besser.

Washington hielt sich deshalb auch gerne von der blutigen Auflösung Jugoslawiens fern. „Wir wollen keinen Hund in diesen Kampf schicken“, so Bush.³² Unabhängigkeitsbewegungen auf dem Balkan wurden mit der gleichen Vorsicht betrachtet wie im Baltikum und im Kaukasus – zumindest bis zum Zerfall der UdSSR im Dezember. Und zu diesem Zeitpunkt war Jugoslawiens Auflösungsprozess und sein Abgleiten in den Bürgerkrieg bereits weit fortgeschritten.

³⁰ Zit. nach <http://kremlin.ru/events/president/news/62285>.

³¹ Vgl. Spohr (Anm. 7), S. 439.

³² Tagebucheintrag vom 2.7.1991, abgedruckt in: George Bush, *All the Best, George Bush. My Life in Letters and other Writings*, New York 2013, S. 527 f.

²⁹ Vgl. Plokhii (Anm. 1), Epilogue; Zubok (Anm. 1), S. 12, S. 15 und Conclusion.

Unterdessen erklärte Jacques Poos, Außenminister von Luxemburg und Vorsitzender des EG-Außenministerrates, großspurig: „Dies ist die Stunde Europas, nicht die Stunde der Amerikaner. Wenn ein Problem von den Europäern gelöst werden kann, dann ist es das Jugoslawien-Problem. Dies ist ein europäisches Land, und es nicht die Aufgabe der Amerikaner und nicht von irgendjemand anderem.“³³ Die EG war aber trotz ihrer selbstbewussten Rhetorik nie wirklich der Aufgabe des *Peace Enforcement* gewachsen, das notwendig schien, als das ehemalige Jugoslawien in Flammen aufging. Erstens verfolgten die wichtigsten EG-Mitglieder – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – unterschiedliche Strategien, wobei Bonn der Ansicht war, dass die internationale Anerkennung der Selbstbestimmung Sloweniens und Kroatiens die Antwort sei, um die Gewalt einzudämmen, während London und Paris meinten, dass es notwendig sei, die territoriale Integrität Jugoslawiens als Ganzes zu erhalten, um den Frieden zu wahren.³⁴ Zweitens, als die Gemeinschaft auf dem Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 entschied, in die Europäische Union überzugehen, wurde schnell klar, dass die Rede von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine erbärmliche Farce war. Die EU, ohne eigene gemeinsame militärische Kapazitäten und Strukturen, würde an ihrer „zivilen Tradition“ festhalten – zu vermitteln und zur Konfliktresolution und Friedenssicherung beizutragen.³⁵

Als ebenso unzureichend in ihren Mitteln erwies sich die KSZE. Dieses 35-Nationen-Forum hatte, mit der UdSSR als gleichberechtigtes Mitglied neben den USA, in den 1970er Jahren dazu beigetragen, die europäische Entspannung zu fördern. Die Organisation als „Gewissen Europas“, wie es US-Außenminister James Baker nannte, beschäftigte sich mit allgemeinen Prinzipien, Menschenrechts- und Wirtschaftsfragen.³⁶ Sie

sollte auch als Instrument zur Krisenprävention und Konfliktlösung dienen, etwa bei Grenzstreitigkeiten oder der Problematik von Minderheitenrechten. Aber ohne wirkliches politisches Gewicht – trotz der großartigen Ankündigung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ 1990, die den Kontinent in eine „neue Ära des Friedens, der Demokratie und der Einheit“ führen sollte³⁷ – und ohne jegliche militärische Fähigkeiten erwies sich auch dieses Gremium als völlig unfähig, die gewaltsame Auflösung Jugoslawiens zu bewältigen. Wie Gorbatschows vage Vision eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ in den späten 1980er Jahren, so war auch die KSZE nur ein weiterer gesamteuropäischer Traum, der nicht genutzt werden konnte, um in der Wendezeit nach dem Mauerfall eine effektive Struktur für die Sicherheit des Kontinents zu konstruieren.

Wahre Sicherheit blieb, so schien es, der Auftrag des Atlantischen Bündnisses, das die großen geostrategischen und geopolitischen Umwälzungen von 1989/90 überstanden hatte, während sich der Warschauer Pakt 1991 auflöste. Bezeichnenderweise konzentrierte sich die NATO 1991 noch immer auf die „kollektive Verteidigung“. Der doktrinaire Wechsel in Richtung „kollektiver Sicherheit“ – nicht zuletzt, um „Out of area“-Operationen zur Durchsetzung beziehungsweise „Erzwingung“ des Friedens (vor allem auf dem Balkan) zu rechtfertigen und zuzulassen, lag zu diesem Zeitpunkt in der Zukunft.³⁸ 1991 beschäftigten sich die Verbündeten außerdem vor allem mit der Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen. Die Nordatlantische Allianz hatte in der Londoner Erklärung von 1990 dem Osten die „Hand der Freundschaft“ ausgestreckt und davon gesprochen, eine „neue Partnerschaft mit allen Nationen Europas“ aufzubauen.³⁹ Im darauffolgenden Juni schlug James Baker eine „euro-atlantische Gemeinschaft vor, die sich öst-

33 Zit. nach Mark Wintz, *Transatlantic Diplomacy and the Use of Military Force in the Post-Cold War Era*, London 2010, S. 33.

34 Zum Interessenkonflikt („clash of wills“) vgl. Josip Glaurdic, *The Hour of Europe: Western Powers and the Break-up of Yugoslavia*, New Haven–London 2011.

35 Vgl. Jan Orbie, *Civilian Power Europe – Review of the Original and Current Debates*, in: *Cooperation and Conflict* 1/2006, S. 123–128; Karen E. Smith, *Beyond the Civilian Power EU Debate*, in: *Politique européenne* 3/2005, S. 63–82.

36 Vgl. James Baker, *CSCE: The Conscience of the Continent*, CSCE Conference on the Human Dimension, Kopenhagen, 6. 6. 1990, Current Policy Nr. 1280, US DoS.

37 *The Charter of Paris for a New Europe*, 19. 11. 1990, www.csce.gov/international-impact/publications/charter-paris-new-europe.

38 Vgl. Ivo H. Daalder, *Brookings Report – NATO, the UN, and the Use of Force*, 1. 3. 1999, www.brookings.edu/research/nato-the-un-and-the-use-of-force; James P. Terry, *The Emerging Role of NATO in UN Peace Enforcement Operations*, in: *International Law Studies* Bd. 72/1998, S. 297–308.

39 NATO, *Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance* („The London Declaration“), 5–6. 7. 1990, www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23693.htm. Herv. der Autorin.

lich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt“ und somit auch die gesamte Sowjetunion umfasst hätte.⁴⁰ Vor diesem Hintergrund war es eine äußerst positive Entwicklung, als die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten gemeinsam mit der UdSSR der Einladung der NATO zur Teilnahme am neuen Nordatlantischen Kooperationsrat folgten. Was niemand vorhersehen konnte, war, dass das erste Treffen des NAKR in Brüssel am 20. Dezember mit der Desintegration der Sowjetunion zusammenfiel.⁴¹ Dies war ein entscheidender Moment. Denn durch die sowjetische Fragmentierung wurde nicht nur die geostrategische Karte unwiderruflich neu gezeichnet, auch alle Zukunftspläne mussten novelliert werden.

Über Nacht wurde der NAKR zu einer Ansammlung völlig unterschiedlicher, vielfach fragiler Staaten, die sich vom Atlantik über Europa und Zentralasien bis zum Pazifik erstreckten, was jedes Konzept einer kohärenten euro-atlantischen Identität lächerlich machte. Da die UdSSR außerdem nicht mehr, wie Gorbatschow es formuliert hatte, als „solide“ und zuverlässige „Säule“ des internationalen Systems existierte,⁴² war nunmehr klar, dass die Frage, wie das postsowjetische Russland (als Nachfolger der UdSSR) sich in Europa positionieren sollte, als immens komplex und brisant erweisen würde.

*

Könnte ein geeigneter Platz für Russland in den wiederbelebten Kernorganisationen des neuen Europas – der EU und insbesondere der NATO – gefunden werden? Und könnten sich Ost- und Westeuropa wirklich vereinen? Diese Fragen gehörten zu den großen politischen Herausforderungen, mit denen sich Menschen und Politiker

zu Beginn des Jahres 1992 konfrontiert sahen. Und doch wurde trotz aller Turbulenzen, Traumata und Transformationen, die sie erlebt hatten, die neue Ära jenseits der Bipolarität definitiv mit einem gewissen Enthusiasmus begrüßt. Die Stimmung war im Allgemeinen von Zuversicht und echter Hoffnung geprägt, dass eine bessere, friedlichere Welt aufgebaut werden könnte – und zwar gemeinsam. In Mittel- und Ost-, Südost- und Nordosteuropa galt sicherlich der Beitritt zum „institutionellen Westen“ als Weg in eine sozioökonomisch bessere und politisch stabilere Zukunft, während Präsident Boris Jelzin in Russland davon träumte, Russland zu demokratisieren, wirtschaftlich zu öffnen und zu Wohlstand zu bringen und mit den USA zu verbünden.

Was noch nicht in den Blick gerückt war, waren die weitreichenden anderen systemischen und strukturellen Verschiebungen. Diese wurzelten unter anderem in Chinas separatem Ausstieg aus dem Kalten Krieg, dem Verlust des sowjetischen Imperiums Russlands, der Integration der globalen Märkte, der EU- und NATO-Erweiterung und in den Auswirkungen der Digitalisierung, die dem Beginn des Internet- und Mobilfunknetzeitalters 1991 folgten. Erst heute beginnen wir, die umfassenderen, langfristigen Konsequenzen vieler dieser Entwicklungen vollständig zu erkennen und zu begreifen. Auf diese Weise ist das Erbe von „1991“ noch immer akut zu spüren.

40 Frank T. Csongos, Baker Sees Trans-Atlantic Community with Former Soviet Bloc, 18.6.1991, www.upi.com/Archives/1991/06/18/Baker-sees-trans-Atlantic-community-with-former-Soviet-bloc/7164677217600.

41 Vgl. Dissolution of the Soviet Union Announced at NATO meeting, www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_136619.htm; NACC (Archived), www.nato.int/cps/en/natolive/topics_69344.htm.

42 Vgl. Francis X. Clines, Gorbachev Pleads for \$ 100 Billion in Aid from West, 23.5.1991, www.nytimes.com/1991/05/23/world/gorbachev-pleads-for-100-billion-in-aid-from-west.html; GHWBPL, NSC Gompert Files, ESSG (CF01301–009), Memorandum from Lowenkron to Howe – Subj.: ESSG Mtg 30.3.1992, SitRoom 26.3.1992, S. 2 („Handling Russia“).

KRISTINA SPOHR

ist Professorin für Internationale Geschichte an der London School of Economics and Political Science. k.spohr@lse.ac.uk

VOR DEM ENDE DER SOWJETUNION

Ein Forschungsbericht zur Perestroika

Corinna Kuhr-Korolev

„Perestroika“ ist im heutigen Russland ein Reizwort. Angesprochen auf Michail Gorbatschows Politik der Umgestaltung der Jahre 1985 bis 1991 (*perestroit'*: umbauen, umgestalten, neu organisieren) reagieren die meisten russischen Bürger*innen mit wütenden Auslassungen. Gorbatschow habe verantwortungslos und ohne Notwendigkeit das sowjetische Imperium zum Einsturz gebracht. Aber es gibt auch andere Stimmen: Sie betonen die optimistische Aufbruchsstimmung der Perestroika-Zeit, die Durchsetzung lang ersehnter bürgerlicher Freiheitsrechte, die Öffnung des Landes nach außen, die Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit. Diese positiven Assoziationen sind vor allem mit dem anderen Schlagwort der Zeit verbunden, mit Glasnost (*glasnost'*: Offenheit, Transparenz, Öffentlichkeit).

Beide Begriffe haben Karriere gemacht und gehören sicherlich zu den im Ausland bekanntesten russischen Wörtern. Sie bezeichnen die Reformphase in der Sowjetunion, aber ebenso sind sie begrifflich mit dem gesamten Umbruch in Ostmitteleuropa verbunden, mit dem Ende des Kalten Krieges und der Neuordnung Europas nach 1989. Insofern wecken die beiden Begriffe in Westeuropa, in den ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts und in manchen der früheren Sowjetrepubliken positive Assoziationen. Zur umstrittenen Bewertung der Perestroika vor allem in Russland trägt bei, dass der Begriff inzwischen umgangssprachlich längst auf die 1990er Jahre ausgedehnt worden ist und damit auch die chaotischen Umbruchprozesse, die in die Regierungszeit Boris Jelzins fallen, unter ihm subsumiert werden.

Dieser Forschungsbericht konzentriert sich auf die Jahre 1985 bis 1991 und reflektiert, welche Zugänge bisher die Erforschung der Perestroika dominiert und das Verständnis von diesem bedeutenden Zeitabschnitt geprägt haben. Zunächst werden die wichtigsten Etappen und

Themen der Perestroika knapp skizziert und der derzeitige Forschungsstand referiert.⁰¹ Besondere Aufmerksamkeit gilt jedoch der Frage, welche Perspektivenwechsel für künftige Forschungen gewinnbringend sein werden.

ABRISS: URSACHEN UND ETAPPEN DER REFORMPOLITIK

Michail Gorbatschow wurde am 11. März 1985 im Alter von 54 Jahren zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gewählt und erlöste das Land von der Herrschaft der alten Männer.⁰² Er gehörte zu jenem Teil der sowjetischen Parteiführung, der deutlich erkannte, dass das Land sich in einer schwierigen innen- und außenpolitischen Situation befand. Besonders im Bereich der Wirtschaft waren Reformen nötig. Durch die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (*uskorenje*) und eine verschärfte Disziplin sollte die Produktivität gesteigert werden. Dies griff zu kurz. Im Januar 1987 kündigte Gorbatschow mit den Schlagworten „Perestroika“ und „Glasnost“ eine deutlich entschlossenerere Umgestaltung an.⁰³ Die Mitsprache der Bürger*innen sollte erhöht, die Rechtsordnung gestärkt und die Gesetzgebung verbessert werden. Neue Gesetze erlaubten privatwirtschaftliche Unternehmungen, um Impulse für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu geben und die Bevölkerung besser mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern versorgen zu können.⁰⁴

Im Frühjahr 1989 fanden die Wahlen zu einem Kongress der Volksdeputierten statt, die den Durchbruch für eine demokratische Entwicklung bedeuteten. Zunächst noch „von oben“ gesteuerte Medienkampagnen gegen Missstände schufen Raum, immer offener über Probleme des politischen Systems zu sprechen. Dieser Prozess entfaltete eine ungeheure Dy-

namik und konnte bald nicht mehr kontrolliert oder gebremst werden. Umweltprobleme und der verantwortungslose Umgang mit ihnen – die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 war nur ein Beispiel dafür⁰⁵ – konnten nun ebenso diskutiert werden wie die Verbrechen der Stalinzeit,⁰⁶ Misswirtschaft, Amtsmissbrauch, Korruption und Schattenwirtschaft. In den Mittelpunkt der Kritik gerieten zunehmend die Parteiherrschaft und das Machtmonopol der Kommunistischen Partei.

Besonders in den kaukasischen und baltischen Republiken setzten sich Gruppen durch, die stärkere Autonomie oder sogar die Unabhängigkeit von der UdSSR anstrebten. Es kam zu Unruhen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Nationalitäten, wie etwa zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Konflikt um die Enklave Nagorny-Karabach. Die Balten forderten die Veröffentlichung des geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 und eine Erklärung über dessen Unrechtmäßigkeit. Schnell stellten die nationalen

Unabhängigkeitsbewegungen die Staatlichkeit der UdSSR insgesamt infrage.⁰⁷

Zu Beginn der Reformen herrschte Euphorie und die Illusion, die Zukunft brächte bürgerliche Freiheiten und westlichen Wohlstand und bewahre gleichzeitig die gewohnten Sicherheiten des Lebens im Sozialismus. Schon 1990 machte sich Enttäuschung breit. Die Versorgungslage verschlechterte sich dramatisch, und die Kriminalität stieg spürbar an. Die Popularität Gorbatschows in der Bevölkerung sank. Konservative Kräfte in der Kommunistischen Partei versuchten, den Reformprozess zu bremsen, und entschieden sich im August 1991 zu einem Putsch. Dieser scheiterte am Unvermögen der Putschisten, vor allem aber am Widerstand der demokratischen Kräfte und der russischen Regierung unter der Führung von Boris Jelzin.⁰⁸

In den letzten Monaten seiner Präsidentschaft bemühte sich Gorbatschow um die Erneuerung des Unionsvertrages. Die Unabhängigkeitserklärungen eines Teils der sowjetischen Republiken und die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) kamen dem allerdings zuvor. Am 25. Dezember wurde die rote Fahne der Sowjetunion im Kreml eingeholt und stattdessen die Trikolore des Nachfolgestaates Russland gehisst. Die Sowjetunion existierte nicht mehr. Das Gesellschaftsprojekt Kommunismus fand damit in Osteuropa ein Ende.

01 Der einführende Überblick übernimmt Auszüge aus: Corinna Kuhr-Korolev, *Perestroika (Gnose)*, 14. 12. 2015, www.dekoder.org/de/gnose/perestroika. Vgl. auch Klaus Gestwa, *Von der Perestroika zur Katastroika – Michail Gorbatschow und der Zerfall des Sowjetimperiums* (Teil 1), in: *Einsichten und Perspektiven* 1/2016, S. 16–33, (Teil 2), in: *Einsichten und Perspektiven* 2/2016, S. 4–25; Susanne Schattenberg, *Von Chrusčev zu Gorbačev – Die Sowjetunion zwischen Reform und Zusammenbruch*, in: *Neue Politische Literatur* Jg. 55/2010, S. 255–284; Dietmar Neutatz, *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 498–532.

02 Zur Person Michail Gorbatschow vgl. Archie Brown, *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt/M. 2000; ders., *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford–New York 2007; William Taubman, *Gorbachev. His Life and Times*, London u. a. 2017, deutsche Ausgabe: *Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit. Eine Biographie*, München 2018; György Dalos, *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie*, München 2011.

03 Vgl. Michail Gorbatschow, *Glasnost. Das neue Denken*, Berlin 1989²; ders., *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987.

04 Vgl. Maria Huber, *Moskau, 11. März 1985 – Die Auflösung des sowjetischen Imperiums*, München 2002; Yegor T. Gaidar, *Collapse of an Empire. Lessons for Modern Russia*, Washington, D.C. 2007; Philip Hanson, *The Rise and Fall of the Soviet Economy. An Economic History of the USSR from 1945–1991*, London 2014; Hans-Hermann Höhmann, *Chaos oder neue Ordnung? Wirtschaftskrise und wirtschaftspolitische Neuorientierung in der ehemaligen UdSSR*, Köln 1991; Philip Hanson, *From Stagnation to Catastroika: Commentaries on the Soviet Economy, 1983–1991*, Washington, D.C. 1992.

05 Vgl. Johannes Grotzky, *Tschernobyl – Die Katastrophe. Zeitgenössische Berichte, Kommentare, Rückblicke*, Norderstedt 2018; Franz-Josef Brüggemeier, *Tschernobyl*, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998.

06 Vgl. Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991; Elke Fein, *Geschichtspolitik in Russland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial*, Münster 2000.

07 Vgl. Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986; Andreas Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall*, München 1992; Martin Aust, *Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991*, München 2019; Serhii Plokhyy, *The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union*, London 2015; Romuald J. Misiunas/Rein Taagepera, *The Baltic States. Years of Dependence 1940–90*, London 2006²; Anatol Lieven, *The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence*, New Haven 1993; Jonathan Wheatley, *Georgia from National Awakening to Rose Revolution*, London–New York 2017.

08 Vgl. Ignaz Lozo, *Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion*, Köln 2014.

PERESTROIKA ALS FINALE ODER OUVERTÜRE

Die historische Forschung zur Perestroika steht immer noch am Anfang und ist bei Weitem nicht so ausdifferenziert wie die entsprechende Forschung zur „Wende“ in der DDR oder dem Umbruch in Ostmitteleuropa. Bisher ist sie stark geprägt vom Blick der zeitgenössischen politischen Beobachter*innen⁹ und Akteur*innen¹⁰ sowie von der politologischen und sozialwissenschaftlichen Forschungsliteratur, die unmittelbar in den Jahren der Perestroika oder in den 1990er Jahren erschienen ist. Obwohl sich der Zeitrahmen der Perestroika durch die Amtszeit Gorbatschows klar abgrenzen lässt, befindet sich diese Periode analytisch eingezwängt zwischen der historischen Forschung zum Sozialismus in der späten Sowjetunion und der eher politologischen Forschung zur Umbruchphase nach 1991.

Fragestellungen zur Perestroika gründen deshalb häufig auf dem Interesse an einem Problem, das zeitlich vorher oder nachher liegt. Wenn die Gorbatschow-Zeit als Endpunkt einer Entwicklung gesehen wird, stellen sich vor allem Fragen nach der Reformierbarkeit des Sozialismus sowjetischer Spielart, nach dem Ausmaß der Krise oder nach der Sprengkraft unterdrückter nationalistischer Tendenzen in den Sowjetrepubliken. Wer die Perestroika hingegen als Startpunkt für eine neue Entwicklung betrachtet, fragt, ob die demokratischen Kräfte in Russland und in vielen der ehemaligen Sowjetrepubliken zu schwach waren, um die Rückkehr autoritärer Tendenzen zu verhindern.

09 Aus journalistischer Sicht: David Remnick, *Lenin's Tomb: The Last Days of the Soviet Empire*, New York 1994; David Satter, *Age of Delirium: The Decline and Fall of the Soviet Union*, New York 2001; Nancy Traver, *Kife, The Lives and Dreams of Soviet Youth*, New York 1989; Christian Neef, *Ein Land in Bewegung: Berichte zur Perestroika 1985–1989*, Berlin 1990.

10 Vgl. Eduard Schewardnadse, *Die Zukunft gehört der Freiheit*, Reinbek 1991; Georgi Schachnasarow, *Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater*, Bonn 1996; Anatolij Černae, *Sovmestnyj ischod, 1972–1991 gody* [Gemeinsamer Auszug, 1972–1991], Moskau 2008; Alexander Jakowlew, *Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiografie*, Leipzig 2003; Raissa Gorbatschowa, *Leben heißt hoffen. Erinnerungen und Gedanken*, Bergisch Gladbach 1991; Boris Jelzin, *Aufzeichnungen eines Unbequemen*, München 1990; Jegor Ligatschow, *Wer verriet die Sowjetunion?*, Berlin 2012.

Mit der Situation des heutigen Russlands vor Augen sucht man nach Erklärungen dafür, warum es nicht gelungen ist, eine zuverlässig funktionierende Rechtsstaatlichkeit zu realisieren. Es wird untersucht, warum die Privatisierung der Wirtschaft den Aufstieg von Oligarchen ermöglicht hat und weshalb Korruption zu einem Problem geworden ist, das sich offenbar kaum in den Griff bekommen lässt.¹¹ Von der Warte der heutigen Regierenden in Russland und ihrer Anhänger*innen wiederum scheinen andere Fragen im Mittelpunkt zu stehen. Mit Blick auf den eigenen Machterhalt besorgt sie eher die Frage, wie die Parteiführer der Sowjetunion ihr eigenes Machtmonopol zersetzen und das Land ins Chaos hatten stürzen können.

Aus diesen unterschiedlichen Perspektiven betrachtet, rücken Vorgeschichte oder Folgen der Perestroika in den Mittelpunkt, nicht aber die Periode selbst. Sie kann in ihrer Bedeutung aber erst dann erschöpfend verstanden werden, wenn sie zunächst als eigenständige Periode und mit neuen Ansätzen erforscht wird. Dann erst lässt sich die Frage „Warum ist die Sowjetunion zusammengebrochen?“ umformulieren in „Was ist 1991 zusammengebrochen (und was nicht)?“ Mit dieser veränderten Fragestellung erschließen sich neue Perspektiven auch auf die Zeit nach 1991, weil neben den Brüchen die Kontinuitäten besser in den Blick genommen werden können.

Die bisher vorliegenden historischen Gesamtdarstellungen zur Gorbatschow-Zeit sind vor allem politik- und strukturhistorische Darstellungen, die die Rahmenbedingungen und Eckdaten dieses Zeitabschnitts systematisieren. Sie konzentrieren sich auf das unmittelbare politische Geschehen und das Handeln Gorbatschows, seiner Mitstreiter und Konkurrenten. Die inneren und äußeren wirtschaftlichen Faktoren werden erläutert: die außenpolitischen Beziehungen, die Nationalitätenkonflikte, der Bürokratismus, die sozialen Probleme, die Mängel des Wohlfahrtssystems, fehlende Rechtsstaatlichkeit, der Kampf um die Anerkennung der

11 Vgl. Roland Götz, *Die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der UdSSR als Determinante der Perestroika*, Köln 1994; Margareta Mommsen, *Wohin treibt Russland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie*, München 1996; Kerstin Holm, *Das korrupte Imperium. Bericht aus Rußland*, München 2006.

Menschenrechte und die Konflikte im Bereich der Kultur.¹² Direkt oder indirekt setzen sie sich damit auseinander, warum Gorbatschow Reformen einleitete und weshalb sein Reformkurs zum Untergang der Sowjetunion führte.

Der Grundtenor der zeitnah verfassten Untersuchungen lautet, dass das sowjetische System unter einem extremen Reformdruck stand und Maßnahmen unumgänglich waren. Je nach Standpunkt rücken Autor*innen die Kosten der Rüstungsindustrie, den fallenden Ölpreis oder die ineffektive Planwirtschaft in den Vordergrund.¹³ Andere betonen die Ermüdungsercheinungen der Gesellschaft, die fehlende Bindekraft des Sozialismus als Staatsideologie, den Wunsch nach bürgerlichen Freiheiten und den wachsenden Konsumbedarf der Bevölkerung.¹⁴ Auch ein *social overstretch*,¹⁵ eine kumulative Gerechtigkeitskrise¹⁶ oder die Probleme, ein multinationales Imperium zusammenhalten zu müssen, ein *imperial overstretch*,¹⁷ können im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Das Scheitern wird in der Regel einerseits auf die Konzeptlosigkeit und die fehlende Entschlossenheit der Reformen sowie auf die Beharrungskraft von

Strukturen und Mentalitäten und andererseits auf die Sprengkraft lange unterdrückter Kräfte zurückgeführt.

Gegen eine Betrachtungsweise, die vom Wissen um das Ergebnis bestimmt ist, versuchten Stephen Kotkin und Alexei Yurchak anzuschreiben. Kotkin rekapituliert in seinem 2001 verfassten Essay „Armageddon Averted“ die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie die Ambitionen Gorbatschows und kommt zu einer „Selbstmordthese“.¹⁸ Seiner Meinung nach hätte das System weiterbestehen können, wäre nicht Gorbatschow aus tiefer ideologischer Überzeugung der Meinung gewesen, das Land zu einem Sozialismus im Geiste Lenins zurückführen zu müssen. Indem die sowjetische Führungselite ihrem eigenen Projekt das Vertrauen entzogen habe, sei die sowjetische Ordnung implodiert.

Yurchak sucht einen anderen methodischen Zugang und löst sich von der Betrachtung der Reformpolitik, ihrer Voraussetzungen, Akteure und Grenzen. Er beschreibt in „Everything Was Forever, Until It Was No More“ anhand von Briefwechseln und Interviews mit Mitgliedern der Jugendorganisation Komsomol, wie sich im Spätsozialismus der diskursive Raum veränderte und von den Menschen auf ihre Weise gedeutet wurde. Indem die Teilnahme an ritualisierten Handlungen wie Parteiversammlungen oder Demonstrationen am 1. Mai nur noch als performative Akte vollzogen wurden, verkam das System zur leeren Hülle.¹⁹ Yurchak hat bei genauer Betrachtung ein Buch über den späten Sozialismus geschrieben und nicht über die Zeit der Perestroika. Seine These ist eine methodisch inspirierende Erweiterung der oben bereits skizzierten „Ermüdungsthese“. Er löst sich von binären Denkmustern, wendet sich einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe zu und arbeitet mit Egodokumenten und Interviews. Auf diese Weise gelingt ihm ein neuer Blick auf die sowjetische Gesellschaft.

NEUE ZUGÄNGE UND PERSPEKTIVEN

Zukünftige Forschungen zur Perestroika sollten diesen Impuls aufnehmen. Nicht die großen his-

12 Vgl. Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Russlands. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Bd. 5, Stuttgart 2002; Brown (Anm. 2); Rudolf G. Pichoja, Istorija gosudarstvennogo upravlenija v Rossii [Geschichte der staatlichen Steuerung in Russland], Moskau 2009; Helmut Altrichter, Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009; Aleksandr Bezborodov/Natalya Eliseeva/Vladimir Shestakov, Perestroika i krach SSSR. 1985–1993 [Die Perestroika und der Zusammenbruch der UdSSR], Moskau 2010; Vladislav M. Zubok, A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007.

13 Vgl. Götz (Anm. 11); Gaïdar (Anm. 4); Douglas B. Reynolds, Soviet Economic Decline. Did an Oil Crisis Cause the Transition in the Soviet Union?, in: The Journal of Energy and Development 1/1998, S. 65–82.

14 Vgl. Oleg Chlevnjuk, Den' novych cen. Krisis snabženija i rossijskoe obščestvo na rubeže 1980–1990-ch gg. [Tag der neuen Preise. Versorgungskrise und die russische Gesellschaft in der Wende der 1980–1990er Jahre], in: Rossijskaja istorija 2/2019, S. 52–70; Luise Althanns, McLenin: Die Konsumrevolution in Russland, Bielefeld 2009.

15 Vgl. Stefan Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Plaggenborg (Anm. 12), S. 319–518, hier S. 490–518.

16 Vgl. Corinna Kuhr-Korolev, Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum neuen Russland, Paderborn 2015.

17 Vgl. Hannes Adomeit, Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden 2016².

18 Vgl. Stephen Kotkin, Armageddon Averted. The Soviet Collapse, 1970–2000, Oxford 2008.

19 Vgl. Alexei Yurchak, Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation, Princeton 2005.

torischen Synthesen sind angesichts des derzeitigen Forschungsstands gefragt, sondern Detailstudien, die neue Quellenbestände erschließen und Fragen aus anderen Perspektiven stellen. In den Mittelpunkt muss eine Gesellschaftsgeschichte im weitesten Verständnis rücken. Die Perestroika gilt heute als „Revolution von oben“. Das ist hinsichtlich ihres Beginns eine zutreffende Bewertung, vernachlässigt aber, dass eine starke Dynamik „von unten“ als Reaktion auf die Reformversuche folgte und den weiteren Prozess wesentlich mitbestimmte. Wir wissen bisher zu wenig darüber, wie sich die Mobilisierung der Bevölkerung im Einzelnen vollzog, wie der Alltag sich durch die Reformen veränderte und wie sich die Menschen an die neuen Lebensbedingungen anpassten beziehungsweise diese oft nur mit Mühe überlebten.²⁰ Auch benötigen wir noch detailliertere Informationen darüber, wie soziale Netzwerke und Freundeskreise,²¹ aber ebenso Klientel- und Patronagebeziehungen²² in der Umbruchsituation funktionierten.

Es gibt erste Projekte, in denen mit einem biografischen Ansatz gearbeitet und danach gefragt wird, wie der rasante Wandel individuelle Lebensentwürfe veränderte.²³ Noch ist die Vorstellung davon, welche Hoffnungen und Befürchtungen die einzelnen Bürger*innen mit den Reformen verbanden, allgemein und schematisch. Über den Wertewandel, der sich in den verschiedenen Lebensbereichen, im Familienleben,

im Berufsalltag und im öffentlichen Leben vollzogen hat, ist bisher fast nur aus soziologischer Sicht geforscht worden.²⁴ Zu den Veränderungen im Medienkonsum, im Leseverhalten und in der Kommunikation²⁵ gibt es weiterhin Untersuchungsbedarf, Studien im Bereich der Visual History fehlen fast noch völlig.²⁶

Damit sind einige Forschungsfelder genannt, deren Bearbeitung helfen würde, die Perestroika in ihrer ganzen Vielfältigkeit als eine gesellschaftliche Umbruchphase zu verstehen. Sie war geprägt von der Spannung zwischen Krise und Aufbruch, Hoffnung und Enttäuschung, Beharrung und Neuanfang. Daraus bezog die Perestroika ihre ungeheure Energie und Sprengkraft.

Um neue Perspektiven zu gewinnen, müssen weitere Quellen zusätzlich zu den bisher genutzten erschlossen werden. Zu nennen ist das große Massiv von Druckschriften und Flugblättern, das noch ausgewertet werden kann.²⁷ Hinzu kommen

20 Vgl. Andrea Chandler, *Shocking Mother Russia. Democratization, Social Rights, and Pension Reform in Russia, 1990–2001*, Toronto 2014²; Tatjana Eggeling, „Wie leben?“ Jugend in der Perestroika. Eine Zeit gesellschaftlicher Neuorientierung in Leserbriefen, Hamburg 1999; Stephen Kotkin, *Stalintown, USSR: Soviet Society in the Gorbachev Era*, Berkeley 1992.

21 Vgl. I. Ju. Novičenko, *Obščestvennye organizacii v Moskve (1950–2000-e gody): Formal'nye i neformal'nye praktiki* [Gesellschaftliche Organisationen in Moskau (1950er – 2000er Jahre): Formelle und Informelle Praktiken], in: Leonid Isosifovič Borodkin (Hrsg.), *„Sovetskoe nasledstvo“. Oтраženie prošlogo v social'nych i ékonomičeskich praktikach sovremennoj Rossii* [„Das sowjetische Erbe“. Die Widerspiegelung des Vergangenen in den sozialen und wirtschaftlichen Praktiken des gegenwärtigen Russlands], Moskau 2010, S. 76–158.

22 Siehe dazu: Ol'ga V. Kryštanovskaja, *Anatomija rossijskoj élyty* [Die Anatomie der russischen Elite], Moskau 2004; Cécile Vaissé, *Le clan Mikhal'kov: Culture et pouvoirs en Russie (1917–2017)*, Rennes 2019; Alena V. Ledeneva, *Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange*, Cambridge 1998.

23 Zum Beispiel: Cogitalru, *Ženščiny v perestrojke*, [Frauen in der Perestroika], 30. 1. 2018, www.cogita.ru/restructuring/inter-yyu/zhenshiny-v-perestrojke.

24 Die Studie von Jurij A. Levada (Hrsg.), *Die Sowjetmenschen 1989–1991. Soziogramm eines Zerfalls*, Berlin 1992, sei an dieser Stelle für die umfangreiche Forschung des Levada-Zentrums genannt. Siehe auch René Ahlberg, *Sowjetgesellschaft im Epochenwandel. Studien zur Selbstaufklärung der sowjetischen Gesellschaft in der Zeit der Perestroika, 1985–1990*, Bern 1992.

25 Siehe Nancy Ries, *Russian Talk. Culture and Conversation during Perestroika*, Ithaca 1997; John Murray, *The Russian Press from Brezhnev to Yeltsin: Behind the Paper Curtain*, Cheltenham 1994; Thomas Remington, *The Truth of Authority: Ideology and Communication in the Soviet Union*, Pittsburgh 1988; Scott Shane, *Dismantling Utopia: How Information Ended the Soviet Union*, Chicago 1994; Ellen Mickiewicz, *Changing Channels: Television and the Struggle for Power in Russia*, Durham 1999; Reino Paasilinna, *Glasnost and Soviet Television*, Finnish Broadcasting Company, Helsinki 1995; Thomas C. Wolfe, *Governing Soviet Journalism: The Press and the Socialist Person after Stalin*, Bloomington 2005; George Faraday, *Revolt of the Filmmakers: The Struggle for Artistic Autonomy and the Fall of the Soviet Film Industry*, Pennsylvania 2010.

26 Vgl. Klaus Waschik/Nina Baburina, *Werben für die Utopie. Russische Plakatkunst des 20. Jahrhunderts*, Bietigheim-Bissingen 2003, S. 302–353. Zu diesem Band zugehörige umfangreiche Datenbank mit sowjetischen und russischen Plakaten unter <http://russianposter.ru>.

27 Umfangreiche Bestände befinden sich im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen, www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/9/20110606113229/Archiv_Bibliothek.html und in der Library of Congress, Washington, <https://catalog.loc.gov/vwebv/holdingsInfo?searchId=274&recCount=25&recPointer=0&bibId=16732411>; Findbuch: <https://www.loc.gov/rr/european/bibs/sip.html>. Die Gesellschaft Memorial verfügt über umfangreiche Bestände in ihrem Moskauer Archiv und in der ehemaligen St. Petersburger Abteilung, heute Fond lofe, hier vor allem das sogenannte Alekseevskij Archiv, Fond lofe, St. Petersburg, <http://memorial-nic.org/alarch>.

umfangreiche soziologische Daten, die in den späten 1980er Jahren erhoben wurden und stärker unter historischen Fragestellungen bearbeitet werden sollten als bisher geschehen.²⁸ Die neuen Nachrichtenformate, die im russischen Fernsehen während der Perestroika entstanden, bieten reiches Material und werden nach und nach online zugänglich.²⁹ Verfügbar in russischen Archiven sind große Bestände von Briefen an Gorbatschow und Jelzin, aber ebenso an prominente Deputierte wie Andrei Sacharow oder Dimitrij Lichatschow sowie an Vertreter aus den verschiedenen Sowjetrepubliken.³⁰

Gerade in der Ausdehnung der Forschung auf die Regionen der ehemaligen Sowjetunion liegt eine Herausforderung. Noch sind regionale Zeitungen, in denen die speziellen Themen einer Stadt oder einer Region besprochen wurden, wenig analysiert worden. Ergänzend dazu lässt sich in den regionalen Archiven und auch in Museen Material gesellschaftlicher Initiativen, von Wirtschaftsbetrieben, Zeitungsredaktionen und Parteiorganisationen finden. Es ist von großem Erkenntnisgewinn, zu benennen, welche Themen an verschiedenen Orten des Landes für die Bevölkerung eine solche Dringlichkeit bekamen, dass sie das Potenzial hatten, die Menschen politisch zu mobilisieren. Damit wäre es möglich, sich von einer auf Moskau zentrierten Sicht zu lösen, die Vielfalt der Probleme, Hoffnungen und Ambitionen besser zu beschreiben und auch die Abspaltung der Sowjetrepubliken nicht nur von den Bestrebungen nach nationaler Unabhängigkeit her zu verstehen.³¹

28 Siehe Edinyj Archiv Ėkonomičeskich i Soziologičeskich Dannych, EAĖSD [Gesammeltes Archiv der ökonomischen und soziologischen Daten], <http://sophist.hse.ru/>; Dmitriy V. Maslov, Čelovek i reformy v sovremennoj otečestvennoj istorii. People and Reforms in Modern Russian History, in: Bulletin of the MSRU (History and Political Science) 2019, S. 73–85; zeitgenössisch ist die soziologische Studie von David Stuart Lane, Soviet Society under Perestroika, London 1992.

29 So z. B. Radio Free Europe/Radio Liberty Research Institute, Soviet and Russian Television Monitoring, www.osaarchivum.org/film-catalog/300-81-9.

30 Siehe z. B. GARF, Kollekcija pisem B. n. El'cinu, 1989–1991 [Sammlung von Briefen an B. N. Jelzin, 1989–1991]; GARF, Fond 10007, Opis 1, Kollekcija pisem i telegramm narodnym deputatam SSSR, opis 1 za 1989–1991gg. [Sammlung von Briefen und Telegrammen an die Volksdeputierten der UdSSR, Findbuch 1 für 1989–1991].

31 Vgl. Mark R. Beissinger, Nationalism and the Collapse of Soviet Communism, in: Journal of Contemporary European History 3/2009 S. 331–347; Sergei Alymov, Perestroika v rossiiko

Ein anderer Perspektivenwechsel, der nicht Krisen, Mängel und Brüche, sondern Beständigkeit, Bewahren und Kontinuitäten in den Mittelpunkt rückt, ist als Korrektiv zum etablierten Verständnis ebenfalls sinnvoll. Es ist nach den staatlichen Strukturen zu fragen, die durch die Reformen wenig betroffen waren, wie beispielsweise das Militär und die Sicherheitsorgane, aber auch Erziehungsinstitutionen wie Schule und Kindergarten. Die Betrachtung privater und öffentlicher Lebensbereiche oder Verhaltensweisen, die sich trotz äußeren Wandels wenig veränderten, wird helfen, die gesellschaftlichen Realitäten der Perestroika-Zeit besser auszu-leuchten.³²

EINSTELLUNGEN ZUR PERESTROIKA

Bisher scheint es in Russland nur ein Buch zu geben, das die Aufbruchstimmung, die während der Perestroika herrschte, ausführlich dokumentiert und zeigt, wie sich aus einer „Revolution von oben“ eine von „unten“ entwickelte. Es handelt sich um einen wenig rezipierten, aber bemerkenswerten Band, den der Petersburger Zweig der Gesellschaft „Memorial“ herausgegeben hat. Unter dem Titel „Das gesellschaftliche Leben Leningrads in den Jahren der Perestroika“ stellten ehemalige Aktivist*innen der demokratischen Bewegung 2010 eine Chronologie zusammen, die sie mit Fotografien und Zeitzeugengesprächen ergänzten. Da bewusst Flugblätter und Interviews aus dem gesamten Spektrum der gesellschaftlich-politischen Bewegung gesammelt wurden, entsteht bei der Lektüre ein Eindruck von der Vielfalt der Erwartungen und der Gleichzeitigkeit, mit der verschiedenste Prozesse abliefen. Zugleich liest sich dieser Band wie ein politisches Bekenntnis zu Demokratie, Pluralismus

glubinke [Perestroika in der russischen Provinz], in: Antropologičeskii forum 15/2011, S. 109–129, engl. Version online unter <https://anthropologie.kunstkamera.ru/files/pdf/eng008/alymov.pdf>.

32 Siehe dazu bereits: Borodkin (Anm. 21); Mark R. Beissinger/Stephen Kotkin (Hrsg.), Historical Legacies of Communism in Russia and Eastern Europe, New York 2014; Dmitri N. Shalin, Russian Culture at the Crossroads: Paradoxes of Postcommunist Consciousness, New York 2018. Das internationale Forschungsprojekt „Legacies of Communism“ am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, an dem auch die Autorin dieses Artikels beteiligt ist, verfolgt diesen Ansatz: <https://legacies-of-communism.eu>.



Demonstration gegen die KPdSU auf der Ul. Tverskaja, Moskau 1990

Foto: Reinhard Frötschner CC BY-SA 3.0; Teil der digitalen Ausstellung „Private Bilderinnerungen an die Perestroika“, kuratiert von Katharina Kucher und Corinna Kuhr-Korolev, 2021, perestroika.visual-history.de

und Meinungsfreiheit.³³ Die Perestroika erscheint als eine Periode des kreativen Aufbegehrens einer zuvor passiven Gesellschaft gegen eine stagnierende Staatsmaschine, gegen Engstirnigkeit und Bürokratismus.

Diese positive Deutung der letzten Phase der Sowjetunion, die in den 1990er Jahren noch viele teilten, ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten unter der Regierung Wladimir Putins im öffentlichen Diskurs systematisch diskreditiert worden. Putin betrachtete seit Anfang seiner Präsidentschaft den Verlust des Staatsgebiets, unsichere Grenzen und weitere Ablösungen von Territorien als größte Gefahr für das Land.³⁴ 2005 deklarierte er in einer Rede zur Lage der Nation den Zusammenbruch der Sowjetunion als „größte

geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“.³⁵ Daraus folgte die Betonung der Einheit und Sicherheit des Staates nach innen wie nach außen. Alles, was der Sicherheit potenziell schaden oder unkontrollierbare Prozesse in der Gesellschaft in Gang setzen könnte, gilt vor diesem Hintergrund als latent staatsfeindlich. In dieser Logik erscheint jemand, der die gesellschaftlichen Emanzipierungsbestrebungen der späten 1980er Jahre befürwortet, als Aufrührer und Provokateur, der das Land erneut ins Chaos stürzen will. Wer hingegen die „gelenkte Demokratie“ Putins unterstützt, der kann nicht gleichzeitig die Reformpolitik Gorbatschows in einem positiven Licht sehen.

Die Spaltung der heutigen russischen Gesellschaft in Gegner und Unterstützer der Regierung wirkt sich somit unmittelbar auf die Beurteilung der 1980er und 1990er Jahre aus und verhindert einen sachlichen Umgang mit diesem

33 Ol'ga Nikolaevna Ansberg/Ju. D. Margolis (Hrsg.), *Obščestvennaja žizn' Leningrada v gody perestrojki. 1985–1991. Sbornik materialov* [Das gesellschaftliche Leben Leningrads in den Jahren der Perestroika. 1985–1991. Materialband], Sankt Petersburg 2009.

34 Vgl. Vladimir Vladimirovič Putin/Natalija Pavlovna Gevorkjan, *Ot pervogo lica. Razgovory s Vladimirom Putinyim* [Von der ersten Person. Gespräche mit Wladimir Putin], Moskau 2000.

35 Zit. nach Ulrich M. Schmid, *Der Bankrott eines Systems*, 25. 12. 2016, www.nzz.ch/international/aufloesung-der-sowjet-union-vor-25-jahren-der-bankrott-eines-systems-ld.136566.

jüngsten Abschnitt der Zeitgeschichte in Russland. Dies und der fehlende zeitliche Abstand sind vermutlich die Ursache dafür, dass sich russische Historiker*innen bisher wenig mit der Perestroika beschäftigt haben.³⁶ Je mehr das heutige politische System im Hinblick auf mangelnde Innovationskraft, Transparenz der Entscheidungsprozesse, fehlende Entwicklungschancen für seine Bürger*innen und repressive Methoden des Machterhalts an das sowjetische System erinnert, desto stärker wird die Perestroika als Modell des Aufbegehrens gegen den Staatsapparat und die herrschende Elite gesehen werden.

In den Staaten, die bis 1991 Sowjetrepubliken waren und jetzt selbstständig sind, erscheint die Perestroika dagegen in einem anderen Licht. Die „eigene“ Geschichte beginnt in diesen Ländern mit dem Ende der Sowjetunion. In den meisten Fällen betont sie eine starke Abgrenzung von Russland. In den ehemaligen Sowjetrepubliken verbindet sich die Zeit der Perestroika mit Gründungsmythen, die auf der Geschichte der jeweiligen Unabhängigkeitsbewegungen beruhen. Diese offizielle Geschichte deckt sich möglicherweise nicht mit den individuellen Geschichten der Bürger*innen, denen nationales Denken fremd gewesen sein mag, die vielleicht andere Vorstellungen von der künftigen Ordnung hatten als die, in der sie sich jetzt zurechtfinden müssen. Deshalb wäre auch in diesen Ländern die Beschäftigung mit den Jahren der Perestroika als Regulativ zur aktuellen, die Gesellschaft stark polarisierenden Geschichtspolitik sinnvoll.

36 Die Zeitschrift „Rossijskaja Istorija“ hat in Heft 2/2019 eine Diskussion über die Periodisierung der Perestroika und neue Konzeptionen zu ihrer Erforschung angestoßen: Rudolf Pichoja, O pereodizacii sistemnogo krizisa Sovetskogo Sojuza [Über die Periodisierung der Systemkrise der Sowjetunion], S. 3–29; Sergej Žuravlev, Poka bol’še voprosov, čem otvetov [Bisher gibt es mehr Fragen als Antworten], S. 47–51; Aleksander Shubin, Osnovnye problemy i étapny istorii perestrojki [Grundlegende Probleme und Etappen der Geschichte der Perestroika], S. 39–47; Vladislav Zubok, Krizis, reformy i razrušenie SSSR [Krise, Reformen und Zerfall der UdSSR], S. 30–39.

37 Die Autor*innen des Bandes von Katharina Kucher/Gregor Thum/Sören Urbansky (Hrsg.), *Stille Revolutionen. Die Neuformierung der Welt seit 1989*, Frankfurt/M. 2013, verdeutlichen die enge Verbindung von Wissenschaft und persönlicher Erfahrung. Siehe auch die Rezension von Natali Stegmann, 5.7.2013, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-19254.

38 Vgl. Gestwa (Anm. 1); Hanson (Anm. 4).

Viele im Westen lebende Sowjetunion- und Russlandhistoriker*innen verbinden eindrückliche persönliche Erinnerungen mit den stürmischen Jahren der Perestroika. Ganz Europa befand sich in einer Phase des Aufbruchs und des großen Zukunftsoptimismus. Konkret ergab sich damals für die westlichen Forscher*innen erstmals die Möglichkeit, mit Archivmaterialien vor Ort zu arbeiten. Ein Aufenthalt in dieser Zeit in der Sowjetunion bedeutete, „aktive Landeskunde“ zu betreiben, heute mitzerleben, was morgen in der Zeitung stehen würde, in sowjetischen Küchen zu debattieren, Prognosen anzustellen, Freundschaften zu knüpfen, Arbeitsbeziehungen zu entwickeln.³⁷

Für die sowjetischen Fachkolleg*innen bot sich die Gelegenheit, an westlichen Universitäten zu forschen; für viele bedeutete es die Entscheidung zur Emigration. In allen Fällen führt die persönliche Zeitzugehörigkeit zu einer emotionalen, teils auch ideologischen Voreingenommenheit. Nach der hoffnungsvollen Aufbruchsstimmung spielen jetzt enttäuschte Erwartungen eine Rolle und verdüstern den Blick zurück. Der in wissenschaftlichen Arbeiten populär gewordene Begriff der „Katastroika“ spiegelt dies deutlich wider.³⁸ Jede Beschäftigung mit den Jahren der Perestroika und Glasnost muss deshalb mit der kritischen Selbstbefragung beginnen, damit diese kurze, aber ereignisreiche Epoche in ihrer Vielfalt gesehen werden kann. Neben dem Zusammenbruch der Ordnung und seinen dramatischen sozialen Folgen sollten auch der Modernisierungsschub, den die Reformen dem Land brachten, der Freiheitsgewinn des Einzelnen und die vielfältigen Möglichkeiten für eine Erneuerung angemessen betrachtet werden.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung von: Corinna Kuhr-Korolev, *Perestroika und das Ende der Sowjetunion. Ein kontroverser Blick zurück*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 9.2.2021, http://docupedia.de/zg/Kuhr-Korolev_perestroika_v1_de_2021.

CORINNA KUHR-KOROLEV

ist promovierte Osteuropahistorikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

kuhr-korolev@zg-potsdam.de

ESSAY

AM ENDE DES SOZIALISMUS

(Persönliche) Überlegungen nach 30 Jahren am Beispiel Jugoslawiens

Dejan Djokić

1991 bewegte sich (West-)Europa im Zuge der Transformation der Europäischen Gemeinschaft in die Europäische Union auf eine größere Integration zu. Fast zeitgleich kollabierten zwei spätsozialistische, multiethnische Föderationen: die Sowjetunion und Jugoslawien. Wenig später, am 1. Januar 1993, löste sich auch die Tschechoslowakei auf, deren „samtene Scheidung“ in deutlichem Widerspruch zu den „Balkankriegen“ stand, die das ganze Jahrzehnt lang andauern sollten. In diesem Zusammenhang wird meist die DDR vergessen – ein weiterer sozialistischer Staat, der scheinbar aus denselben Gründen zur selben Zeit verschwand: nationale Selbstbestimmung und Befreiung. In diesem Fall lief es aber nicht auf eine Zersplitterung hinaus, sondern auf die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands 1990.

Warum kollabierten diese Staaten, als doch der Sieg der (individuellen wie kollektiven) Freiheit und Demokratie sowie eine multiethnische und multikulturelle Koexistenz das Ende des Kalten Krieges einläuteten, ja sogar das „Ende der Geschichte“, wie Francis Fukuyama damals konstatierte? Wie sollen wir diese Ereignisse 30 Jahre später interpretieren? Was bleibt von ihnen? Welche Lehre können wir (sofern es eine gibt) aus der Vergangenheit ziehen, während Europa und der Rest der Welt vor neuen Herausforderungen stehen, einschließlich des Aufstiegs rechtspopulistischer Nationalismen, der sogenannten Flüchtlingskrise und der Coronapandemie? Im Folgenden werde ich mit Blick auf Jugoslawien und einigen kurzen Hinweisen zur Sowjetunion einige Antworten geben und – so hoffe ich – innerhalb dieses begrenzten Rahmens Denkanstöße sowie Diskussionsmaterial liefern.⁰¹

EIN ÜBERRASCHENDES ENDE UND DAS WEITERLEBEN JUGOSLAWIENS ALS GEFÜHL

Der Zusammenbruch Jugoslawiens war für mich eine Überraschung, ebenso für viele meiner jugoslawischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das gilt nicht nur für Menschen meiner Generation, die teilweise mit mir in der jugoslawischen Volksarmee als Wehrpflichtige dienten, als der Jugoslawienkrieg im Juni 1991 in Slowenien ausbrach. Wer zu meiner Generation gehört, also zu den Jahrgängen 1971/72, war einer von Titos letzten Soldaten. Die Armee war unser letztes sowie vielfach unser erstes Jugoslawien. Wir waren auch die erste postjugoslawische Generation.

Zugleich überraschte es mich weniger, dass der Zerfall, als er einmal einsetzte, so gewalttätig war. Die Erzählung, mit der die Menschen meiner Generation aufwuchsen, war, dass Jugoslawien Frieden und Stabilität garantierte und die Alternativen Krieg, extremer Nationalismus und Faschismus hießen. So wurden etwa Zitate von Präsident Tito wie ein Mantra wiederholt: Da wir „einen Ozean voller Blut für [die] Brüderlichkeit und Einheit [der jugoslawischen Nationen] vergossen haben“, müssten wir für deren Schutz eintreten, oder: „Wir gehen davon aus, dass es ein Jahrhundert des Friedens geben wird, doch wir sind vorbereitet, falls morgen ein Krieg ausbricht.“ Diese Aussagen bezogen sich implizit auf den Sieg der jugoslawischen Partisanen über Verfechter antijugoslawischer oder rivalisierender jugoslawischer Optionen im Zweiten Weltkrieg. Sie beruhten auf den Gründungsmythen des Jugoslawiens der Zwischenkriegszeit, in denen es um die Opfer der serbischen Armee (und weniger explizit des serbischen Volkes) im Ersten Weltkrieg geht. 1934 wurde Alexander I. von Ju-

jugoslawien ermordet. Diese Tat wurde sowohl von den Mördern des als „der Vereiner“ bekannten Königs als auch von den Trauernden als Versuch gesehen, Jugoslawien zu zerstören. Als der König blutüberströmt im Sterben lag, sollen seine letzten Worte gewesen sein: „Rettet Jugoslawien!“, womit er Titos Mahnung vorwegnahm.

Obgleich es die Menschen in Jugoslawien selbst waren, die ihren Staat 1991 zerstörten, ist es aus heutiger Sicht erstaunlich, dass die sogenannte Internationale Gemeinschaft nicht mehr unternommen hat, um die jugoslawische Föderation zu erhalten oder zumindest den Krieg zu verhindern. Vor 30 Jahren begann anderswo in Europa eine Zeit der Integration und Wiedervereinigung, und es bestand die Hoffnung auf eine friedlichere Welt.

Überraschend war auch, wie schnell sich bereits vor dem Ende der 1990er Jahre in der gesamten früheren Föderation Menschen nach Jugoslawien zurücksehnten. Man sprach von „Jugostalgie“ (und später auch von „Titostalgie“).⁰² Jugoslawien mag keine vollständig integrierte Gesellschaft gewesen sein, doch anscheinend ist es auf der ideellen Ebene auch nie vollständig zerfallen. Man könnte die Argumentation fortführen und sagen, Jugoslawien existiere heute als Gefühl, da es bei seinen früheren Bürgerinnen und Bürgern (und teils auch bei außenstehenden Fachleuten und „Beobachtenden“) nach wie vor starke positive und negative Reaktionen hervorruft. Dies war zum Beispiel offensichtlich, als sich die Trauer um den an Covid-19 gestorbenen Djordje Balašević im Februar 2021 Bahn brach. Der beliebte serbische Liedermacher stand in der Region für Antinationalismus, Pazifismus und Versöhnung. Seit Titos Tod im Jahr 1980 wurde im früheren Jugoslawien niemand mehr so intensiv und öffentlich beweint. Der Tod von Balašević erschien vielen als endgültiger Tod Jugoslawiens. Verkörperte er zunächst die erste echte Nachkriegsgeneration, hatte er sich zuletzt zu einer Identifikationsfigur für die letzte jugoslawische Generation entwickelt.

Auch andere Beispiele in den vergangenen Jahren sprechen für eine immer wieder aufschei-

nende Solidarität unter den ehemaligen Jugoslawen: während der zerstörerischen Hochwasser in Bosnien, Kroatien und Serbien 2014; nach den Erdbeben in Kroatien in den ersten Monaten der Corona-Pandemie; nach Serbiens Entscheidung vom Sommer 2021, seine Grenzen für Bürgerinnen und Bürger der Nachbarstaaten zu öffnen, um diesen eine Gratisimpfung zu ermöglichen.

WARUM IST JUGOSLAWIEN KOLLABIERT?

Die Gründe für die Auflösung Jugoslawiens sind komplex und die Beziehung zwischen dem Ende dieses Staates und anderer sozialistischer Staaten, von denen zwei, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei, ebenfalls multiethnische, slawisch dominierte Föderationen waren, nicht einfach zu bestimmen. Erste Analysen konzentrierten sich auf die Rolle des Nationalismus, der – wie mitunter angenommen wurde – historisch verwurzelt und nahezu unvergleichlich gewalttätig sei. Außerdem wurde die Rolle von führenden Persönlichkeiten untersucht, insbesondere jene von Slobodan Milošević. Eine der wichtigsten Studien zum Zerfall von Jugoslawien konzentriert sich auf die ideologische Entwicklung dieser Föderation, bei der die marxistische Doktrin vom Verschwinden des Staates – wenn auch tragischerweise – 1991 Realität wurde.⁰³ Um den Zusammenbruch zu erklären, müssen interne wie externe Faktoren berücksichtigt werden, die nicht immer klar zu trennen sind.

Anders als 1918, als Jugoslawien geschaffen wurde (ursprünglich als serbisch-kroatisch-slowenisches Königreich), oder 1945, als es nach der Besatzung und Aufspaltung durch Nazideutschland, das faschistische Italien, Albanien, Ungarn und die kroatische Ustaša wiederhergestellt wurde, gab es 1991 keine starke projugoslawische Ideologie und ebenso wenig Institutionen oder Persönlichkeiten, die für Zusammenhalt hätten sorgen können. Bis 1974 hatte sich Jugoslawien zu einem losen Staatenbund entwickelt, was zu Titos Lebzeiten nicht von großer Bedeutung war, doch nach seinem Tod fehlte der große Schiedsrichter. Milošević mag gehofft haben, ein neuer Tito zu werden, doch seine Entscheidung für den serbischen Nationalismus, von dem er vielleicht nicht völlig überzeugt war, den er aber als Legitimation für seine Ambitionen verwendete, machte die-

01 Mein Dank gilt Serhii Plokhly von der Harvard University und Gwendolyn Sasse vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin. Während einer Podiumsdiskussion, die Katarina Berg und Kateryna Stetskevych von der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert hatten und die (vorwiegend virtuell) vom Literaturhaus Leipzig im Mai 2021 veranstaltet wurde, erhielt ich den Anstoß, über diese und ähnliche Fragen nachzudenken.

02 Vgl. Mitja Velikonja, *Titostalgia: A Study of Nostalgia for Josip Broz, Ljubljana* 2008.

03 Vgl. Dejan Jović, *Yugoslavia: A State that Withered Away*, Lafayette 2009.

sen Weg unmöglich (die Frage ist, ob er oder sonst irgendjemand „ein neuer Tito“ hätte werden können). Die jugoslawische Volksarmee blieb die einzige und wahrscheinlich auch die letzte jugoslawische Institution, doch ihre Generäle schafften den Übergang von der Parteiarmee zur unparteiischen Armee nicht.

Selbst wenn sie diesen Übergang bewältigt hätten, wurde die zweite wesentliche ideologische Unterströmung der Armee, das Jugoslawentum der „Brüderlichkeit und Einheit“, um 1991 von drei wichtigen Teilrepubliken abgelehnt: Slowenien, Kroatien und Serbien. Milan Kučan, Franjo Tuđman und Slobodan Milošević, die diese Republiken regierten, waren entweder antijugoslawisch eingestellt oder zogen (so wie Milošević) ein Jugoslawien vor, in dem ihre eigene Republik und Nation bevorzugt würden. Am Ende stellte die Armee sich in ganz Jugoslawien auf die Seite von Milošević, Serbien und den Serben. Die Gründe waren komplexer als normalerweise angenommen wird, wenn auch das serbisch dominierte Offizierskorps bei der endgültigen Serbisierung der Armee um den Jahreswechsel 1991/1992 eine wesentliche Rolle spielte.

Der Nationalismus wurde in ersten Studien als Faktor des Zerfalls überschätzt, um dann in späteren Arbeiten weitgehend vernachlässigt zu werden. Im Rückblick, 30 Jahre später, wird deutlich, dass er bei der Destabilisierung der Föderation eine wichtige Rolle spielte. An dieser Stelle sind zwei Hauptkonflikte der 1980er Jahre zu erwähnen: Die serbische Führung stritt mit der slowenischen über die Frage der Dezentralisierung und Reformen des politischen Systems; Serben und Montenegriner stritten wiederum mit den Albanern über den Status des Kosovo, Serbiens südlichster Provinz, die schon damals überwiegend von ethnischen Albanerinnen und Albanern bewohnt wurde. Vielleicht ist es kein Zufall, dass der Jugoslawienkrieg im Juni 1991 in Slowenien begann und im Juni 1999 im Kosovo endete. Allerdings sollte man die Bedeutung des Nationalismus in den Kriegen der 1990er Jahre auch nicht überbetonen. Gleiches gilt für die gesamte jugoslawische Geschichte. Es ist von Bedeutung, dass Jugoslawien, ein Land, dessen Zweck es war, verschiedene ethnische, religiöse, sprachliche und kulturelle Gruppen mit ihrem jeweiligen historischen Erbe zu einen sowie einen Rahmen für die Versöhnung potenziell feindseliger Nationalismen zu schaffen (insbesondere von serbischer und kroatischer Seite nach 1945), den größten Teil des gewalttätigen 20. Jahrhunderts überlebt hat. In gewisser Wei-

se war dieses Projekt eine der EU vorangehende Miniatur. Damit sind wir wieder bei dem Paradox von 1991/92: Eine kleinere Version der EU in Südosteuropa zerfiel, und zugleich entstand die EU.

Externe Faktoren waren das Ende des Kalten Krieges und das Heraufziehen einer neuen Weltordnung, in der die internationale Position Jugoslawiens verblasste. Zuvor hatte Jugoslawien eine wichtige Rolle in der Weltpolitik gespielt – erstens, weil es das einzige kommunistische Land in Europa war, das (da Tito und Stalin 1948 auf Abstand gegangen waren) nicht zum sowjetischen Block gehörte, und zweitens, weil es von den frühen 1960er Jahren an als führende und einzige europäische Macht unter den Blockfreien Staaten auftreten konnte. Diese Bewegung von nunmehr postkolonialen Ländern des Globalen Südens wurde 1961 sogar in Belgrad begründet – von den Präsidenten Tito, Gamal Abdel Nasser (Ägypten), Kwame Nkrumah (Ghana), Sukarno (Indonesien) und Premierminister Jawaharlal Nehru (Indien). Schließlich spielte die Unterstützung aus Deutschland und Österreich für die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens eine Rolle beim Auseinanderbrechen der jugoslawischen Föderation.

SOWJETISCH-JUGOSLAWISCHE PARALLELEN?

Die jugoslawische Verfassung von 1946 beruhte auf der sowjetischen Verfassung von 1936. Jugoslawien war wie die Sowjetunion eine „ethnische Föderation“, mit Ausnahme Bosnien-Herzegowinas, das offiziell keine Nation, sondern eine Republik der Serben, Kroaten und Muslime war; die Anerkennung als eigenständige Nation kam erst in den späten 1960er Jahren. Beide Föderationen waren sozialistisch, multinational und multireligiös, und sie entstanden beide nach der Abschaffung einer mit der dominierenden Gruppe (Serben, Russen) verknüpften Erbmonarchie gegen Ende eines Weltkrieges und während eines Bürgerkrieges sowie einer sozialistischen Revolution. In beiden Fällen war die größte Nation der Republik (Serben/Serbien, Russen/Russland) die potenziell größte Bedrohung und zugleich der Schlüssel zur Stabilität der Föderation. Schließlich wurden in beiden Fällen die größten Republiken, Serbien und Russland, zur Föderation. Sie wurden also zur Föderation in einer Föderation.⁰⁴

04 Vgl. Veljko Vujčić, *Nationalism, Myth and the State in Russia and Serbia*, Cambridge 2015.



Doch es gibt auch gewichtige Unterschiede. So lagen die autonomen Regionen Russlands am Rande der Republik, während es in Serbien genau umgekehrt war: Die Wojwodina und das Kosovo reichten durch ihre Länge weit in den Norden beziehungsweise Süden der Republik. Darüber hinaus waren beide als Heimat oder gefühlte Heimat der mittelalterlichen und modernen serbischen Nationalkultur von historisch-symbolischer Bedeutung. 1991 lebten 8,5 Millionen Serben in Jugoslawien, 36,2 Prozent der 23,5 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung. 6,4 Millionen dieser Serben lebten in Serbien (einschließlich autonomer Provinzen), 2,1 Millionen oder nahezu 25 Prozent aller jugoslawischen Serben außerhalb Serbiens. Diese Situation war vergleichbar mit der UdSSR, wo 25 Prozent der Russen außerhalb der russischen Teilrepublik lebten. Schließlich war Jugoslawien nicht nur sozialistisch, sondern auch de facto ein Nationalstaat der Jugoslawen (Südslawen). Hingegen hatte die Sowjetunion keine ethnische Konnotation, obgleich ihre Bevölkerung zu 70 Prozent aus Ostslawen bestand – vergleichbar mit den mehr als 80 Prozent Südslawen in Jugoslawien. (1989 waren etwas mehr als die Hälfte der

beinahe 287 Millionen Menschen in der UdSSR Russen).⁰⁵

Warum war der Zerfall von Jugoslawien so viel gewalttätiger als jener der Sowjetunion? Wie der Sozialwissenschaftler Veljko Vujčić gezeigt hat, identifizierten die Serben sich viel stärker mit dem jugoslawischen Staat als die Russen mit dem sowjetischen. Die Gründe dafür waren komplex. Zu nennen ist die Rolle der Serben bei der Entstehung Jugoslawiens sowie die gewaltigen Opfer der beiden Weltkriege, die im Ersten Weltkrieg insbesondere Serben aus Serbien gebracht hatten und im Zweiten Weltkrieg vor allem bosnische und kroatische Serben, die der genozidalen Gewalt im Unabhängigen Staat Kroatien ausgeliefert waren.

Im Falle der Sowjetunion bevorzugte die russische Führung 1991 die Auflösung der UdSSR – hier lässt sich eine Parallele zur Tschechoslowakei ziehen, bei der die tschechische Seite, also die dominierende Nation innerhalb der Föderation, die Auflösung des Bundes anstrebte. Die serbische Führung versuchte hingegen anfangs, wenn

⁰⁵ Vgl. Ruža Petrović, The National Composition of Yugoslavia's Population, 1991, in: Yugoslav Survey 1/1992, S. 3–24; Vujčić (Anm. 4), S. 21, S. 311 ff.

auch zu ihren eigenen Bedingungen, Jugoslawien zu erhalten. Als dies unmöglich wurde, versuchte sie, eine Art „Rumpf-Jugoslawien“ zu erhalten (Serbien-Montenegro), wobei sie zugleich in den Kriegen der 1990er Jahre die bosnischen und kroatischen Serben unterstützte.

Der Zerfall Jugoslawiens war zwar extrem gewalttätig, doch es gab auch in diesem Land „samtene Scheidungen“, wie vor langer Zeit der Belgrader Soziologe Aleksa Djilas, Sohn des kürzlich verstorbenen Dissidenten Milovan Djilas, feststellte. So trennten sich Serbien und Mazedonien (heute Nordmazedonien) 1991/92 friedlich (obwohl alle dort einen Konflikt erwarteten) und ebenso Slowenien und Kroatien 1991 sowie Serbien und Montenegro 2006. Endgültig aufgelöst hat sich Jugoslawien auch in den 1990er Jahren nicht, so wie dies auch in den 1940er Jahren nie der Fall war, als das Land besetzt und aufgeteilt wurde. Allerdings ist eine Wiederherstellung der Union, wie jene von 1945, unwahrscheinlich. Zugleich bleiben aber auch 30 Jahre nach dem Auseinanderbrechen des Landes viele persönliche, familiäre, kulturelle, wirtschaftliche, sportliche und sogar politische Verbindungen bestehen. Es sagt möglicherweise viel aus, dass wir zwar vom „postsowjetischen“ Raum sprechen, aber in der Regel nicht von einem „postjugoslawischen“. Liegt das daran, dass Jugoslawien noch gar nicht hinter uns liegt?

Eine letzte Parallele, die gezogen werden kann, ist, dass sowohl das frühere Jugoslawien als auch der postsowjetische Raum in den vergangenen 30 Jahren einen Bevölkerungsrückgang erlebt haben – durch Migration, niedrige Geburtenraten und, insbesondere im Falle Jugoslawiens, durch Krieg. Im Anschluss an die „ethnischen Säuberungen“ der 1990er Jahre setzte sich die großflächige Entvölkerung des früheren Jugoslawiens fort. Serbien hat allein zwischen 1990 und 2017 mehr als 700 000 Bürgerinnen und Bürger verloren, von denen nahezu 80 Prozent in EU-Länder

ausgewandert sind. 2019 schätzten die Vereinten Nationen, dass bei einer Fortsetzung dieses Trends die Bevölkerung Serbiens (7,2 Millionen Menschen im Jahr 2011 ohne das Kosovo) von 2020 bis 2050 um nahezu 19 Prozent schrumpfen wird. Ähnliche Berechnungen gibt es für Bosnien, Kroatien, das Kosovo und andere Balkanstaaten.⁰⁶

SCHLUSS

Als 2015 Menschen aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten auf ihrer Fluchtroute Richtung Westen den Balkan durchquerten, sah Serbien die Gelegenheit, wenigstens einige von ihnen zu überzeugen, dauerhaft zu bleiben. Doch obwohl die Geflüchteten in Serbien, das im März 2021 als eines der ersten Länder überhaupt anfang, diesen Teil der Bevölkerung gegen Covid-19 zu impfen, aufgenommen wurden, wurde diese Chance offenbar verpasst.⁰⁷ Eines ist indes gewiss: Im früheren Jugoslawien gibt es mehr als eine „Flüchtlingskrise“, und das scheint auch für die absehbare Zukunft zu gelten – sollte sich die Entvölkerung der Region durch Massenemigration, die die Pandemie unterbrochen hat, fortsetzen. Es ist unklar, wie diese Probleme zu lösen sind, doch die Aufnahme von allen ex-jugoslawischen Staaten in die EU (derzeit sind nur Slowenien und Kroatien Mitgliedstaaten) könnte ein guter Anfang sein. Die Migration nähme wohl kaum von heute auf morgen ein Ende, doch früher oder später würden die Menschen wieder bleiben. Dies würde auch helfen, die Spannungen zwischen den regionalen Regierungen zu mindern, die in den vergangenen Jahren wieder verstärkt spürbar waren. Die Grenzen zwischen den exjugoslawischen Teilrepubliken wären dann wieder vor allem administrativ, wie schon vor drei Jahrzehnten, als eine echte Einheit zwischen den Menschen in Europa – im Osten wie im Westen – erreichbar schien und nicht nur ein Ideal war, das zuvor nur in einigen Ausnahmefällen Realität geworden war, wie etwa in der jugoslawischen Föderation.

Aus dem Englischen von Jan Fredriksson.

DEJAN DJOKIĆ

ist Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte am Goldsmiths College/University of London und Gastprofessor für südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. djokicde@hu-berlin.de

06 Vgl. Ognjen Radonjić/Mirjana Bobić, Brain Drain Loses: A Case Study of Serbia, in: *International Migration* 1/2021, S. 5–20, S. 6; Tim Judah, „Too Late“ to Halt Serbia’s Demographic Disaster, 24. 10. 2019, <https://balkaninsight.com/2019/10/24/too-late-to-halt-serbias-demographic-disaster>. Vgl. auch die Reports von Judah für andere Balkanstaaten im Oktober und November 2019 auf balkaninsight.com.

07 Vgl. Dejan Djokić, Serbischer Sonderweg in der Flüchtlingskrise (übersetzt von Jan Plamper), in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27. 10. 2015, www.nzz.ch/meinung/debatte/serbischer-sonderweg-in-der-fluechtlingskrise-1.18636148.

GRENZEN UND IDENTITÄTEN IM WECHSELSPIEL NACH 1989/91

Gwendolyn Sasse

1989 und 1991 – der Mauerfall und der Zusammenbruch der Sowjetunion – markieren das Ende des sozialistischen Systems in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion. Diese Daten stehen für die Hoffnungen – und im Rückblick auch für Enttäuschungen – auf Neuanfänge auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Nach etwas mehr als drei Jahrzehnten ordnet sich dieser historische Moment in einen größeren Zusammenhang ein. Das Ende des sozialistischen Systems und der Sowjetunion begann lange vor 1989/91, und das imperiale Erbe wirkt bis heute nach.

Der Begriff der Grenze ist untrennbar mit den Entwicklungen von 1989 und 1991 verbunden. Die Maueröffnung 1989 ist das Symbol schlechthin für das Durchbrechen einer physischen und systemischen Grenze. Die Öffnung dieser in Beton gegossenen, gewaltsam kontrollierten Grenze beschleunigte den Zerfall der Sowjetunion und die damit einhergehende postimperiale Neuordnung auf der Grundlage unabhängiger Nationalstaaten.

Dieser Beitrag nähert sich den Nachwirkungen des Schlüsselmoments 1989/91 als Trias von Grenzöffnungen, Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen.⁰¹ Die Fokussierung auf Prozesshaftigkeit nimmt dem Grenzbezug seine Aura der Statik und Irreversibilität. Diese Perspektive umfasst verschiedene Akteure an konkreten Orten und gibt damit den Erfahrungen, Ansichten und Identitäten der Bevölkerung mehr Raum, als es in strukturalistischen oder elitenorientierten Erklärungsansätzen der Transformationsforschung üblich ist. In ihrer Definition als „Orte“ (*places*) richten Grenzen den Blick auf die Erfahrungen, Praktiken und Meinungen der in Grenzgebieten lebenden und durch sie geprägten Bevölkerung.⁰² So wird zum Beispiel die Wahrnehmung rechtlicher und alltäglicher Grenzregime durch eine neue Art der Grenzziehung durch die EU-Ost-

erweiterung auf lokaler Ebene in den östlichen Nachbarstaaten der EU greifbar. Diese führte nach einer Phase der Grenzöffnungen zu neuen Mobilitätseinschränkungen und Anpassungen sowohl im Alltag als auch auf der politischen Ebene, so zum Beispiel entlang der Westgrenze der Ukraine zu Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien.

Grenzen definieren oftmals umstrittene Regionen, in denen historisch gewachsene oder gegenwärtige politische Ansprüche und Projekte aufeinanderprallen. Viele Grenzen sind aus Kriegen, Okkupation oder Unabhängigkeitsbestrebungen hervorgegangen.⁰³ Der Soziologe Steffen Mau hat Grenzen kürzlich als „Sortiermaschinen“ bezeichnet und dabei auf das Paradox hingewiesen, dass die Bedeutung von (ex)territorialen Grenzen und Grenzkontrollen im Zuge der Globalisierung zu- und nicht abnimmt und dabei eine Eigendynamik entfaltet.⁰⁴

Das multi- und interdisziplinäre Feld der Grenzforschung hat sich in den vergangenen zehn Jahren sehr dynamisch entwickelt.⁰⁵ Hier knüpft dieser Beitrag an und nimmt die Verknüpfung von Grenzen und Identitäten in den Blick. Die Border Studies beruhen in erster Linie auf geografischen und ethnografischen Ansätzen, mit denen Grenzen „von unten“ betrachtet werden, das heißt, im Vordergrund stehen die Praktiken, Erfahrungen und Einstellungen derjenigen, für die die Grenzen zum Lebensalltag gehören. Von den metaphorischen „Linien im Sand“ re-orientiert sich die Forschung zu den facettenreichen Grenzpraktiken von staatlichen und insbesondere nicht-staatlichen Akteuren.⁰⁶ Auch Hinterlassenschaften in der Form von Phantomgrenzen,⁰⁷ die infrastrukturell, mental oder elektoral nachwirken, gehören zu diesem Forschungsansatz.⁰⁸

In der nachfolgenden Darstellung liegt der Fokus auf den mit gewaltsamen Konflikten verbundenen Grenzziehungen und dem Wechsel-

spiel von Grenzen und Identitäten im postso-wjetischen Raum.

KONFLIKTE UND DE-FACTO-STAATEN

Der Desintegrationsprozess der auf dem Papier als Föderation verfassten Sowjetunion führte zu einer Reihe von gewaltsamen Territorialkonflikten. Die ersten Konflikte waren unmittelbar mit der Auflösung der Sowjetunion und der nationalen Politik der Nachfolgestaaten verknüpft (Nagorny-Karabach, Transnistrien, Abchasien und Südossetien), in einigen Fällen kam es zu einem zweiten Konfliktzyklus (Abchasien und Südossetien 2008 und Nagorny-Karabach 2020). Der gewaltsame Konflikt in der Ostukraine begann erst 2014, ist aber ebenfalls eng mit den Hinterlassenschaften der Sowjetunion verknüpft. Neben wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verflechtungen haben sich vor allem politische Ansprüche und Denkmuster des ehemaligen imperialen Zentrums erhalten. Die Nicht-Anerkennung der ukrainischen staatlichen Unabhängigkeit, die in der Rhetorik vom „slawischen Brudervolk“ zum Ausdruck kommt, zieht sich durch die Reden und die gesamte Politik des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin.

Insgesamt wird der Zusammenbruch der Sowjetunion im Vergleich mit den mit dem Zer-

fall Jugoslawiens verknüpften Kriegen oft als erstaunlich friedlich dargestellt. Dieses Bild greift jedoch zu kurz. Allein der Krieg in der Ostukraine hat bisher etwa 14 000 Menschen das Leben gekostet; mindestens 1,5 Millionen Menschen aus dem Donbass sind zu Binnenflüchtlingen geworden, weitere etwa 1 Million sind aus dem Donbass nach Russland geflüchtet.⁰⁹ Im Abchasienkonflikt starben bis 1993 über 15 000 Menschen, und etwa 200 000 Georgier*innen flohen beziehungsweise wurden vertrieben.¹⁰ In erneuten gewaltsamen Auseinandersetzungen im Russisch-Georgischen Krieg 2008 starben etwa 1 000 weitere Menschen; über 100 000 flohen. In Transnistrien forderte der kurze gewaltsame Konflikt 1992 etwa 1 000 Menschenleben. Im Krieg um Nagorny-Karabach, der mehrheitlich armenischen Enklave in Aserbaidschan, die ab 1988 versuchte, sich von Aserbaidschan loszusagen, kamen in den militärischen Auseinandersetzungen zwischen 1991 und 1994 etwa 30 000 Menschen ums Leben, und Hunderttausende mussten fliehen. Der erneute Konflikt 2020 brachte weitere 6 000 bis 7 000 Opfer mit sich.¹¹ Das Ausmaß an Gewalt und der Effekt auf Wahrnehmungen und Identitäten sind somit über einen längeren Zeitraum zu berücksichtigen.

In der sowjetischen Praxis waren Grenzziehungen und Zwangsumsiedlungen ein wichtiges Mittel der imperialen Kontrolle von Vielfalt, aber auch Willkür prägte die internen Grenzen und die abgestuften Autonomie-Regelungen in-

01 Dieser Beitrag baut in Teilen auf Diskussionen in der Research Unit Borders und dem Projekt „The Liberal Script in Ukraine’s Contested Border Regions“ im Kontext des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“ (EXC 2055, Project-ID: 390715649) auf, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder gefördert wird.

02 Vgl. Chris Rumford, *Towards a Multiperspectival Study of Borders*, in: *Geopolitics* 4/2012, S. 887–902.

03 Vgl. James Anderson/Liam O’Dowd, *Borders, Border Regions and Territoriality: Contradictory Meanings, Changing Significance*, in: *Regional Studies* 7/1999, S. 593–604.

04 Steffen Mau, *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenzen im 21. Jahrhundert*, München 2021.

05 Für einen Überblick über dieses Forschungsfeld, einschließlich neuerer konzeptueller und methodologischer Überlegungen, vgl. Dominik Gerst/Maria Klessmann/Hannes Krämer (Hrsg.), *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden Baden 2021. Vgl. auch Vladimir Kolosov, *Border Studies: Changing Perspectives and Theoretical Approaches*, in: *Geopolitics* 4/2005, S. 606–632.

06 Vgl. Noel Parker/Nick Vaughan-Williams, *Critical Border Studies: Broadening and Deepening the „Lines in the Sand“ Agenda*, in: *Geopolitics* 4/2012, S. 727–733.

07 Vgl. Béatrice Hirschhausen et al. (Hrsg.), *Phantomgrenzen: Räume und Akteure in der Zeit neu denken*, Göttingen 2015.

08 Das Feld der Critical Geopolitics, das die geopolitischen Einstellungen der Bevölkerung als eine wichtige Dimension von Geopolitik und Internationalen Beziehungen versteht, verfolgt eine ähnliche Forschungsstrategie. Vgl. Gerard Toal, *Understanding Critical Geopolitics: Geopolitics and Risk Society*, in: *Geopolitics* 2–3/1999, S. 107–124.

09 Vgl. United Nations High Commissioner for Refugees, *Ukraine: Operational Update*, December 2016, <http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/UNHCR%20Ukraine%20Operational%20Update%20-%20December%202016.pdf>; Ukrainisches Ministerium für Sozialpolitik, 2020, www.kmu.gov.ua/news/oblikovano-1-437-406-vnutrishno-peremishchenih-osib.

10 Vgl. UNHCR, *Ukraine: Operational Update*, December 2016, <http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/UNHCR%20Ukraine%20Operational%20Update%20-%20December%202016.pdf>.

11 Vgl. Uppsala Conflict Data Program (UCDP), *Conflict Encyclopedia*, 20. 12. 2021, www.ucdp.uu.se; Norwegian Refugee Council, 20. 12. 2021, www.nrc.no/global-figures.

nerhalb der 15 Sowjetrepubliken (die nächsthöhere Ebene war die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik, ASSR, innerhalb einer Sowjetrepublik). Dem komplexen hierarchischen System der in der sowjetischen Verfassung aufgeführten Autonomierechte, zum Teil verbunden mit Zugeständnissen in der Sprachenpolitik oder einer Überrepräsentanz nationaler Minderheiten in den politischen Institutionen, war in der praktischen Umsetzung ein enger Rahmen gesetzt. Staatliche Institutionen waren den Strukturen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion untergeordnet. Dennoch boten diese formellen Rechte auf verschiedenen Ebenen des Systems institutionelle Anknüpfungspunkte, um politische Ansprüche und Identitäten im Reformprozess der 1980er und 1990er Jahre zu formulieren und zu mobilisieren.

Autonomie als Mittel der Eindämmung von Konfliktpotenzial beziehungsweise Konfliktmanagement wird in der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung nach wie vor kontrovers diskutiert. Die sowjetischen Autonomien per se waren nicht die direkte Ursache der ethnoterritorialen Konflikte in den frühen 1990er Jahren. Vielmehr waren es die Versuche, diese genau zu dem Zeitpunkt abzuschaffen, als formal bestehende Rechte auf verschiedenen politischen Ebenen aktiv eingefordert wurden.¹² Das sowjetische System der Autonomien, ein integraler Bestandteil der imperialen Strategie des *divide et impera*, entwickelte sich somit von einem je nach Einzelfall stabilisierenden beziehungsweise unbedeutenden institutionellen Rahmen zu Zeiten der Sowjetunion zu einem signifikanten Faktor im Desintegrationsprozess und in der Eskalationsspirale in Transnistrien (Moldau), Abchasien und Südossetien (Georgien). Diese Richtung in der Kausalitätskette hat bisher durch eine Fokussierung auf Autonomie als ein opportunes Mobilisierungsinstrument von Eliten nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten.¹³ Detaillierte Fallanalysen zeigen jedoch, wie institutionelle Mechanismen Identitäten prägen und Kristallisationspunkte für Mo-

bilisierung bieten, wenn – so die Wahrnehmung – gegen bereits bestehende Institutionen, Normen oder Möglichkeiten verstoßen wird.

Bis heute ist keiner dieser Territorialkonflikte aus den 1980er und 1990er Jahren gelöst beziehungsweise beständig durch interne oder externe Akteure reguliert worden. Der im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs weit verbreitete Begriff der „eingefrorenen Konflikte“ vermag die Realität dieser Konflikte nicht abzubilden.¹⁴ Der Begriff passt nicht zu einem dynamischen Verständnis von Grenzen und beschreibt eher den Wunschgedanken internationaler Akteure, die den Konflikt de-eskalieren oder beenden wollen. Die suggerierte Stabilität ist längst widerlegt worden: Gewalt mag sich für einen gewissen Zeitraum regulieren oder eindämmen lassen, doch die Möglichkeit einer erneuten Eskalation ist stets gegeben, wie etwa 2008 in Georgien und 2020 in Nagorny-Karabach. Auch ohne erneute gewaltsame Auseinandersetzungen verändern sich die lokalen Dynamiken der Konflikte.

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs wird der Begriff der „eingefrorenen Konflikte“ mit Bezug auf Nagorny-Karabach, Abchasien, Südossetien und Transnistrien zunehmend durch den Begriff der „De-facto-Staaten“ ersetzt.¹⁵ Unter diesen Begriff werden staatsähnliche Gebilde gefasst, die das Resultat von Sezession, dem teilweisen oder vollständigen Kontrollverlust durch den Mutterstaat beziehungsweise durch Abhängigkeit von einem anderen, als Patron fungierenden Staat sind. De-facto-Staaten verfügen zumindest in Teilen über ein Gebiet, ein Volk und staatliche Institutionen, doch fehlt ihnen die mehrheitliche internationale Anerkennung als Staat.

¹² Vgl. James Hughes/Gwendolyn Sasse (Hrsg.), *Ethnicity and Territory in the Former Soviet Union: Regions in Conflict*, London 2001, S. 239.

¹³ Vgl. Svante Cornell, *Autonomy as a Source of Conflict: Caucasian Conflicts in Theoretical Perspective*, in: *World Politics*, 2/2002, S. 245–276.

¹⁴ Vgl. Sabine Fischer (Hrsg.), *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Ukraine-Krise*, SWP-Studie 2016/S 13, Juli 2016; www.swp-berlin.org/publikation/nicht-eingefroren-konflikte-im-postsowjetischen-raum.

¹⁵ In der Völkerrechtsliteratur findet sich der Begriff des „de-facto Regimes“. Vgl. Jochen Abr. Frowein, *Das de-facto-Regime im Völkerrecht. Eine Untersuchung zur Rechtsstellung „nichtanerkannter Staaten“ und ähnlicher Gebilde*, Köln–Berlin 1968. Für eine Kontextualisierung vgl. Andreas Heinemann-Grüder, *Post-sowjetische De-facto-Regime*, 20. 11. 2020, www.laender-analysen.de/russland-analysen/394/RusslandAnalysen394.pdf; Nina Caspersen, *Unrecognized States: The Struggle for Sovereignty in the Modern International System*, Cambridge 2011; Rebecca Bryant/Mete Hatay, *Sovereignty Suspended: Building the So-Called State*, Philadelphia 2020.

Wie die Beispiele in Osteuropa zeigen, sind De-facto-Staaten keine temporäre oder homogene Erscheinung. Sie sind auch mehr als nur politische Instrumente geopolitischer Interessen. Die Resilienz von De-Facto-Staaten erhält allmählich in sozialwissenschaftlichen Debatten mehr Aufmerksamkeit.¹⁶ Forschung zu De-facto-Staaten stellt Wissenschaftler*innen vor zahlreiche Herausforderungen – vom erschweren Zugang zum jeweiligen Territorium bis hin zur Erhebung empirischer Daten. Nach wie vor ist zu wenig bekannt über die Erfahrungen und Einstellungen der Bevölkerung der osteuropäischen De-Facto-Staaten. Die wenigen existierenden systematischen, mit lokalen Partnern umgesetzten Umfragen zeigen neben Unterschieden zwischen den einzelnen Fällen eine vergleichbare wachsende lokale Legitimität der Regime auf.¹⁷

Mit dem seit 2014 andauernden Krieg in der Ostukraine sind zwei De-facto-Staaten hinzugekommen: die „Volksrepublik Donezk“ und die „Volksrepublik Luhansk“ – beide von lokalen Separatisten mit militärischer und finanzieller Unterstützung Russlands errichtet und erhalten. Anhand der Ukraine samt ihrer internen Diversität lassen sich die postimperialen Herausforderungen und die langfristigeren Nachwirkungen des sowjetischen institutionellen und mentalen Erbes gut veranschaulichen.¹⁸

UKRAINE: KRIM UND OSTUKRAINE

Anders als in den gewaltsamen Konflikten, die aus der Mobilisierung gegen die Abschwächung oder Abschaffung sowjetischer Autonomien im

16 Zu den ersten Abhandlungen, die eine genauere Auseinandersetzung mit den postsowjetischen De-facto-Staaten einforderten, gehörte: Dov Lynch, *Engaging Eurasia's Separatist States: Unresolved Conflicts and De Facto States*, Washington, D. C. 2004. Vgl. auch Mikhail Minakov/Gwendolyn Sasse/Daria Isachenko (Hrsg.), *Post-Soviet Secessionism: Nation-Building and State-Failure after Communism*, Stuttgart 2021.

17 Vgl. John O'Loughlin/Vladimir Kolosov/Gerard Toal, *Inside the Post-Soviet De Facto States: A Comparison of Attitudes in Abkhazia, Nagorny Karabakh, South Ossetia and Transnistria*, in: *Eurasian Geography and Economics* 5/2014, S. 423–456; Vladimir Kolosov/Maria Zotova, „De-Facto Borders“ as a Mirror of Sovereignty. The Case of the Post-Soviet Non-Recognized States, in: *Historical Social Research* 3/2021, S. 178–207.

18 Vgl. Tatiana Zhurzenko, *Borderlands into Bordered Lands. Geopolitics of Identity in Post-Soviet Ukraine*, New York 2014.

Kontext einer neuen nationalstaatlichen Politik hervorgingen, war die Ausgangslage auf der Krim eine andere: Um lokale Autonomiebestrebungen einzubinden, hatte der Oberste Sowjet der Ukraine noch 1991 das Prinzip einer regionalen Autonomie innerhalb der Ukrainischen Sowjetrepublik gebilligt. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine bestand die Herausforderung darin, diese institutionelle Hülse als direkte Hinterlassenschaft aus der späten Sowjetzeit mit Inhalt zu füllen. Eine interne institutionelle Grenzziehung, die Flexibilität bei der Ausgestaltung zuließ, erwies sich als konfliktthemmende Anreizstruktur für unterschiedliche politische Kräfte und ihre Vorstellungen für einen angemessenen Status für die Region.

Die Krim, die erst 1954 durch eine sowjetische Grenzverschiebung von der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zur Ukrainischen Sowjetrepublik transferiert worden war, wurde nach 1991 zur ersten großen territorialen Herausforderung für den jungen ukrainischen Staat, der in den von der Sowjetunion geprägten Grenzen zum ersten Mal in seiner Geschichte seine Unabhängigkeit ausgestalten konnte. Das Konfliktpotenzial bestand aus vier Dimensionen: erstens einem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine (dieser Konflikt wurde in zeitgenössischen Analysen und Kommentaren besonders betont), zweitens einem intraregionalen Konflikt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen auf der Krim, drittens einem gesellschaftlichen Konflikt in Verbindung mit der Integration der Krimtataren und viertens einem politischen Konflikt zwischen dem Zentrum Kiew und der Krim als Peripherie im neuen Staatsgefüge.¹⁹

Letztendlich wurde die Krim in der frühen postsowjetischen Phase zu einem Paradebeispiel für das Management von Konfliktpotenzial und der Anerkennung regionaler Identitäten. Eine Schlüsselrolle kam bei diesem Konfliktmanagement den Verhandlungen über einen Autonomiestatus der Krim zu. Sowohl auf der Krim als auch im Zusammenspiel zwischen den politischen Institutionen auf nationaler und regionaler Ebene wurden von 1991 bis 1998 das Prinzip und die Definition der Autonomie im Verfassungsprozess verhandelt. Die „Autonome Republik

19 Vgl. Gwendolyn Sasse, *The Crimea Issue: Identity, Transition, and Conflict*, Cambridge MA 2007.

der Krim“ (mit separatem Status für die Stadt Sewastopol) wurde in der ukrainischen Verfassung trotz der Definition eines unitären Staates verankert (Art. 10) und in der Krim-Verfassung von 1998 im Detail ausgeführt.

Dieser Kompromiss unterstreicht die Bedeutung interner Grenzziehungen bei der Anerkennung von Diversität im Staat. Die 1998 in der ersten von Kiew akzeptierten Krim-Verfassung definierten Autonomierechte sind begrenzt – beispielsweise die Festlegung von drei offiziellen Sprachen (Ukrainisch, Russisch, Krimtatarisch) und die Möglichkeit, lokal erhobene Steuern einzubehalten. Auch die Symbolik einer verfassungsrechtlichen Autonomie ist ein wichtiges Element beim Management von Konfliktpotenzial. In der Konfliktforschung werden häufig Fragen des institutionellen Designs als Mittel der Konfliktprävention, Konfliktresolution oder Konflikttransformation hervorgehoben. Auf der Krim war es weniger das finale institutionelle Format der Krim-Autonomie, sondern die Verhandlung von institutionellen Optionen (*institution-making*), Interessen und Identitäten, die konfliktentschärfend wirkte.

Verschiedene Faktoren begünstigten die Verhandlungen über den Autonomiestatus, insbesondere die bewusst zurückhaltende Rolle Russlands unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin in Hinblick auf die Mobilisierung einer pro-russischen Bewegung (Republikanische Bewegung der Krim beziehungsweise Block Russland) auf der Krim, die internen Schwächen dieser Bewegung, die sich in der Bevölkerung vor allem durch ökonomische Inkompetenz rasch diskreditierte, der Pragmatismus der politischen Eliten in Kiew und die diffusen ethnopolitischen Trennlinien in einer multiethnisch, mehrheitlich russischsprachigen Region. Als Vermittler trug die OSZE, insbesondere der gerade neu institutionalisierte Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, dazu bei, den Rahmen für die Autonomieverhandlungen aktiv mitzugestalten.

Eine Reihe von Herausforderungen auf der Krim blieb vom ausgehandelten institutionellen Kompromiss über den Status der Region unberührt, insbesondere die Integration der etwa 250 000 Krimtataren, die aus den Orten ihrer Deportation in Zentralasien und Russland auf die Krim zurückkehrten, und die wirtschaftliche Entwicklung der Halbinsel. Politisch wur-

de sie jedoch ein fester Bestandteil des Südostens der Ukraine. Separatistische Bewegungen gab es bis zur Krim-Annexion durch Russland 2014 nicht, auch wenn dies in der offiziellen russischen Staatsrhetorik heute anders dargestellt wird.

Die Annexion der Krim 2014 überraschte die Ukraine, einschließlich der Krimbevölkerung, die EU und die USA – und vermutlich ebenso die Bevölkerung Russlands. Sie verstieß gegen internationales Recht und schuf schnell neue Fakten vor Ort. Russische Sondereinheiten besetzten die Krim im Februar, gefolgt von einem regionalen „Referendum“ über den Status der Krim am 16. März 2014. Die Abstimmung, die weder frei noch fair verlief, generierte nach russischen Angaben bei einer Wahlbeteiligung von über 80 Prozent eine Mehrheit von etwa 96 Prozent für die Wiedervereinigung mit Russland. Es folgten ein offizielles Beitritts-gesuch, eine programmatische Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 18. März verbunden mit der Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt der Krim und Sewastopols zur russischen Föderation und schließlich die Ratifizierung durch den Föderationsrat.²⁰ Die USA und die EU reagierten mit Sanktionen. Die eigenmächtige Grenzziehung im Widerspruch zu völkerrechtlichen Normen und dem Budapester Abkommen von 1994, das der Ukraine ihre territoriale Integrität im Gegenzug für den Transfer der nach der Auflösung der Sowjetunion auf ihrem Territorium verbliebenen Nuklearwaffen nach Russland garantieren sollte, hat die internationalen Spannungen zwischen den USA und der EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite stark erhöht. Die Krim-Annexion war sowohl für die EU und die USA als auch für Putins Regierung ein Novum, das ein koordiniertes Vorgehen durch die EU erforderte. Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland sind seitdem auf einem Tiefpunkt.

In Russland stieg nach der Krim-Annexion die in Umfragen gemessene Beliebtheit von Präsident Putin auf über 80 Prozent.²¹ Die Krim-Annexion blieb kein Projekt der politischen Elite in Russland, sondern gab Russ*-

²⁰ Vgl. die detaillierte Chronik und Analyse der Putin-Rede unter <https://crimea.dekoder.org/archipel>.

²¹ Vgl. Sam Greene/Graeme Robertson, *Putin v. the People: The Perilous Politics of a Divided Russia*, New Haven 2019.

innen ein Gefühl von Identität und staatlicher Größe, ein Gefühl, das seit 1991 keinen konkreten Inhalt oder Auslöser mehr gehabt hatte. Die Zugehörigkeit der Krim zu Russland und die hohen Subventionen für die Region werden bis heute weder von den Eliten noch von der Gesellschaft hinterfragt. Es besteht ein übergreifender Krim-Konsens (*Krym nash* – Die Krim gehört uns.).

Das offizielle russische Narrativ spiegelt sich in Teilen auch in westlichen Diskursen. Die Behauptung, dass die Krim „schon immer russisch“ gewesen sei, ist weit verbreitet, obwohl bei dieser These Jahrhunderte krimtatarischer Geschichte ausgeblendet werden. Im Rückblick gewinnt auch die russische Rechtfertigung des Einsatzes von Sondertruppen als eine Reaktion auf die angebliche Bedrohung der russischsprachigen Bevölkerung auf der Krim durch Kiew beziehungsweise auf eine regionale Mobilisierung für Unabhängigkeit oder einen Anschluss an Russland über russische Grenzen hinaus an Verbreitung, obwohl diese Mobilisierung mit Russlands Eingreifen forciert wurde. Die Euromaidan-Massenproteste und die Entscheidung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, die Ukraine zu verlassen, schufen die Gelegenheit für Putin, einen sorgfältig ausgearbeiteten, vom Westen nicht antizipierten Plan umzusetzen.

Mit dem Krieg in der Ostukraine, der im April 2014 auf die Annexion der Krim folgte und bei dem Russland lokale Separatisten militärisch und finanziell unterstützt, werden weitere neue Grenzen in den ukrainischen Staat eingeschrieben. Die Ukraine hat die Kontrolle über einen Teil ihrer Grenze mit Russland verloren, und an der im Rahmen des Minsker Abkommens verhandelten Waffenstillstandslinie, die sogenannte Kontaktlinie, an der bisher kein vereinbarter Waffenstillstand von Dauer war, ist ein neues Grenzregime im Entstehen. Beide Grenzziehungen durch Russland unterminieren die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine und haben Implikationen für den Alltag, die Ansichten und Identitäten der lokalen Bevölkerung und der Bevölkerung der Ukraine insgesamt. Eine Waffenstillstandslinie, zunächst als temporäre Grenze gezogen, durchtrennt integrierte wirtschaftliche und soziale Netzwerke und bleibt in der Regel nicht nur eine temporäre Erscheinung. Grenzziehungen beziehen sich nicht nur auf territoriale Grenzen im engeren Sinne,

sondern auch auf Praktiken wie die Ausgabe von russischen Pässen in den „Volksrepubliken“, insbesondere vor der russischen Duma-Wahl, oder den Zugang zu russischen Medien und Mobilfunknetzen.

Die Möglichkeiten zur Überquerung der Kontaktlinie sind stark eingeschränkt; die Kontakte sind darüber hinaus sehr ungleich verteilt: Aus den „Volksrepubliken“ kommen vor allem ältere Leute in die von Kiew kontrollierten Gebiete des Donbass, um ihre Rentenzahlungen zu kassieren. Ethnografische Feldforschung und soziologische Umfragedaten des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) 2019 zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen Überquerungen der „Kontaktlinie“ aus den „Volksrepubliken“ und dem weiterhin stark ausgeprägten Verständnis der Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat (mit oder ohne Sonderstatus).²² Insgesamt überquerte 2019 etwa die Hälfte der Befragten in den „Volksrepubliken“ mit variabler Regelmäßigkeit die Kontaktlinie in Richtung der von Kiew kontrollierten Gebiete, davon etwa 14 Prozent einmal pro Monat und etwa 16 Prozent einmal in 6 Monaten. Überquerungen in die andere Richtung sind selten: Etwas über 90 Prozent der Befragten gaben 2019 an, nie auf die andere Seite der Donbass-Region zu gehen.²³ Etwa 50 Prozent der Befragten in den „Volksrepubliken“ gaben 2019 an, Verwandte oder Freunde auf der von Kiew kontrollierten Seite zu haben; anders herum waren es nur 31 Prozent (in beide Richtungen war der Trend zwischen 2016 und 2019 rückläufig).²⁴

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach den Auswirkungen von Krieg auf Identitäten in der Ukraine insgesamt. Die historisch bedingte regionale und ethnolinguistische Vielfalt der Ukraine ist weder gleichbedeutend mit einer klaren Ost-West-Spaltung des Landes noch ein alltägliches Konfliktthema. 30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist eine auf den Staat und die ukrainische Staatsbürgerschaft ausgerichtete Identität in der Vorstellung der Bevölkerung und der politi-

²² Vgl. Sabine von Löwis/Gwendolyn Sasse, A Border Regime in the Making? The Case of the Contact Line in Ukraine, in: *Historical Social Research* 3/2021, S. 208–244.

²³ Für die methodologischen Details und die Daten aus der ZOiS-Umfrage im Donbass vgl. ebd., S. 221.

²⁴ Vgl. ebd., S. 223.

schen Eliten fest verankert.²⁵ Laut der vom ZOIS über den gesamtukrainischen KIIS Omnibus²⁶ (ohne „Volksrepubliken“ und die Krim) erhobenen repräsentativen Umfragedaten kristallisierte sich eine staatsbürgerliche Identität (*civic identity*) zwischen 2017 und 2018 als wichtigste persönliche Identität bei knapp unter 50 Prozent der Befragten heraus.²⁷ In dieser Hinsicht hat die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass genau zum Gegenteil von Putins Intentionen geführt: Die Grenzziehungen durch Annexion und Krieg haben eine auf den gemeinsamen Staat ausgerichtete Identität gestärkt, anstatt intern polarisierend zu wirken.

Die Konfliktforschung geht in der Regel von einer Polarisierung von Identitäten im Krieg aus. Forschung zu Kroatien und Bosnien und Herzegowina hat jedoch auch gezeigt, dass Ethnonationalismus unter denen, die direkt betroffen sind, schwächer ausgeprägt sein kann.²⁸ Aus der KIIS Omnibus-Umfrage ist zu ersehen, dass in einem Kriegskontext signifikante Identitätsverschiebungen innerhalb kurzer Zeit erfolgen können. Darüber hinaus war die Mehrheitsmeinung differenzierter und inklusiver als die offizielle Rhetorik des damaligen ukrainischen Präsidenten, der mit dem Slogan „Armee, Sprache, Glauben“ 2019 in den Wahlkampf zog und haushoch gegen den Politneuling Wolodymyr Selenskyj mit seiner inklusiven Wahrhetorik verlor.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Eine Perspektive, die sich dem Wechselspiel zwischen Grenzen und Identitäten anhand von

25 Vgl. Gwendolyn Sasse, *Public Perceptions in Flux: Identities, War and Transnational Linkages in Ukraine*, ZOIS Report 4/2018, www.zois-berlin.de/publikationen/public-perceptions-in-flux-identities-war-and-transnational-linkages-in-ukraine; dies./Alice Lackner, *War and Identity: The Case of the Donbas in Ukraine*, in: *Post-Soviet Affairs* 2–3/2018, S. 139–157; Volodymyr Kulyk, *Shedding Russianness, Recasting Ukrainianness: The Post-Euromaidan Dynamics of Ethnonational Identification in Ukraine*, in: *Post-Soviet Affairs* 2–3/2018, S. 119–138.

26 KIIS Omnibus ist eine regelmäßige Bevölkerungsumfrage des Kiewer International Institute of Sociology.

27 Vgl. Sasse (Anm. 23), S. 4.

28 Vgl. Karin Dyrstad, *After Ethnic Civil War: Ethno-Nationalism in the Western Balkans*, in: *Journal of Peace Research* 6/2012, S. 817–831; Garth M. Massey et al., *Nationalism, Liberalism, and Liberal Nationalism in Post-War Croatia*, in: *Nations and Nationalism* 1/2003, S. 55–82; Damir Sekulic, *Civic and Ethnic Identity: The Case of Croatia*, *Ethnic and Racial Studies* 3/2014, S. 215–243.

Grenzöffnungen, Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen nähert, fokussiert sich auf konkrete Orte, Praktiken, Ansichten und Erinnerungen. Diese Erfahrungen prägen sowohl Konfliktpotenzial und Konfliktmanagement als auch die Identitäten der lokalen Bevölkerung. Der historische Moment 1989/91 ging mit physischen und mentalen Grenzöffnungen einher, doch in der Praxis blieben viele Hoffnungen der Bevölkerung in Grenzregionen unrealistisch beziehungsweise unerreicht. Neue Grenzziehungen, wie die EU-Osterweiterung und die mit ihr einhergehenden Grenzkontrollen an der EU-Außengrenze, schränkten die neu erworbene beziehungsweise erhoffte Mobilität und wirtschaftliche Möglichkeiten wieder ein. Der begrenzte, stark kontrollierte Zugang zu einem Kriegsgebiet kann einerseits Kontakte unterbinden und eine persönliche, wirtschaftliche oder politische Neuorientierung nach sich ziehen, andererseits gibt es trotz aller widrigen Umstände Grenzüberquerungen an Waffenstillstandslinien. Diese prägen Einstellungen und Identitäten und fungieren somit auch im übertragenen Sinne als Grenzüberschreitungen.

Die enge Verknüpfung von Grenzen mit Identität und Identitätswandel eröffnet ein weites empirisches Forschungsfeld. Bisher gibt es vergleichsweise wenige systematisch erhobene Daten aus Kriegs- oder Krisenkontexten, die überlappende Dynamiken von Grenzöffnungen, Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen erfassen. Dies ist Teil einer breiteren, multidisziplinären Aufgabe an der Schnittstelle der Border Studies, Forschung zu Identitäten und Studien zu Konfliktpotenzial und Konfliktmanagement.

GWENDOLYN SASSE

ist wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

gwendolyn.sasse@zois-berlin.de

ZWISCHEN TRANSFORMATION UND POSTTRANSFORMATION

Entwicklungen seit 1989/91 in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Konsequenzen für die Forschung

Timm Beichelt

Wenn es um den Rückblick auf die Zeitenwende von 1989/91 und die darauf folgenden Entwicklungsprozesse geht, lassen sich die öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurse kaum voneinander trennen. Zu umfassend waren die Veränderungen, zu sehr betrafen sie die Gesamtbevölkerung Europas, als dass sich eine isolierte wissenschaftliche Theorie hätte bilden können. Die gesellschaftlichen und politischen Hoffnungen, die sich mit den weitgehend friedlichen Revolutionen und dem anschließenden Fall des Eisernen Vorhangs verbanden, durchdrangen auch die Lebenswelt professioneller Beobachter und machten eine wertneutrale Betrachtung fast unmöglich.

Die Vertreter der sogenannten Transformationstheorie, die sich in den 1990er Jahren rapide entwickelte, verfügten daher über einen gewissen Hang, politisch wünschenswerte Entwicklungen und wissenschaftliche Schlussfolgerungen ineinander übergehen zu lassen. Unverkennbar war das Modell der liberalen Demokratie dem politischen Kommunismus ebenso überlegen wie die soziale Marktwirtschaft der sozialistischen Planwirtschaft. Ein großer Teil der Forschung arbeitete daher mit der Annahme, Demokratie und Marktwirtschaft würden sich wegen dieser Überlegenheit nach einiger Zeit im postsozialistischen Raum durchsetzen. Allenfalls wurde damit gerechnet, dass es gewisse Hindernisse auf dem Weg zum manchmal sogenannten westlichen Modell geben würde.⁰¹

30 Jahre später sind die Erkenntnisse über die tatsächlichen Transformationsverläufe nicht nur differenzierter, sondern es können auch mehrere zentrale Thesen der frühen Transformationsforschung als widerlegt gelten. Dazu gehört die ursprüngliche Annahme, der höhere individuelle Freiheitsgrad von Demokratien werde die Autokratie in Attraktivität und Legitimität ausstechen.

Ob wir es mögen oder nicht: Wenigstens phasenweise gibt es Autokratien, die von den ihnen unterworfenen Bevölkerungen mehrheitlich als legitim angesehen werden.⁰²

Die unübersichtlichen Verläufe der Transformation und die sich wandelnden Sichtweisen auf sie lassen pauschale Urteile kaum zu. Es kommt auf eine Reihe von Umständen, Faktoren und Kontexten an, ob sich nach dem Ende eines autokratischen Regimes demokratische Institutionen etablieren, sich möglicherweise verfestigen, oder ob der Weg in Richtung Re-Autokratisierung weist. Wie diese Prozesse beurteilt werden, lässt sich ebenfalls nicht mit einfachen Schwarz-Weiß-Mustern erfassen.

PFADE DER POSTSOZIALISTISCHEN TRANSFORMATION

Der Fall des Eisernen Vorhangs wird häufig auf seine Symbolbedeutung als wichtigster Wendepunkt vom Kommunismus hin zur Demokratie reduziert. Mindestens zwei weitere, damit verbundene Entwicklungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle: Erstens wurde das System der sozialistischen Planwirtschaft von der kapitalistischen Marktwirtschaft abgelöst. Zumindest in den ersten Jahren wurde die wirtschaftliche Transformation kaum sozial abgefedert und hatte daher tiefgreifende Konsequenzen für Gesellschaften in Mittel-, Südost- und Osteuropa, die auseinanderdrifteten. Zweitens wird heute oft übersehen, dass mit der Sowjetunion und Jugoslawien zwei Vielvölkerstaaten auseinanderbrachen. Bei den einstigen Trägernationen, Russland und Serbien, ruft der Zerfall bis heute Phantomschmerzen hervor. Vor allem aber bildete sich mehr als ein Dutzend neuer Staaten, die

Tabelle: Mitgliedschaft postsozialistischer Staaten in Europäischen und Transatlantischen Organisationen

NATO	EUROPÄISCHE UNION	BEITRIITSKANDIDATEN DER EU	KSZE/OSZE
1999 Polen, Tschechien, Ungarn 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien 2009 Albanien, Kroatien 2017 Montenegro 2020 Nord-Mazedonien	2004 Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn 2007 Bulgarien, Rumänien 2013 Kroatien	2005 Nord-Mazedonien 2010 Montenegro 2012 Serbien 2014 Albanien Potenzielle Beitrittskandidaten: Bosnien und Herzegowina, Kosovo	1973/75 Bulgarien, Jugoslawien/Serbien, Polen, Rumänien, Sowjetunion/Russland, Tschechoslowakei, Ungarn 1991 Albanien, Estland, Lettland, Litauen 1992 Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kroatien, Moldova, Slowenien, Ukraine 1993 Slowakei, Tschechien 1995 Nord-Mazedonien 2006 Montenegro

Quelle: Eigene Darstellung

nur begrenzt über Eliten verfügten, die für das Funktionieren eines Staates benötigt werden – Diplomate*innen, Verfassungsrechtler*innen, ministeriale Eliten oder auch Wirtschaftsfachleute für die Privatisierung. Auch erfahrene politische Eliten gab es nur sehr punktuell. Die ersten Jahre nach 1989/91 verliefen daher überall auf wenig vorhersehbare Weise.⁰³

Das im Rückblick wohl wichtigste ordnungsbildende Element für die Entwicklung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region war die Einbindung der Staaten des östlichen Europa in internationale Organisationen (Tabelle). Während der Kalte Krieg für einige Jahre als Angelegenheit der Vergangenheit angesehen werden konnte, gewinnen seit etwa zwei Jahrzehnten Interessenkonflikte zwischen zwei Hauptstädten, Brüssel und Moskau, immer mehr an Bedeutung.

01 Siehe hierzu insb. Ken Jowitt (Hrsg.), *New World Disorder: The Leninist Distinction*, Berkeley 1992.

02 Vgl. Timm Beichelt, *Legitimer Autoritarismus? Politische Stabilität im postsowjetischen Raum*, in: *Osteuropa* 8/2014, S. 49–61 sowie weitere Artikel ebd.

03 Vgl. hierzu Leslie Holmes, *Post-Communism. An Introduction*, Oxford 1997; Richard Sakwa, *Postcommunism*, Buckingham 1999.

In Brüssel befinden sich bekanntlich nicht nur die wichtigsten Institutionen der Europäischen Union, sondern auch das Hauptquartier der NATO. Deren Expansion an die Grenzen der Russischen Föderation (bereits 1999 durch die Aufnahme Polens, später der baltischen Staaten) sowie die zeitweise recht konkreten NATO-Ambitionen von Staaten wie Georgien oder der Ukraine führten in Russland zu einer Gegenpolitik, die durch zahlreiche weitere ungelöste Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion befeuert wurde.

Sicherheitspolitisch lässt sich zwar nicht von „Einflusssphären“ sprechen, da russischer Einfluss in vielen Nachbarstaaten explizit zurückgewiesen wird. Aber zwischen NATO- und EU-Mitgliedern auf der einen Seite und einigen (wenigen) Vasallenstaaten Russlands auf der anderen Seite hat sich eine Zone gebildet, in der von Brüssel beziehungsweise von Moskau vorgegebene Regelordnungen miteinander konkurrieren. Diese Zone besteht aus Staaten wie Armenien, Georgien, Moldova und der Ukraine, die zwar einerseits Mitglieder der (transatlantischen) Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind, andererseits aber über keine echte Beitrittsperspektive zu EU und NATO verfügen.

Auf die politische Dynamik der Regimeentwicklung in den Staaten des postsozialistischen Europa hatte die neue Konfrontation zwischen Russland und der NATO beträchtlichen Einfluss. Insbesondere die politischen Eliten einiger an Russland grenzender Staaten von Estland bis Polen sprachen in den 1990er Jahren – als es in Russland unter Präsident Boris Jelzin bisweilen tumultartig zugeht – ganz offen von einem Zeitfenster, innerhalb dessen es gelte, dem Einflussbereich Russlands zu entkommen. Immerhin waren genau diese Staaten Opfer des sogenannten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von 1939 geworden. Die Sowjetunion hatte sich das Baltikum sowie Teile Polens einverleibt und daraus bei der Konferenz in Jalta 1945 den weiteren Herrschaftsanspruch abgeleitet. In der Folge suchten politische Eliten, die eigentlich auf nationale Selbstbestimmung geeicht waren, ausgerechnet im Beitritt zur EU ihr Heil. Die EU dagegen war in den Jahren zwischen dem Vertrag von Maastricht (1992) und dem Vertrag von Nizza (2000) damit befasst, den Prozess der Abgabe nationaler Souveränität zu organisieren. Einige Jahre später sollte der implizite Widerspruch zwischen nationaler Selbstbestimmung und dem politischen Selbstverständnis der EU-Eliten mit Wucht aufbrechen.

Aus der Vogelperspektive lassen sich vor diesem Hintergrund vier Konstellationen identifizieren, die nach 1989/91 eingetreten sind:

1. Dauerhafte Autokratie: Rund um die Russische Föderation haben sich in Zentralasien, teilweise im Südkaukasus (Aserbaidschan) und im osteuropäischen Kernland von Belarus und Russland autokratische Regimes etabliert. Sicherheits- und energiepolitisch besteht in den meisten Fällen eine Abhängigkeit von der russischen Politik und/oder russischen Staatsbetrieben. In einschlägigen Indizes zur Messung der Regimequalität zeichnen sich diese Staaten dadurch aus, dass sie weder im Bereich der politischen Freiheiten noch der bürgerlichen Rechte auch nur in die Nähe demokratischer Standards gelangen.⁰⁴

2. Konsolidierte Demokratie: Gewissermaßen das Gegenmodell besteht in einer Reihe

von Staaten, die seit mittlerweile 17 Jahren Mitglieder der Europäischen Union sind und das Modell der liberalen Demokratie weitgehend inkorporiert haben. Demokratie ist hier „the only game in town“, wie es der Politologe Juan Linz ausdrückt.⁰⁵ Es lässt sich zurzeit nicht erkennen, dass maßgebliche Akteure die zentralen Institutionen der Demokratie infrage stellen. Über die Jahre ist diese einst größte Gruppe der Osterweiterungsstaaten allerdings deutlich geschrumpft. Im Sustainable Governance Index (SGI) der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2020 liegen lediglich die baltischen Staaten, Slowenien und Tschechien im Ranking „Robuster Demokratien“ über dem Durchschnitt von insgesamt 41 Demokratien, die in den Index aufgenommen wurden.⁰⁶

3. De-Konsolidierung der Demokratie: Dieses Szenario besteht in der De-Konsolidierung von Regimes, die sich eine Zeitlang bereits auf dem Weg zur Demokratie befunden hatten. Es kann zwischen einer frühen und einer späten De-Konsolidierung unterschieden werden, und es muss auch nicht unbedingt von einer dauerhaften Rückkehr zur Nicht-Demokratie ausgegangen werden. Die Slowakei kann als erstes mitteleuropäisches Land gelten, in dem noch in den 1990er Jahren eine zunächst solide erscheinende Demokratie von führenden Eliten torpediert wurde.⁰⁷ Der Fall kann als Blaupause für spätere Entwicklungen in Ungarn (ab 2010) und Polen (ab 2015) gelten, die allesamt über folgende Gemeinsamkeiten verfügen: eine national-populistische Rhetorik seitens der Regierenden, Bemühungen zur Verringerung der Medienvielfalt sowie orchestrierte Angriffe auf den Rechtsstaat inklusive des Verfassungsgerichts. Eine häufige Begleiterscheinung ist die Verflechtung wirtschaftlicher Eliten, nicht zuletzt im Finanz- und Mediensektor, mit den politischen Eliten.⁰⁸

⁰⁵ Juan Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation*, Baltimore–London 1996, S. 5.

⁰⁶ Siehe www.sgi-network.org/2020.

⁰⁷ Vgl. Michael Carpenter, *Slovakia and the Triumph of Nationalist Populism*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 2/1997, S. 205–220.

⁰⁸ Vgl. Bálint Magyar, *Post-Communist Mafia State. The Case of Hungary*, Budapest 2016.

⁰⁴ Siehe etwa <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2021/democracy-under-siege>.

4. Nicht-Konsolidierung der Demokratie:

Nicht-verfestigte Demokratien finden sich im postsozialistischen Raum in zwei Varianten. Eine Gruppe von Staaten befindet sich zwar einerseits außerhalb des (von Moskau so definierten) nahen Auslands Russlands, hat aber dennoch zu keiner Zeit eine voll entwickelte liberale und vor allem rechtsstaatliche Demokratie entwickelt. Es geht beispielsweise um Albanien, Bulgarien, Nord-Mazedonien, Rumänien und Serbien. In der Langzeituntersuchung „Nations in Transit“ der US-amerikanischen Organisation Freedomhouse werden sie als Transitionsregimes oder als semi-konsolidierte Demokratien beschrieben und eingeordnet.⁰⁹ Über dieselbe Einstufung verfügen bei Freedomhouse auch Moldova, Georgien und die Ukraine.¹⁰ Sie unterscheiden sich allerdings von den eben genannten Ländern dadurch, dass Russland einer Mitgliedschaft dieser Länder in der EU und in der NATO feindselig gegenübersteht. Hier kommt also zu häufig auftretenden innerstaatlichen Problemen des Postsozialismus – Korruption/Oligarchie, polarisierte Eliten und nicht durchgängig demokratischen politischen Einstellungen – ein externer Störfaktor hinzu, da Russland eine Übernahme demokratischer Praktiken in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu verhindern sucht.

Wenn wir diese Liste betrachten, dann wird deutlich, dass sich die idealistischen Erwartungen der frühen 1990er Jahre nicht erfüllt haben. Nur in wenigen Transformationsstaaten hat sich eine stabile Demokratie entwickelt, und die Entwicklungen in Ungarn und Polen haben gezeigt, wie rasch demokratische Institutionen erodieren können, wenn die regierenden Eliten sie angreifen. Auch in Slowenien¹¹ und Tschechien¹² gibt es durchaus Anzeichen für den Bedeutungszuwachs nepotistischer und/oder populistischer Eliten. Der allgemeine Trend geht in Richtung eines „anti-

democratic turn“¹³ – nicht nur in Mitteleuropa. Auch in Russland und Belarus haben Repression und Willkürherrschaft in den vergangenen Jahren nochmals deutlich zugenommen.

Für die Demokratie als Regimeform sind das keine guten Nachrichten. In der wirtschaftlichen Sphäre hat die Verschränkung zwischen ökonomischen und politischen Eliten, die eine Begleiterscheinung der Re-Autokratisierung ist, gravierende Folgen: In den autokratischen und re-autokratisierten Staaten verläuft die Wirtschaftsentwicklung insgesamt flacher und auf niedrigerem Niveau als in den konsolidierten Demokratien. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass bei einer Bevorteilung regimenaher Eliten bei öffentlichen Aufträgen und Investitionsentscheidungen andere Kriterien als die wirtschaftliche Effizienz im Vordergrund stehen.

In *Abbildung 1* lässt sich gut erkennen, wie deutlich sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten auf der einen sowie Russland auf der anderen Seite auseinanderentwickelt hat. Besonders illustrativ ist der Vergleich zwischen Estland und Russland. Während beide Staaten 1993 etwa auf einem Niveau lagen, ist das estnische BIP/Kopf heute um etwa 50 Prozent höher als das russische. Aber auch Ungarn, das am Anfang der Transformation durch eine besonders rasche wirtschaftliche Erholung aufgefallen war, ist mittlerweile hinter den Durchschnitt der postsozialistischen Mitgliedsstaaten der EU zurückgefallen. Auch lässt sich zeigen, dass die EU-Mitgliedschaft in der postsozialistischen Welt erheblich dazu beigetragen hat, die gesellschaftliche Ungleichheit zu verringern, wenngleich sie nach der Finanzkrise ab 2008 wieder etwas zugenommen hat.¹⁴

TRANSFORMATIONSFORSCHUNG: WIE GEHT ES WEITER?

Mit den vier genannten Konstellationen lassen sich die politischen Verhältnisse im postsozialistischen Europa einerseits gut erfassen. Wissen wir jedoch andererseits genug über Entwicklungen im Postsozialismus, die sich in den einzelnen

⁰⁹ Siehe <https://freedomhouse.org/countries/nations-transit/scores>.

¹⁰ Ebd.

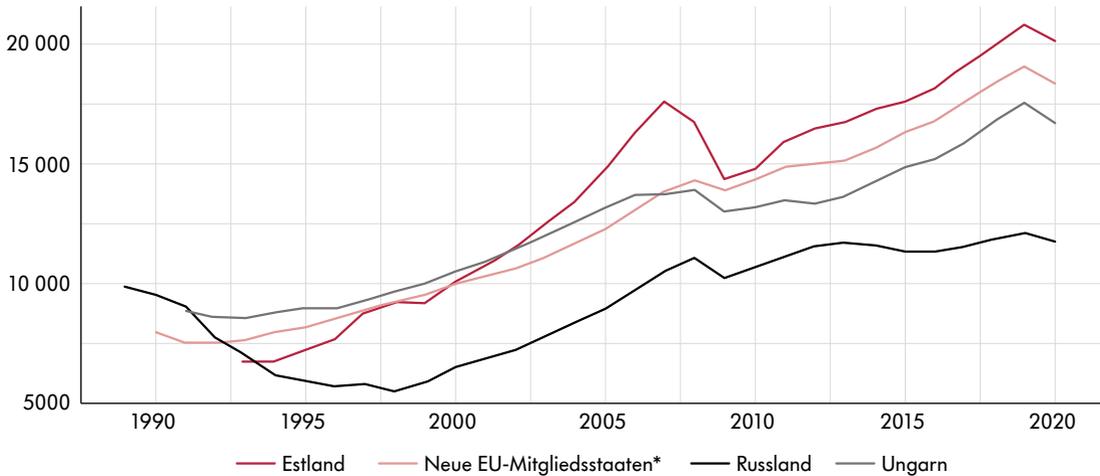
¹¹ Vgl. Amanda Coakley, In Slovenia, a Trumpian Populist Assumes a Key European Post, 30.6.2021, <https://foreignpolicy.com/2021/06/30/slovenia-janez-jansa-trumpian-populist-illiberal-european-council-presidency>.

¹² Vgl. Vladimír Handl/Manfred Sapper/Volker Weichsel, Schlüsselland Tschechien. Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas, Berlin 2021.

¹³ Vgl. Zselyke Csaky, Nations in Transit 2021. The Antidemocratic Turn, https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-04/NIT_2021_final_042321.pdf.

¹⁴ Vgl. International Labour Organization, Building a Social Pillar for European Convergence, Genf 2016, S. 19.

Abbildung 1: BIP/Kopf in US-Dollar in ausgewählten postsozialistischen Staaten



* Postsozialistische Staaten, die 2004 beigetreten sind

Quelle: Weltbank

Ländern und möglicherweise jenseits des allgemeinen Trends vollziehen?

Die Osteuropawissenschaft in Deutschland ist im Prinzip nicht schlecht ausgestattet. Zwar beklagen Fachvertreter einen Rückgang an Stellen in den vergangenen 25 Jahren.¹⁵ Im Vergleich mit anderen Regionen – man denke etwa an die Skandinavien- oder Lateinamerikaforschung – erscheinen 140 Professuren mit Osteuropabezug jedoch vergleichsweise üppig. Hinzu kommt noch das 2017 gegründete Zentrum für Osteuropa- und Internationale Studien (ZOiS).¹⁶ Und dennoch lässt sich kaum leugnen, dass es in vielen Bereichen an Expertise fehlt. Zu einzelnen Ländern – etwa zu Albanien oder zu den Ländern des Baltikums – und sogar zu ganzen Teilregionen wie dem Südkaukasus gibt es nur eine sehr geringe Zahl einschlägig arbeitender Forscher*innen. Die auf Osteuropa gerichtete Kulturwissenschaft verfügt in der Regel über einen slawistischen Fokus, während die Geschichtswissenschaft sich überwiegend für Russland interessiert.

Von Bedeutung sind weiterhin einige Entwicklungen, die an den normativen Grundüberzeugungen der Transformationsforschung nagen. Diese bestanden – und bestehen in gewisser Weise bis heute – in einer allzu idealisierenden Bewer-

tung der Demokratie und der Marktwirtschaft und insgesamt in einem zu linearen Verständnis gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Bereits in der frühen Phase der Transformation hatten einige postmarxistische Forscher*innen ein deutliches Unbehagen angesichts der rapiden Ausbreitung des Kapitalismus in Mittel- und Osteuropa geäußert.¹⁷ Die Kombination von meist unerfahrenen Eliten und in der Regel schwachen gesellschaftlichen Organisationen führte zu einem „großen Experiment“ mit ungewissem Ausgang.¹⁸ Eigentlich war bereits in den 1990er Jahren klar, dass die neuen politischen und ökonomischen Freiheiten nicht nur produktive Effekte hatten. Die Zweifel, die sich im Laufe der Zeit ansammelten, wurden vor etwa zehn Jahren unter dem Begriff der „Posttransformation“ zusammengefasst.¹⁹ Bezeichnet werden damit Konstellationen, in denen die (politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche) Transformation zu sozialen Praktiken und institutionellen Ordnungen geführt hat, die mit etablierten Regimekategorien nicht leicht zu erfassen sind.

¹⁷ Vgl. Adam Przeworski, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991; Dietrich Rueschemeyer/Evelyn Huber-Stephens/John Stephens, *Capitalist Development & Democracy*, Cambridge 1992.

¹⁸ Andreas Pickel/Helmut Wiesenthal, *The Grand Experiment. Debating Shock Therapy, Transition Theory, and the East German Experience*, Boulder 1997.

¹⁹ Everhard Holtmann/Helmut Wiesenthal, *Transition – Transformation – Posttransformation*, Jena 2009.

¹⁵ Vgl. Alexander Libman/Niklas Platzer, *Geschichte, Slawistik und der Rest. Osteuropaforschung in Deutschland*, in: *Osteuropa* 7/2021, S. 133–153.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 145.

Zunächst stellt sich im Paradigma der Posttransformation die Frage, für welchen Zeitraum von einer „Transition“ gesprochen werden sollte. 30 Jahre nach 1989/91 erscheint es nicht mehr angemessen, Staaten wie Armenien, Rumänien oder Serbien einfach als „Transformationsstaaten“ zu bezeichnen. Etwas anderes steht im Raum: Deutliche Impulse für eine Vertiefung der Demokratie lassen sich nicht recht erkennen, während innerstaatliche Polarisierung und schwache Rechtsstaatlichkeit fortauern. Wenn nicht alles täuscht, könnte die Nicht-Konsolidierung der Demokratie auf absehbare Zeit eine Art postsozialistischer Normalzustand bleiben.

Vor einiger Zeit wurde für diesen Zustand der Begriff des hybriden Regimes geprägt.²⁰ Er bezeichnet eine Regimeform, in der jeweils für Demokratien und für Autokratien typische Elemente nebeneinanderstehen. Es finden beispielsweise kompetitive Wahlen statt, während zugleich das Justizwesen wenig mehr als ein Instrument der Regierung ist und dies mit demokratischer Gewaltenteilung wenig zu tun hat. Die Forschung zu hybriden Regimes hat zutage gebracht, dass gerade hier ein Missverhältnis zwischen formalen Verfassungsnormen und informellen Praktiken der Herrschaftsausübung besteht. Daher rückten ebendiese Praktiken in den Mittelpunkt der Forschung. Regimes, die formal-demokratische und informal-autokratische Elemente in sich vereinen, wurden als „neo-patrimonial“ bezeichnet.²¹ Eine forschungslogische Konsequenz dieser Verschiebung ist die Notwendigkeit, kulturellen und historischen Kontexten in den betrachteten Herrschaftsräumen eine höhere Bedeutung einzuräumen – anders lassen sich hybride Formen des Regierens schlecht verstehen.

Ein weiterer Trend der Forschung zur Posttransformation besteht in einer differenzierteren Betrachtung der normativen Implikationen von zentralen Konzepten. Sicherlich: Demokratische Ordnungen sind autokratischen Ordnungen vorzuziehen, um individuelle und kollektive Freihei-

ten zu ermöglichen, politische Rechte zu gewähren, Menschenrechte und Selbstbestimmung zu achten und staatliche Gewalt zu kontrollieren. Es gibt keine empirischen oder normativen Gründe für die Annahme, dass Autokratien eher in der Lage wären, diese Werte bereitzustellen. Und dennoch: Die Transformationsprozesse des postsozialistischen Europa halten eine Reihe von Erfahrungen bereit, die auf das Funktionieren von jungen Demokratien Schatten werfen.

Dies beginnt mit der Einsicht, dass *alle* Prozesse der Modernisierung über eine Kehrseite verfügen. Die Individualisierung von Lebensentwürfen kann soziale Isolierung mit sich bringen, gesellschaftliche Ausdifferenzierung führt soziale Entfremdung mit sich, Beschleunigung und dauerhafter Wettbewerb bedeuten Überforderung und Erschöpfung. Auf theoretischer Ebene sind diese Einsichten nicht neu.²² Dennoch hat die Forschung lange gezögert, sie mit Entwicklungen im postsozialistischen Europa in Verbindung zu bringen. Erst in jüngeren Jahren wird stärker auf die Ambivalenzen geachtet, die die rapiden Umbrüche für die postsozialistischen Gesellschaften mit sich gebracht haben.²³ Zum Beispiel hat die rasche Ausweitung des EU-Binnenmarktes nicht nur zu einem *brain drain*, sondern auch zur Abwanderung von gering qualifizierten Personen geführt.²⁴

Auch der Rückbezug auf nationale bis nationalistische Repräsentationsfiguren, wie er in sehr vielen postsozialistischen Staaten beobachtet werden kann, kann in diesen Kontext eingeordnet werden. Die vergangenen 30 Jahre waren in der Region nicht allein von einer übergroßen Dynamik vieler Lebensbereiche geprägt. Die Bevölkerungen und Eliten verfügten nur über eingeschränkte Möglichkeiten, die politischen Geschehnisse im Zuge der demokratischen Selbstbestimmung zu steuern.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Beitritte der mittel- und südosteuropäischen Staa-

20 Vgl. Terry Lynn Karl, *The Hybrid Regimes of Central America*, in: *Journal of Democracy* 3/1995, S. 72–86; Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert Rüb (Hrsg.), *Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen 2002.

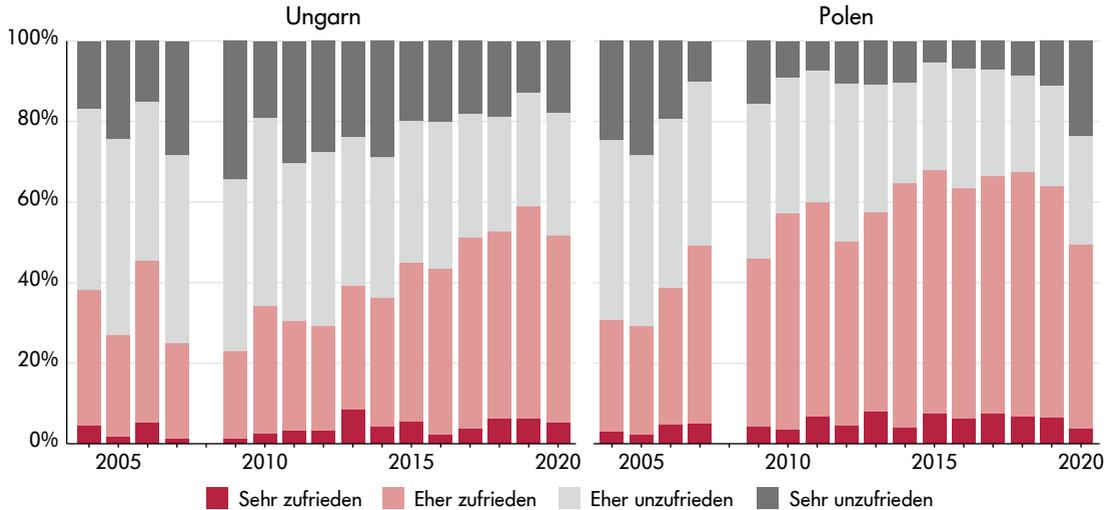
21 Vgl. Gero Erdmann/Ulf Engel, *Neopatrimonialism Reconsidered. Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept*, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Studies* 1/2007, S. 95–119.

22 Siehe nur Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992; Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt/M. 2005.

23 Vgl. Timm Beichelt et al., *Ambivalences of Europeanization. Modernity and Europe in Perspective*, Institut für Europastudien der Europa-Universität Viadrina, IFES Working Paper Series 1/2019.

24 Vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016; Ivan Krastev, *After Europe*, Philadelphia 2017.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Demokratie in Polen und Ungarn



Quelle: Eurobarometer

ten zu EU und NATO dem Wunsch der Eliten und wohl auch der Bevölkerungsmehrheiten entsprechen. In der Sphäre der äußeren Sicherheit wurden die neuen Staaten indes zügig dazu angehalten, gewachsene Verflechtungen mit Russland abzubauen. Und in der Europäischen Union galt seit dem Ende der 1990er Jahre das Gebot der begrenzten Neuverschuldung, das unter dem Schatten des Euro auf die Beitrittsverhandlungen abfärbte. Während an den übergeordneten Entscheidungen kaum ein Weg vorbeiführte, mussten die neuen NATO- und EU-Mitglieder in vielen Bereichen darauf verzichten, Politik eigenständig zu gestalten.²⁵

Vielleicht erklärt diese Konstellation auch einen bemerkenswerten Sachverhalt: Der Blick nach Polen und Ungarn zeigt, lässt man die Corona-Zeit einmal außen vor, einen positiven Zusammenhang zwischen national-populistischer Regierungsführung und der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie (Abbildung 2). Zum Diskurs, der in Deutschland über die politischen Entwicklungen in Polen und Ungarn geführt wird,²⁶ stehen diese Befunde in deutlichem Widerspruch. Aus ihnen sollte nicht abgeleitet werden, dass die Hälfte der polnischen oder un-

garischen Bevölkerung die Bemühungen der Re-Autokratisierung unterstützt. Aber sie können als Indiz für die Unterstützung solcher Regierungen gewertet werden, die nationale Selbstbestimmung lautstark einfordern und damit einen Kontrast zu den Erweiterungsjahren bilden, in denen die Politik im postsozialistischen Europa vor allem darin bestand, sich auf allgemeine und konkrete Vorgaben aus Brüssel einlassen zu müssen.

AUSBLICK

Die genannten Phänomene sind als Beispiele zu verstehen für eine „neue Unübersichtlichkeit“ bei der Bewertung von Demokratie und Marktwirtschaft in Europa. Diesen Begriff hatte Jürgen Habermas 1985 verwendet, um wachsende Zweifel an der Beständigkeit des Wohlfahrtsstaats nach der Ära der Vollbeschäftigung zu benennen.²⁷ Habermas sprach im gleichen Atemzug von der „Erschöpfung utopischer Energien“. Eine ähnliche Konstellation lässt sich 30 Jahre nach der Transformation 1989/91 diagnostizieren. Auch etablierte Demokratien haben nur begrenzt überzeugende Antworten auf große Herausforderungen der Gegenwart wie Migration, Klimawandel oder soziale Ungleichheit gefunden.

Zwar lässt sich kaum behaupten, dass ausgerechnet Autokratien mit diesen und weiteren

²⁵ Vgl. Timm Beichelt, Nach der Osterweiterung. Ist der Zusammenhalt der Europäischen Union gefährdet?, in: Amelie Kutter/Vera Trappmann (Hrsg.), Das Erbe des Beitritts, Baden-Baden 2006, S. 75–98.

²⁶ Siehe etwa jüngst Claus Leggewie/Ireneusz Paweł Karolewski, Die Visegrád-Connection. Eine Herausforderung für Europa, Berlin 2021.

²⁷ Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985.

Problemen besser zurecht kommen als Demokratien. Durch Repression und Zensur lassen sich dort allerdings die Debatten um die Problemlösung unterdrücken, und durch gezielte Kommunikation lassen sich Kontroversen in Demokratien als grundsätzliche Uneinigkeit darstellen. Entsprechende Strategien sind insbesondere für Russland hinlänglich dokumentiert worden.²⁸

Die Ambivalenz der Posttransformation besteht vor diesem Hintergrund aus zwei Aspekten: Zum einen haben sich um das Thema der Leistungsfähigkeit der Demokratie kontroverse Debatten entfaltet, in denen autokratieaffine Akteure ihre Positionen offensiv vertreten. Dadurch müssen die Werte und Vorteile von Demokratien und auch der Marktwirtschaft ausführlicher und umfangreicher begründet werden als in der Frühphase der Transformation. Auch wenn dies mitunter lästig erscheint, könnten die Langzeit-

effekte positiv sein. Denn durch den öffentlichen Diskurs werden auch Skeptiker*innen der Demokratie in das politische Gemeinwesen integriert.

Zum anderen haben die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte gezeigt, dass Vor- und Nachteile von Regime- und Marktformen sich nicht vollständig aus den Grundtypen – also etwa „der Demokratie“ oder „der Marktwirtschaft“ – ableiten lassen. Die Ergebnisoffenheit der Demokratie birgt die Möglichkeit, dass politische Entscheidungen mitunter wenig funktional ausfallen. Es muss auch eingeräumt werden, dass autokratische Regimes bestimmte Politikprobleme wenigstens in dem Sinne lösen können, dass sie innerstaatliche Unterstützung generieren. Nicht nur in empirischer, sondern auch in theoretischer und normativer Hinsicht verlangt die (Post-) Transformationsforschung differenzierte Analysen und Urteile.

²⁸ Vgl. Arkady Ostrovsky, *The Invention of Russia. The Rise of Putin and the Age of Fake News*, New York 2017; Nina Jankowicz, *How to Lose the Information War. Russia, Fake News, and the Future of Conflict*, London 2020.

TIMM BEICHELT

ist Professor für Europa-Studien an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

beichelt@eu-frankfurt-o.de

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter
oder folgen Sie uns bei Twitter!



ZUM WANDEL DER ERINNERUNGSKULTUREN IN EUROPA NACH 1989/91

Christoph Cornelißen

Als im April 2021 die griechische Regierung Forderungen nach Reparationszahlungen für die im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzungsherrschaft erlittenen Verluste und Schäden an die deutsche Seite richtete, nahm die Bundesregierung – so wie bei vorangegangenen Ersuchen aus Griechenland oder auch aus Polen – den Standpunkt ein, dass mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 sämtliche Forderungen dieser Art endgültig verwirkt seien.⁰¹ Die moralische Entrüstung in Teilen der deutschen Politik und Öffentlichkeit konnte freilich kaum verdecken, dass in den Jahrzehnten zuvor materiell nur wenig zur Wiedergutmachung in Griechenland geleistet wurde. Überdies erwies es sich nun immer mehr als ein drängendes Problem, dass die deutsche Erinnerungskultur um den Zweiten Weltkrieg den Kriegsverbrechen in Griechenland wie überhaupt den Folgen der deutschen Besatzungsherrschaft in Südosteuropa allenfalls am Rande Beachtung geschenkt hatte, die Politik der Aussöhnung mit den westeuropäischen Staaten dagegen eine ganz andere Haltung widerspiegelte. Im Falle Griechenlands dauerte es bis zu einem Staatsbesuch von Bundespräsident Joachim Gauck im März 2014, bevor erstmals ein Spitzenrepräsentant der Bundesrepublik die Angehörigen der Opfer von deutschen Besatzungsverbrechen um Verzeihung bat.⁰²

Das Beispiel vermittelt eine Ahnung davon, wie sehr die Schatten des Zweiten Weltkrieges und die der weiteren Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart reichen. In vielerlei Hinsicht deutet sich dahinter zugleich das andauernde Gewicht national überformter Erinnerungskulturen an, die seit der Gründung moderner Nationalstaaten im 19. Jahrhundert die Gedächtniskulturen in ganz Europa nachhaltig prägen sollten. Sehr deutlich kam dieser Sachverhalt zuletzt in den seit 2014 abgehal-

tenen Veranstaltungen zur Erinnerung an den Ausbruch und die Geschehnisse des Ersten Weltkrieges zum Vorschein, blieb doch die öffentliche Aufmerksamkeit mit Ausnahme verschiedener internationaler Großveranstaltungen und stärker transnational angelegter Museumsprojekte weitgehend auf das jeweils eigene Land beschränkt.⁰³

Das Gesagte gilt noch weit mehr für die öffentliche Erinnerung an das totale Kriegsgeschehen zwischen 1939 und 1945 in Europa.⁰⁴ Denn in vielen Ländern beherrschten seither mythisch eingefärbte Erzählungen über den heldenhaften Widerstand gegen die deutschen Besatzer und ihre Helfershelfer die öffentlichen Gedächtniskulturen. Dies betrifft den Westen Europas, noch mehr aber den Osten, wo unter der Vorherrschaft der Sowjetunion die Glorifizierung des „Großen Vaterländischen Krieges“ nicht zuletzt dem Zweck diente, die erinnerungskulturelle Hegemonie der UdSSR im gesamten „Ostblock“ auf Dauer zu festigen. Über mehrere Jahrzehnte sorgte die geopolitische Lage im Kalten Krieg dafür, dass die offiziellen Gedenkfeierlichkeiten in der Sowjetunion das Schicksal nationaler Minderheiten im eigenen Land ebenso wie die Opfer der stalinistischen Terrorherrschaft und vor allem die ermordeten Juden weitgehend ausblendet. Darüber hinaus mussten die Bevölkerungen Ostmitteleuropas erleben, wie sehr die einseitige Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 ihre ganz anders gelagerten Kriegserfahrungen systematisch marginalisierte. Es war daher alles andere als ein Zufall, dass der Kampf um die Veröffentlichung des geheimen Zusatzprotokolls am Ende der 1980er Jahre den Gründungsmythos der baltischen Volksfrontbewegungen ausmacht.⁰⁵

In den beiden deutschen Staaten tat man sich gleichzeitig lange sehr schwer damit, durch Wiedergutmachungsleistungen sowie das Bekenntnis

zu einer offenen historischen Aufarbeitung der Verantwortung für den Massenmord an den Jüdinnen und Juden Europas und für die Verbrechen an vielen anderen Opfergruppen gerecht zu werden.⁰⁶ Ähnlich verhielt sich die Lage in all den Staaten, die, wie beispielsweise Italien oder Rumänien, als Bündnispartner des „Dritten Reiches“ sich ebenfalls schwerster Kriegsverbrechen schuldig gemacht hatten. Gewiss, seit den 1960er Jahren kamen vielerorts durchaus ernsthafte Bemühungen in Gang, um öffentlich an die düsteren Schattenseiten der eigenen Nation im Zweiten Weltkrieg zu erinnern, sodass der überall vorherrschende Schweigekonsens der Nachkriegszeit allmählich aufbrach. Doch erst die im Jahr 1979 ausgestrahlte Spielfilmserie „Holocaust“ machte breite Bevölkerungsgruppen nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in der DDR und in Österreich erstmals überhaupt mit grundlegenden Tatbeständen des Massenmords an den Jüdinnen und Juden Europas vertraut.⁰⁷ Im Grunde bewirkten vor allem die Revolutionen der Jahre 1989/91 einen entscheidenden Wandel, rückte doch seither in vielen Ländern das Gebot einer vorbehaltlosen Aufarbeitung auf die Agenda der Erinnerungspolitik.

01 Vgl. Michael Martens, Überfall auf Griechenland. Der lange Schatten des Krieges, 6. 4. 2021, www.faz.net/-17279413; Hagen Fleischer, Vergangenheitspolitik und Erinnerung. Die deutsche Okkupation Griechenlands im Gedächtnis beider Länder, in: Chrysoula Kambas/Mariliza Mëtsu (Hrsg.), Die Okkupation Griechenlands im Zweiten Weltkrieg: Griechische und deutsche Erinnerungskultur, Köln 2015, S. 31–54.

02 Vgl. Ulf Brunnbauer, Aufrechnungen von Frustrationen. Griechische Reparationsforderungen an Deutschland vor dem Hintergrund der Schuldenkrise, 1. 7. 2015, <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/aufrechnungen-von-frustrationen>.

03 Vgl. Christoph Cornelißen/Arndt Weinrich (Hrsg.), *Writing the Great War. The Historiography of World War I from 1918 to the Present*, New York 2021.

04 Vgl. Jörg Echternkamp/Stefan Martens (Hrsg.), *Experience and Memory. The Second World War in Europe*, New York 2010; Kerstin von Lingen (Hrsg.), *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn 2009.

05 Vgl. Wolfram von Scheliha, Der Pakt und seine Fälscher. Der geschichtspolitische Machtkampf in Russland zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, in: Anna Kaminsky et al. (Hrsg.), *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer*, Göttingen 2011, S. 175–198, hier S. 178.

06 Vgl. José Brunner et al. (Hrsg.), *Die Globalisierung der Wiedergutmachung. Politik, Moral, Moralpolitik*, Göttingen 2013.

07 Vgl. Frank Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft. Von „Holocaust“ zu „Der Untergang“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/2007, S. 1–32.

RISSE UND AUFBRÜCHE NACH 1989/91

Der Zusammenbruch der kommunistisch beherrschten Regime in Ost- und Ostmitteleuropa rief nach 1989/91 einen massiven Wandel auf verschiedenen Feldern der öffentlichen Gedächtniskultur hervor.⁰⁸ Besonders sichtbar kam dieser Sachverhalt zunächst im Osten Europas zum Vorschein, ablesbar unter anderem am Schleifen und der Zerstörung unzähliger Denkmäler sowie ihrer Umgestaltung oder ihrem Ersatz durch neue materielle Erinnerungszeichen. In den gleichen Zusammenhang gehören die tausendfache Umbenennung von Straßennamen und anderer öffentlicher Plätze und Einrichtungen, darüber hinaus die veränderten Inszenierungen der staatlichen Gedenkfeierlichkeiten. Auch der „politische Westen“ Europas wurde rasch von diesen Umbrüchen erfasst, besonders sichtbar in Italien, wo das überkommene Parteienwesen nach dem Kalten Krieg zerfiel und sich in den nachfolgenden Jahren die staatlich inszenierte Gedächtniskultur erheblich wandelte.⁰⁹ Deutliche Rückwirkungen des säkularen Umbruchs waren auch im vereinten Deutschland zu beobachten, wo das Gedenken an den Holocaust nach und nach in das Zentrum der öffentlich inszenierten Erinnerung rückte. Ein frühes Anzeichen war dafür, dass seit den 1990er Jahren die zuvor von der Politik oftmals nur wenig beachteten KZ-Gedenkstätten oder andere Orte der NS-Gewaltherrschaft an herausgehobenen Erinnerungstagen zu Bühnen für öffentliche Gedenkveranstaltungen transformiert wurden.

Parallel dazu veränderte sich der Modus der öffentlich inszenierten Gedenkfeiern. Während über Jahrzehnte die Aufmerksamkeit auf die Figur des Helden, ja der „Nation als heldischer Gemeinschaft“ gerichtet war, rückten seither stärker sämtliche Opfer von totalitärer Gewaltherrschaft in den Mittelpunkt des öffentlichen Gedenkens.¹⁰ Zwar machte unter anderem der Historiker Reinhart Koselleck wiederholt darauf aufmerksam,

08 Vgl. Arnd Bauerkämper, *Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945*, Paderborn 2021.

09 Vgl. Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt/M. 2003.

10 Vgl. Henri Rousso, Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: *Zeithistorische Forschungen* 1/2004, S. 363–378.

dass die Leidenserfahrungen der Opfer „unverrückbar“ in deren Leiber eingeschrieben seien, aber nicht in die Vorstellungswelt Nachgeborener übertragen oder durch irgendeine kollektive Sinnstiftung nachträglich eingeholt werden könnten; die bewusste Erinnerung an die Täter und Täterinnen dürfe darüber nicht in den Hintergrund geraten.¹¹ Doch von derartigen Einwänden ließ sich die neue Geschichtspolitik in vielen Ländern nicht länger aufhalten. Im Zuge dieser Wende entschuldigeten sich Regierungen nun immer öfter für die Verbrechenpolitik ihres Staates in der Vergangenheit und bekannten sich öffentlich zur Schuld der eigenen Nation.¹²

Dies bedeutet freilich keineswegs, dass der grundlegende Formwandel der Erinnerungskultur mit dem Fokus auf den Holocaust seither überall auf einem breiten gesellschaftlichen Einverständnis aufbaute. Tatsächlich verhielt und verhält sich die Lage von Land zu Land sehr unterschiedlich, wie unter anderem erregte Diskussionen in Polen oder Rumänien über die Verantwortung ihrer Länder für den Massenmord an den Jüdinnen und Juden zeigen.¹³ Auch andersorts führten die veränderte geopolitische Lage sowie der sich beschleunigende gesellschaftliche Wandel dazu, dass die Erinnerungskulturen im Gefolge einer konfliktreichen Konkurrenz verschiedenster Opfergruppen und auch veränderter politischer Interessenlagen sich dynamisch fortentwickelten. In diesem Zusammenhang entfalteten die „ethnischen Vertreibungen“ während der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre eine wegweisende Bedeutung. Vor allem in Deutschland fielen die Reaktionen auf die Bilder der Vertreibungen und Flüchtlingslager besonders stark aus, und sie führten hier dazu, dass im Gefolge jahrelanger politischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen im Jahr 2021 ein neues „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin eröffnet wurde. Ähnliche erinnerungskulturelle Konflikte über die Vertreibungen entbrannten ebenfalls in anderen Ländern Europas (zum Beispiel in Italien,

Slowenien, Rumänien oder Ungarn), wo sie bis heute immer wieder aufs Neue für heftige politische Auseinandersetzungen sorgen.

Darüber hinaus zeigt der Rückblick auf die vergangenen drei Jahrzehnte, wie sehr Europa erinnerungskulturell in ein stärker östliches Gravitationszentrum auf der einen Seite und ein stärker westliches auf der anderen Seite gespalten geblieben ist. Mit einigem Recht lässt sich sogar festhalten, dass die Erinnerung an die Diktaturregime die Europäer und Europäerinnen immer noch trennt, entlang der alten Blockgrenzen zwischen dem Osten und dem Westen, aber auch entlang politisch-ideologischer Grenzen innerhalb der nationalen politischen Kulturen. So ist insbesondere aus Ostmitteleuropa oder auch den östlichen Ländern in der Bundesrepublik immer wieder der mahnende Ruf zu hören, den Opfern der ehemals kommunistisch regierten Volksrepubliken im öffentlichen Gedenken einen ebenso würdigen Platz einzuräumen wie den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Dieser Appell wird zugleich von einer durchaus nennenswerten Nostalgie für den Realsozialismus konterkariert, die nicht nur in den Reihen der Transformationsverlierer viele Anhänger gefunden hat.¹⁴

Vor dem Hintergrund der gravierenden politischen und sozialen Probleme färbte sich vor allem in Russland die offiziöse Gedächtniskultur nationalistisch ein. Dies bedeutet zum einen, dass die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg sich weiterhin fast ausschließlich auf den militärischen Sieg der UdSSR ausrichtete, während die Opfer der stalinistischen Säuberungspolitik ausgeklammert blieben. Zum anderen war zu beobachten, dass sich in Russland und anderen postsocialistischen Staaten staatliche und zivilgesellschaftliche Formen des Erinnerns nicht nur zunehmend regional ausdifferenzierten, sondern diese oft miteinander konkurrierten, sich gelegentlich auch ergänzten und darüber das Aufkommen neuer Formen des Erinnerns begünstigten. So hielten seit den 2010er Jahren Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Gedenkmärschen immer häufiger Porträts ihrer Verwandten hoch, die aktiv am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatten. Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Europa beteiligten sich allein in Moskau eine halbe Million Menschen an einem

11 Vgl. Reinhart Koselleck, Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32.

12 Vgl. Hermann Lübke, Ich entschuldige mich. Das neue politische Bußritual, Berlin 2000.

13 Vgl. Micha Brumlik/Karol Sauerland (Hrsg.), Umdeuten, verschweigen, erinnern. Die späte Aufarbeitung des Holocaust in Osteuropa, Frankfurt/M. 2010.

14 Vgl. Ulf Brunnbauer/Stefan Troebst (Hrsg.), Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa, Wien 2007.

solchen Marsch zur Erinnerung an das „Unsterbliche Regiment“, unter ihnen Präsident Wladimir Putin mit dem Porträt seines Vaters.¹⁵

Gleichwohl, die Diskussionen über die unterschiedlichen Diktatur- und Besatzungserfahrungen in ganz Osteuropa blieben nicht nur eng miteinander verflochten, sondern sie wirkten zugleich stark konfliktfördernd. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass die Vorbehalte gegen eine öffentliche Debatte über die Rolle von Hunderttausenden Freiwilligen, die sich in den von den Deutschen besetzten Ländern an Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt hatten, regelmäßig scharfe Polemiken heraufbeschworen. Obwohl der Sachverhalt von der internationalen historischen Forschung inzwischen breit dokumentiert worden ist, bestehen vor allem in Ungarn, Polen, den baltischen Staaten und der Ukraine zu vielen dieser Fragen bis heute erhebliche Konflikte. Mit Blick auf Polen muss sogar von einem Schweigekonsens gesprochen werden, den eine revisionistische Geschichtspolitik förmlich einfordert.¹⁶

KONJUNKTUR DES HOLOCAUSTGEDÄCHTNISSES

Ungeachtet zahlreicher Widerstände entwickelte sich seit den 1990er Jahren die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Deutschland sowie in vielen anderen Ländern zu einem herausragenden Orientierungspunkt der staatlichen Gedächtniskultur. Schon weit früher waren dazu im Westen Europas erste Anstöße von der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechenspolitik sowie der historischen NS-Forschung ausgegangen. Erst aber mit der Öffnung und vollen Zugänglichkeit der Archive in Osteuropa war dann seit den 1990er Jahren die Grundlage dafür gegeben, um auf der Basis unzähliger, neu erschlossener Quellen ein präzises Bild der mörderischen Gewalteskalation im Zweiten Weltkrieg zu zeichnen.¹⁷ Im Zuge der

immer öfter so genannten „Täterforschung“ wurde deutlich, dass die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Instanzen des polykratischen Herrschaftssystems der NS-Diktatur die Ermordung der Verfolgten eher beschleunigt denn behindert hatte. Außerdem konnte nun die direkte oder indirekte Beteiligung von Einzelnen oder Gruppen an den unzähligen Verbrechen gegen die Menschheit nicht nur klarer dokumentiert, sondern juristisch verfolgt werden.

Vor diesem Hintergrund verstärkte sich in vielen Ländern Europas ein grundlegender Paradigmenwechsel in den Erinnerungskulturen, der insgesamt den Übergang von einem politischen zu einem stärker moralischen Muster der Vergangenheitsbetrachtung anzeigt. Trotz richtungweisender Impulse aus der Forschung bereits seit den 1970er Jahren, die international durch regional- und alltagsgeschichtliche Untersuchungen die Diktaturerfahrungen vor Ort und darüber in vielen Fällen auch die Geschichte der lokalen jüdischen Gemeinden in den Mittelpunkt des Interesses rückte, gab mit Steven Spielbergs „Schindlers Liste“ aus dem Jahr 1993 erneut ein international erfolgreicher Publikumsfilm den entscheidenden Schub zu einem Opfergedenken in den Erinnerungskulturen verschiedener Länder. In Deutschland hatte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre der Historikerstreit über die „Singularität“ des Genozids an den Jüdinnen und Juden indirekt den Boden dafür bereitet, dass hier geschichtskulturelle Auseinandersetzungen über den angemessenen Umgang mit der NS-Vergangenheit schon früher Fahrt aufgenommen, und doch sorgten im darauffolgenden Jahrzehnt vor allem die Debatten um die Thesen des Historikers Daniel Goldhagen über einen „eliminatorischen Antisemitismus“ der Deutschen oder auch die Konflikte um die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung für eine erhebliche Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Dass die öffentlichen Aushandlungen über die „richtigen“ Formen der Erinnerungskultur eine europäische Dimension aufwiesen, zeigte sich mit großem Nachdruck zur Jahrtausendwende auf der Internationalen Holocaust-Konferenz in Stockholm, an der Delegationen aus 50 Ländern teilnahmen. Mit ihrer Deklaration vom 20. Januar 2000 bekannten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ausdrücklich dazu, dass das „Ausmaß des von den Nazis geplanten und ausgeführten Holocaust (...) für immer in unserem kol-

15 Vgl. Misha Gabowitsch/Cordula Gdaniec/Ekaterina Makhotina (Hrsg.), *Kriegsgedenken als Event*. Der 9. Mai 2015 im postsozialistischen Europa, Paderborn 2017.

16 Vgl. Thomas Sandkühler, *Das Fußvolk der „Endlösung“*. Nichtdeutsche Täter und europäische Dimension des Völkermords, Darmstadt 2020; Markus Krzoska/Paweł Zajac, *Deutsch-polnische Geschichte. 1945 bis heute*, Darmstadt 2021.

17 Grundlegend dazu Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, München 2010. Vgl. auch Ulrich Herbert (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt/M. 1998.

lektiven Gedächtnis verankert bleiben“ müsse.¹⁸ Eine direkte Folge hiervon war die Entscheidung verschiedener Staaten der Europäischen Union, den Tag der Befreiung des Lagers Auschwitz am 27. Januar in ihren offiziellen Gedenkkalender aufzunehmen und alljährlich entsprechende Gedächtnisfeiern zu zelebrieren; in Deutschland war dies bereits seit 1996 der Fall.¹⁹ Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass seitdem die öffentliche Resonanz an diesen Tagen von Land zu Land erheblich schwankt. Dagegen kann das 2005 in Berlin eingeweihte „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ als der wohl sichtbarste und zugleich auch erfolgreichste Ausdruck des erinnerungskulturellen Wandels begriffen werden. Zusammen mit der unterirdisch angelegten Dauerausstellung entwickelte sich das Denkmal zu einem regelrechten Publikumsmagneten; jedes Jahr kommen seit seiner Eröffnung rund eine halbe Million Menschen an diesen Erinnerungsort.

International ist über die neuen Denkmäler und Museen zur Erinnerung an den Holocaust zu einer Hochkonjunktur eines „opferidentifizierten Erinnerns“ gekommen. Hiergegen richtet sich mittlerweile eine Kritik von verschiedenen Seiten. Zum einen erkennt diese eine allzu bereitwillige Identifikation der Nachlebenden mit den jüdischen Opfern. Dank „geliehener Identitäten“ wählten sich vor allem Jüngere leicht auf der moralisch richtigen Seite und schafften so gleichzeitig Distanz zu den Täterinnen und Tätern, zur eigenen Familiengeschichte. Zum anderen gründet das generelle Unbehagen an der Erinnerungskultur der Gegenwart in der zunehmenden Entgrenzung, Kommerzialisierung und Banalisierung der Holocaust-Erinnerung.²⁰ So bedenkenswert diese und weitere Einwände auf den ersten Blick wirken, lässt sich kaum übersehen, dass heute an zahlreichen Orten des NS-Terrors in Europa die Verantwortung Einzelner oder von Gruppen für Akte menschenwürdiger Gewalt durchaus sehr klar benannt wird.

18 International Holocaust Remembrance Alliance, Die Erklärung von Stockholm, 28. 1. 2000, <https://ihra2020.diplo.de/ihrade/-/2308844>.

19 Vgl. Harald Schmid, Europäisierung des Auschwitzgedenkens? Zum Aufstieg des 27. Januar 1945 als „Holocaustgedenktag“ in Europa, in: Jan Eckel/Claudia Moisel (Hrsg.), Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive, Göttingen 2008, S. 174–202.

20 Vgl. Martin Sabrow, Abschied von der Aufklärung? Über das Erlösungsversprechen unserer Erinnerungskultur, in: Merkur Jg. 71/2017, S. 5–16.

Und so sehr manche Produkte der internationalen „popkulturellen“ Auseinandersetzung hoch problematisch wirken müssen, empfiehlt sich auch in diesem Fall eine differenziertere Wahrnehmung.²¹ Positiv gewendet: Zahlreiche Filme, Cartoon-Serien oder Graphic Novels haben gerade unter vielen Jüngeren überhaupt erst ein Interesse an der Gewaltgeschichte der Diktaturen in Europa geweckt.

DEBATTEN UM EINE EUROPÄISCHE GEDÄCHTNISKULTUR

Obwohl bereits seit mehreren Jahren eine intensive Diskussion über europäische Erinnerungsorte in Europa geführt wird, sind bislang sämtliche Versuche zur Begründung einer gesamteuropäischen Erinnerungskultur im Sande verlaufen.²² Zwar haben die Plädoyers für eine „dialogische Erinnerungskultur“ (Aleida Assmann) oder dafür, die großen Katastrophen des langen 20. Jahrhunderts als „Anker- und Fluchtpunkte eines gesamteuropäischen Geschichtsbewusstseins“ (Claus Leggewie) zu identifizieren, einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Aber zuletzt sind sie an der anhaltenden Dominanz nationaler Erinnerungskulturen abgeprallt.²³ Ähnlich verhält es sich mit Initiativen der Europäischen Union zur Förderung eines „Europäischen Gedächtnisses“. Auf diesem Feld dauerte es bis zum Mai 2017, bevor das „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel seine Tore öffnen konnte.²⁴ Ungeachtet der langen Vorbereitungszeit kommt man nicht umhin festzustellen, dass dieser Versuch „europäischer Kompromisslogik“ eher ins Leere zielt. In der Ausstellung werden durchaus die dunklen Seiten der europäischen „Erfolgsgeschichte“ gezeigt, aber der Fokus auf der zivilisatorischen Dimension setzt andere Akzente.

Eine idealisierte Repräsentation dieses Typs steht im Grunde in einem merklichen Gegensatz zu den gelebten Erinnerungen von Millionen Euro-

21 Vgl. Gavriel D. Rosenfeld, Hi Hitler! Der Nationalsozialismus in der Populärkultur, Darmstadt 2021.

22 Vgl. Konrad H. Jarausch/Thomas Lindenberger: Contours of a Critical History of Contemporary Europe. A Transnational Agenda, in: dies. (Hrsg.), Conflicted Memories. Europeanizing Contemporary Histories, New York 2007, S. 1–20.

23 Aleida Assmann, Auf dem Weg zu einer europäischen Gedächtniskultur, Wien 2012; Claus Leggewie, Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011.

24 Vgl. Andreas Fickers, Kompromissgeschichte, serviert auf dem „Tablet“. Das Haus der europäischen Geschichte in Brüssel, in: Zeithistorische Forschungen 15/2018, S. 173–183.

päerinnen und Europäern. So hat die internationale historische Forschung überzeugend den Nachweis dafür führen können, dass vor allem die von Generation zu Generation tradierten Erinnerungen, das heißt: die Familiengedächtnisse, überall den entscheidenden Einfluss darauf ausüben, was und wie Menschen erinnern. Man sollte daher nicht undifferenziert von dem *einen* kollektiven Gedächtnis sprechen, und ebenso darf man die staatlichen Inszenierungen einer nationalen Erinnerungskultur nicht mit homogenen kollektiven Gedächtnissen verwechseln. Die Umbrüche der vergangenen 30 Jahre zeigen vielmehr, dass sich seither wie in einem Zeitraffer mehrere Erinnerungswellen entladen haben, über die zahlreiche, teilweise lange verschüttete Gedächtnisse reaktiviert und damit scheinbar überlebte Konflikte wiederbelebt worden sind. Der nachfolgende politische Streit um die jeweils legitimen, genauer: die staatlich sanktionierten „kollektiven Gedächtnisse“ nationaler Erinnerungskulturen war damit vorprogrammiert. Es darf daher auch nicht verwundern, dass die erinnerungspolitischen Konflikte gerade in den sogenannten Transformationsstaaten besonders heftig ausgetragen worden sind.²⁵ Auch der äußerste Westen Europas blieb von diesen Konflikten keineswegs ausgespart, wurde doch in Spanien nach dem Untergang der Franco-Diktatur Mitte der 1970er Jahre das öffentliche Erinnern an diese Zeit zunächst mit einem Schweigegebot belegt, bevor im Laufe der 1990er Jahren heftige geschichtspolitische Auseinandersetzungen folgten, die bis heute anhalten.²⁶ Gleichermaßen fallen bereits seit vielen Jahren die Pendelausschläge der vergangenheitspolitischen Diskussionen in Italien im internationalen Vergleich relativ stark aus, und auch die Lage im vereinten Deutschland zeigt an, dass die erinnerungskulturellen Positionierungen verschiedener sozialer Gruppen erheblich voneinander abweichen können.

Alle diese Debatten werden in den kommenden Jahren schon allein deswegen immer wieder aufflammen, weil die massiven menschlichen und materiellen Verluste im Gefolge der Vernichtungsfeldzüge der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten zwischen 1939 und 1945 auch in der

Zukunft Forderungen nach Wiedergutmachungen und Reparationen aufwerfen werden.

DAS ERINNERUNGSKULTURELLE ERBE DES EUROPÄISCHEN KOLONIALISMUS

Mittlerweile ziehen die entsprechenden Debatten noch viel weitere Kreise, denn seit einigen Jahren ist in vielen Ländern Europas ein heftiger Streit über den „richtigen“ Umgang mit dem düsteren Erbe des europäischen Kolonialismus ausgebrochen. In diesem Zusammenhang sprechen verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von direkten Verbindungslinien – solche personeller, funktionaler oder auch diskursiver Natur – zwischen kolonialem Rassismus und Holocaust. In Deutschland ist in dieser Hinsicht vor allem der Hamburger Historiker Jürgen Zimmerer mit der These direkter Verbindungen „von Windhuk nach Auschwitz“ hervorgetreten. Denn sowohl der europäische Kolonialismus als auch die nationalsozialistische Expansions- und Mordpolitik beruhten auf Konzepten wie „Rasse“ und „Raum“, wie Zimmerer betont. Diese Annahme hat jedoch ebenso wie der Vorschlag des amerikanischen Literaturwissenschaftlers Michael Rothberg, Sklaverei, europäische Kolonialherrschaft und den Holocaust sowie andere Massenverbrechen als Teil einer europäischen Gewaltgeschichte zusammenzudenken, ohne deren jeweilige Besonderheiten zu relativieren oder zu verharmlosen, teilweise scharfe Kritik auf sich gezogen. Im Kern richten sich die Einwände gegen das Konzept einer „multidirektionalen Erinnerung“, weil es eine Gleichsetzung von kolonialer Bevölkerungspolitik der europäischen Mächte und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden behauptet. Die Rede von einer „kolonialen Dimension“ des Holocaust verschleierte sogar wesentliche Ursachengeflechte und Handlungsmuster des Massenmords an den europäischen Juden, argumentierte die Historikerin Ulrike Jureit überzeugend.²⁷ Der Kernunterschied

²⁵ Vgl. Stefan Troebst (Hrsg.), *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, Göttingen 2010.

²⁶ Vgl. Katrin Hammerstein et al. (Hrsg.), *Aufarbeitung der Diktatur. Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen 2009.

²⁷ Vgl. Michael Rothberg, *Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*, Stanford 2009 (*Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*, Berlin 2021). Statt zahlreicher Nachweise der Kritik siehe hier nur: Katharina Stengel, Rezension, in: www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-95854. Zur Kritik an den Thesen Jürgen Zimmerers vgl. zuletzt Jonas Kreienbaum, *Koloniale Ursprünge? Zur Debatte um mögliche Wege von Windhuk nach Auschwitz*, in: APuZ 40–41/2021, S. 14–19, sowie Ulrike Jureit, Vereinfacher am Werk, 12.7.2021, www.faz.net/-17432582.

liege darin begründet, dass die nationalsozialistische Expansions- und Besatzungspolitik die rassische Homogenisierung der eroberten Gebiete erreichen wollte, was die vollständige Vernichtung der europäischen Juden voraussetzte. Dagegen hätten die europäischen Kolonialmächte gegenüber indigenen Bevölkerungen außerhalb Europas ein auf Heterogenität beruhendes „bevölkerungspolitisches Ordnungskonzept“ verfolgt, ungeachtet „gezielter Vernichtungspolitiken“ im Einzelnen.

Die teils hoch polemisch geführten Debatten, die den innereuropäischen Rassismus in Gestalt des Antislawismus meist vollständig ausblenden, spiegeln sich aktuell auf dem politischen Feld in den Verhandlungen über eventuelle Wiedergutmachungen. Dabei geht es nicht nur um die jüngst von polnischer Seite erneuerten Forderungen

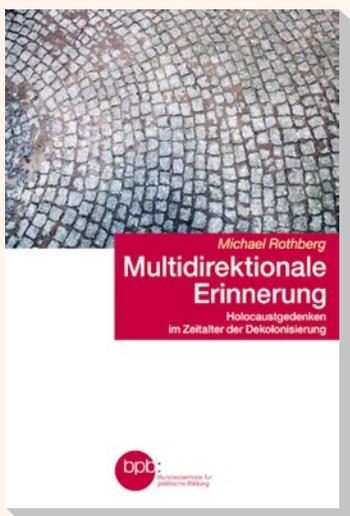
nach Reparationen, sondern aktuell verhandelt die Bundesregierung mit Vertretern aus Namibia über die Frage, ob, in welcher Höhe und an wen die deutsche Seite Wiedergutmachungen für den deutschen Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama (1904–08) leisten solle. In diesem Zusammenhang zeigt sich jedoch, dass nicht nur bei Fragen der finanziellen Wiedergutmachung, sondern auch bei allen Projekten zur Restitution von afrikanischer „Beutekunst“ die Erwartungen in den opferzentrierten Erinnerungskulturen Europas in einem merklichen Spannungsverhältnis zur Empfängerseite stehen.²⁸ Alle diese Debatten werden – das ist bereits jetzt vorauszusehen – die Erinnerungskulturen in Europa noch auf Jahre beschäftigen und darüber den Fokus von innereuropäischen Belangen stärker nach außen wenden.

28 Vgl. Friederike Haupt, Unrecht an Nama und Herero. Deutschland will Völkermord „ohne Schonung und Beschönigung“ benennen, 28. 5. 2021, www.faz.net/-17362018; Bénédicte Savoy, Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage, München 2021².

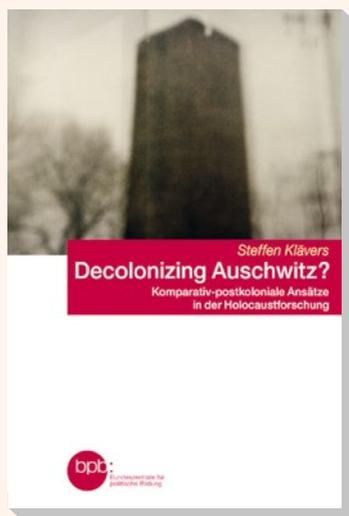
CHRISTOPH CORNELIBEN

ist Professor für Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte Europas im 20. Jahrhundert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. cornelissen@em.uni-frankfurt.de

Zum Weiterlesen.



2021
Bestell-Nr. 10745



2021
Bestell-Nr. 10746



[bpb.de/
shop](http://bpb.de/shop)

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Dezember 2021

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel
Julia Günther
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
Robin Siebert (Volontär)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Verantwortlich für den Programmschwerpunkt „The Years of
Change 1989–1991“: Katarina Berg und Kateryna Stetsevych

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen mit Ausnahme der Texte aus „The Years of Change 1989–1991“ unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
3–4/2022, 17. Januar 2022

GREEN NEW
DEALS



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz